

**öd**p

<i>Europäische Union: Ein demokratiefeindliches Gebilde</i>	40
<i>Karnismus: Eine gewalttätige Ideologie</i>	44
<i>Hebammen: Künftig ohne Haftpflichtversicherung</i>	48

**Das ÖDP-Journal**  
Nr. 167 August 2015

# Ökologie Politik

**Boden – eine begrenzte Ressource**

## UMSCHAU

Ökolumne: Kohle oder Klimaschutz	4
Umwelt & Gesellschaft	5
Bücher	8

## TITELTHEMA: BODEN

Nutzung <b>An den Grenzen von grüner Revolution und Bioökonomie</b> von Dr. Christine Chemnitz	10
Landgrabbing <b>Von Landwirtschaft müssen Mensch und Umwelt profitieren</b> von Marion Aberle	13
Stickstoff <b>„Eine der größten Umweltbelastungen“</b> Interview mit Prof. Dr. Manfred Niekisch	15
Phosphor <b>Im Faulturm schließt sich der Kreis</b> von Magdalena Fröhlich	18
Landwirtschaft <b>Kleinbauern statt Agrarindustrie!</b> von Josef Schmid	20
Vorarlberger Initiative <b>„Wir halten Boden frei und zugänglich“</b> Interview mit Martin Strele	22
Zersiedlung <b>Kampf dem Flächenfraß</b> von Franz Hofmaier	24
Flächenversiegelung <b>Mehr Carsharing!</b> von Sonja Haider und Tobias Ruff	27
Flächensparendes Bauen <b>In die Höhe statt nach außen</b> von Günther Hartmann	30
Lokale Demokratie <b>„Flächenabgabe statt Gewerbesteuer“</b> Interview mit Dr. Dieter Hoffmann-Axthelm	35

## DEMOKRATIE

Europäische Union <b>Ein bürger- und demokratiefeindliches Gebilde</b> von Gerd Zeitler	40
--	----

## ERNÄHRUNG

Karnismus <b>Warum wir die einen lieben und die anderen essen</b> von Andreas Wagner	44
---	----

## GESUNDHEIT

Ökonomisierung der Geburt <b>Hebammenversorgung vor dem Aus</b> von Franziska Kliemt	48
---	----

## ÖDP INTERN

An alle Mitglieder von Gabriela Schimmer-Göresz	50
Neues aus dem Bundesverband von Dr. Claudius Moseler	51
Neues aus dem Europaparlament von Prof. Klaus Buchner	52
Prof. Klaus Buchner im Gespräch von Angelika Demmerschmidt	53
Verbände	55
Neues aus der ÖDP	62
Presseticker	66
Leserbriefe	68

Foto: Günther Hartmann  
Titelfoto: J. Helgason/shutterstock.com

## Liebe Leserinnen und Leser,

das Jahr 2015 wurde von den Vereinten Nationen zum „Internationalen Jahr des Bodens“ erklärt. Denn der Boden ist eine endliche Ressource. Und er ist bedroht – trotz seiner zentralen Funktion für die Biodiversität und die Landwirtschaft. Bedroht wird er zum einen durch die Landwirtschaft selbst – genauer gesagt: durch die zunehmende Industrialisierung der Landwirtschaft, durch Überdüngung mit Phosphor und Stickstoff, durch den Einsatz von Pestiziden, durch immer größere und schwerere Nutzfahrzeuge. Bedroht wird er zum anderen durch die zunehmende Zersiedlung: durch die fortwährende Ausweisung neuer Gewerbe- und Wohngebiete, durch den Bau neuer und die Erweiterung bestehender Straßen.

Täglich werden in Deutschland 73 ha Boden als Siedlungs- und Verkehrsfläche neu ausgewiesen. Die Politik gibt sich betroffen, appelliert zur Umkehr – und setzt auf Freiwilligkeit. „Der gute Wille allein reicht nicht. Zum Schluss müssen die Rechnungen auch aufgehen“, sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel im Juni 2015 über Griechenland. Nur guten Willen gibt es beim deutschen Flächenverbrauch – wie bei so vielen Umweltproblemen. Zwar ist in der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie das Ziel „30 ha/Tag bis 2020“ formuliert, aber es gibt für das Erreichen dieses Ziels keinen schlüssigen Plan. Zudem stellt sich die Frage: Warum eigentlich nicht 0 ha/Tag? Wodurch ist der unentwegte Flächenverbrauch überhaupt gerechtfertigt? Was entsteht dort stattdessen?

Das Bebauen einer Fläche ist wohl nur gerechtfertigt, wenn dadurch eine bestehende Siedlungsstruktur so verändert wird, dass der Verbrauch an Ressourcen unterm Strich zurückgeht. Maßstab ist dabei natürlich der Pro-Kopf-Verbrauch. Kriterium Nr. 1: Wie viele Menschen wohnen und arbeiten auf einer bestimmten Fläche? Daraus ergibt sich der Pro-Kopf-Verbrauch an Fläche – und der sollte sinken. Kriterium Nr. 2: Wie viele Autos sind auf der Fläche gemeldet? Auf ein eigenes Auto sollte verzichtet werden können, weil die meisten Ziele fußläufig und der Rest mit dem Öffentlichen Nah- und Fernverkehr erreichbar sind. Kluge und konsequente Nachverdichtung ist angesagt! Dann könnten – großräumlich betrachtet – irgendwo anders bebaute Flächen zurückgebaut werden. 30 ha „befreite“ Flächen pro Tag – das wäre doch mal ein Ziel!

Es grüßen Sie herzlich

Günther Hartmann

Pablo Ziller



Günther Hartmann  
Verantwortlicher  
Redakteur



Pablo Ziller  
Stellv. Verantwortlicher  
Redakteur



**Ökolumne** von Ulrich Brehme

## Kohle oder Klimaschutz

17 renommierte Klimawissenschaftler richteten einen Appell an die Weltöffentlichkeit: In einem „Earth Statement“ warnen sie vor einer um 6°C gestiegenen Oberflächentemperatur am Ende des Jahrhunderts. Auf der Klimakonferenz von Paris im Dezember dieses Jahres soll ein neuer Klimavertrag beschlossen

in der Türkei im kommenden November soll die Klimapolitik einen großen Stellenwert haben.

Um das Klimaschutzziel von 40% CO<sub>2</sub>-Einsparung gegenüber 1990 bis 2020 zu erreichen, muss Deutschland noch 27% bzw. 22 Mio.t CO<sub>2</sub> einsparen. Zwar sanken zwischen 2013 und 2014 die Treib-

Dagegen kämpfen die Kohlestaaten Wyoming, West Virginia und Kentucky. Diese Senkung bezieht sich auf das Jahr 2005. Bezogen auf das Referenzjahr 1990 schrumpft das Reduktionsziel der USA auf 16%.

Vor Kurzem haben 120 Manager großer Investmentfonds aufgerufen, Signale für eine Wirtschaft ohne CO<sub>2</sub>-Emissionen zu setzen. Der norwegische Staatsfonds, einer der größten Investoren der Welt, darf nach einem Beschluss des Parlaments nicht mehr in klimaschädliche Kohleunternehmen investieren. Darunter fallen viele Bergbauunternehmen und Energiekonzerne wie Eon und RWE.

Auch der französische Versicherungskonzern Axa gab bekannt, dass er nicht mehr in Kohleminen investieren will. Großbanken wie Crédit Agricole und die Bank of America wollen ihre Kreditvergabe an Kohleförderer einschränken. Auch Rockefeller will kein Geld mehr in fossile Brennstoffe investieren. Und Schwedens Regierung will das ostdeutsche Braunkohlegeschäft des Staatskonzerns Vattenfall verkaufen. Deutsche Banken hatten Ende 2014 Kredite in Höhe von 151 Mrd. Euro an Öl- und Gaspro-

*Bisher decken fossile Brennstoffe fast 90% des globalen Verbrauchs an Primärenergie.*

duzenten und Energieversorger vergeben. Das entspricht 2% der gesamten Kreditvergabe.

Bisher decken fossile Brennstoffe fast 90% des globalen Verbrauchs an Primärenergie. Wenn in China, Indien und Afrika der Energieverbrauch weiter stark steigt, dann wird sich der Klimawandel stark beschleunigen, wenn zur Stromerzeugung Kohle verbrannt wird.

hausgasemissionen Deutschlands erstmals seit drei Jahren wieder – um 4,3% –, das lag aber vor allem am milden Winter. Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) ist vor der Kohlelobby eingeknickt und will nun auf die Klimaabgabe verzichten. Stattdessen

soll nun für das Abschalten einiger Braunkohle-Kraftwerksblöcke eine Abwrackprämie von mehr als 1 Mrd. Euro gezahlt werden. Die Energiewirtschaft trägt 40% zum CO<sub>2</sub>-Ausstoß Deutschlands bei.

Die USA haben etwa 520 Kohlekraftwerke, die 38% des Kohlendioxids der USA freisetzen. Präsident Obama will Amerikas Treibhausgasemissionen um 28% senken.

*Rockefeller will kein Geld mehr in fossile Brennstoffe investieren.*

**Umwelt & Gesellschaft** von Ulrich Brehme

### Keine Traumatherapie mehr für Flüchtlinge

Die Bundesregierung will die Traumatherapie für Flüchtlinge nur noch über Krankenkassen abrechnen. Seit der Novelle des Asylbewerberleistungsgesetzes vom 01.03.2015 sind für Gesundheitsleistungen aller Asylbewerber, die sich länger als 15 Monate in Deutschland aufhalten, nun nicht mehr die Landkreise, sondern die Krankenkassen zuständig. Die psychosozialen Zentren haben allerdings gar keine Zulassung bei den Krankenkassen – sie bekommen die Therapie also nicht mehr erstattet. Dies ist das Aus für die existierenden Traumazentren.

» <http://tinyurl.com/p7rmclf>

### Atomrückstellungen wohl viel zu niedrig

38 Mrd. Euro betrug Ende 2014 das finanzielle Volumen der Atomrückstellungen. Es bestehen erhebliche Risiken, dass die Folgekosten der Atomenergie auf die öffentliche Hand abgewälzt werden. Zudem ist fraglich, ob die Rückstellungen auch im Falle von Unternehmensinsolvenzen verfügbar bleiben und ausreichend



Foto: Gitti Moser/pixelio.de

davor geschützt sind, dass die Betreiberkonzerne sich so umorganisieren, dass sie sich letztlich ihren finanziellen Verpflichtungen entziehen können.

» [www.bund.net/pdf/atomrueckstellungen\\_studie](http://www.bund.net/pdf/atomrueckstellungen_studie)

### EU-Gerichtshof: Brennelementesteuer rechtens

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat die deutsche Brennelementesteuer gebilligt. RWE hatte geklagt, weil

es der Auffassung war, es könne nicht gleichzeitig eine Steuer auf den Verbrauch von Strom und eine Steuer auf den Brennstoff für dessen Erzeugung erhoben werden. Dieser Argumentation folgte der EuGH nicht. 2010 hatte Deutschland das Kernbrennstoffsteuergesetz beschlossen, das alle Betreiber von Atomkraftwerken verpflichtet, von 2011 bis Ende 2016 eine Steuer auf jedes eingesetzte Gramm Kernbrennstoff zu entrichten. Fällig wird die Steuer immer dann, wenn in Atomkraftwerken die Brennstäbe ausgewechselt werden.

» <http://tinyurl.com/paxq7hc>

### EEG: Ausweitung der Strom-Rabatte

Der Deutsche Bundestag hat im Mai 2015 die zweite Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) durchgewunken. Es ging vor allem darum, eine Reihe von Unternehmen der Metallbranche von der EEG-Umlage zu befreien – zulasten der meisten anderen Stromkunden. Die Grünen enthielten sich bei der Abstimmung. Die Biogasanlagenbetreiber reichten Verfassungsklage ein.

» <http://tinyurl.com/p6v8orl>

### Neue Gentechnik-Patente für Monsanto

Das Europäische Patentamt will dem US-Konzern Monsanto weitere 30 Patente auf Nahrungspflanzen erteilen und dem Schweizer Unternehmen Syngenta 12. Da Syngenta schon bald von seinem US-Konkurrenten Monsanto übernommen werden könnte, würden dadurch auch die neuen Patente ebenso wie viele Hundert bereits erteilte in einer Hand vereint. Damit hätte Monsanto seine globale marktbeherrschende Stellung deutlich ausgebaut und könnte die Grundlagen der Ernährung in Europa und anderen Regionen der Welt in nie da gewesenem Ausmaß kontrollieren. Die internationale Koalition von „Keine Patente auf Saatgut!“ veröffentlichte deshalb einen Aufruf an die europäischen Regierungen.

» <http://tinyurl.com/mwdnrbt>



Foto: Guenter Hamich/pixelio.de

## Saatgut in der Hand weniger Konzerne

Die Dominanz von Agrar- und Ernährungskonzernen wächst stetig. Die zehn größten Saatgutkonzerne haben weltweit einen Marktanteil von 75%. Dessen Volumen beträgt über 44 Mrd. US-Dollar. Die Konzerne konzentrieren sich auf die Entwicklung einiger weniger Sorten, die sie global vermarkten. Durch ihre Dominanz und eine konzernfreundliche Gesetzgebung werden Bauern kriminalisiert, wenn sie ihr eigenes Saatgut züchten und handeln. „Brot für die Welt“ und andere Organisationen haben nun erstmals Informationen über die Machtkonzentrationen im gesamten Agrarsektor in der Broschüre „Konzernmacht grenzenlos“ veröffentlicht.

» <http://tinyurl.com/q9ctqgb>

## Erster umfassender Artenschutz-Report

Ein Drittel aller Arten sind in ihrem Bestand gefährdet. Zu den zentralen Verursachern gehört die intensive Landwirtschaft. Naturschutzgebiete sind für den Erhalt der Artenvielfalt unabdingbar. Das Bundesamt für Naturschutz (BfN) veröffentlichte im Mai 2015 zum ersten Mal einen umfassenden Artenschutz-Report zu den in Deutschland lebenden Tier-, Pflanzen- und Pilzarten. Zum Schutz der Arten hat es ein 8-Punkte-Programm entwickelt.

» <http://tinyurl.com/mwvj4d7>

## Ende des Golfstroms wahrscheinlich

Strömungen des Atlantiks transportieren warmes Wasser in den Norden und kaltes in den Süden. Teil dieses Systems ist auch der Golfstrom, der für das milde Klima in Europa sorgt. Jetzt haben Forscher festgestellt, dass er schwächer wird. Die Umwälzung war in den letzten Jahrzehnten langsamer als jemals zuvor im vergangenen Jahrhundert. Zu dieser Abschwächung hat offenbar die zunehmende Eisschmelze auf Grönland beigetragen. Wird die Strömung zu schwach, könnte sie sogar vollständig zusammenbrechen. Der aktuelle



Foto: Verena Berk/pixelflo.de

Bericht des Weltklimarats IPCC schätzt, dass die Wahrscheinlichkeit dafür innerhalb unseres Jahrhunderts bei 1 : 10 liegt.

» <http://tinyurl.com/pr4xo4d>

## Appell von Klimawissenschaftlern an Politik

17 renommierte Klimawissenschaftler richten einen dramatischen Appell an die Weltöffentlichkeit. In einem „Earth Statement“ warnen sie vor einer um 6 °C gestiegenen Oberflächentemperatur zum Ende des Jahrhunderts. Um den Klimawandel für die Menschheit beherrschbar zu machen, müsse die Erderwärmung auf 2 °C im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter beschränkt werden. Bis 2050 müsse dafür die Produktion von Treibhausgasen auf null sinken. Ansonsten riskiere die Menschheit unbeherrschbare Katastrophen: einen Anstieg des Meeresspiegels, Hitzewellen, Dürren und Überschwemmungen. Für die Wissenschaftler ist 2015 deshalb ein entscheidendes Jahr: Sie appellieren an die Politik, auf dem Klimagipfel in Paris ein bindendes Vertragswerk zu verabschieden.

» <http://tinyurl.com/mx9rj8p>

## Noch 21 Millionen Menschen in Sklaverei

Die Internationale Arbeitsorganisation (IAO) schätzt, dass weltweit 21 Mio. Menschen in Sklaverei gehalten werden und damit pro Jahr 150 Mrd. US-Dollar Gewinn erwirtschaftet wird. Seit 2010 ist Menschenhandel zum Zweck der Ausbeutung ins Strafbuch aufgenommen. Die EU-Richtlinie zum Kampf gegen Menschenhandel von 2011 wurde in Deutschland bisher nicht umgesetzt. Das Global Freedom Network hat 6 Handlungsfelder benannt, um die Sklaverei abzuschaffen: Mobilisierung von Religionsgemeinschaften,

Lieferkettennachweise für einen ethischen Einkauf, bessere Versorgung von Opfern, Weiterentwicklung von Gesetzen, Aufklärungsarbeit und Bereitstellung finanzieller Mittel.

» [www.globalfreedomnetwork.org](http://www.globalfreedomnetwork.org)

## Papst Franziskus veröffentlicht Umwelt-Enzyklika

Zu dringenden Schritten zum Schutz der Erde und zum Kampf gegen die globale Erwärmung hat Papst Franziskus die Menschheit aufgerufen. Diese sei hauptsächlich durch den Menschen und das Abbrennen von fossilen Brennstoffen verursacht worden. Franziskus betont, dass es sowohl wissenschaftliche als auch mo-



Foto: N. Schmitz/pixelflo.de

ralische Gründe für den Schutz des gottgeschaffenen Planeten gäbe. Die Armen würden schon heute und auch in Zukunft am meisten unter der Umweltverschmutzung leiden. Franziskus macht das konsumorientierte, verschwenderische Verhalten der Reichen für die Probleme verantwortlich. Vonseiten der US-Republikaner gab es Kritik: Das Kirchenoberhaupt solle sich auf seine wirklichen Aufgaben konzentrieren. Viele Konservative in Amerika, unter ihnen auch Anwärter auf das Präsidentenamt wie Rick Santorum, bestreiten den Klimawandel oder behaupten, die Erderwärmung sei nicht durch menschliches Verhalten ausgelöst.

» <http://tinyurl.com/qz9dxm6>

## Analysen zur Digitalisierung der Gesellschaft

Die Organisation „Diagnose-Funk“ gibt mit der Analyse „Digitalismus: Gefangen und manipuliert im mobilen Dauerstress. Einige Auswirkungen von Industrie 4.0. auf Privatsphäre, Psyche & Gesundheit“ einen fundierten Einblick, was derzeit hinter den Kulissen

geplant und umgesetzt wird: die totale Überwachung aller Bürger. Klammheimlich setzte Bundeskanzlerin Angela Merkel bei der EU durch, dass von jedem Bürger eine digitale Profilierung erstellt werden darf. Der BDI bezeichnet dies als notwendiges „Agentenmodell“ für die Kontrolle und Manipulation der Konsumenten. Eine weitere Analyse des „Diagnose-Funk“ befasst sich mit der Einführung kabelloser digitaler Medien und WLAN in Kitas, Schulen und Hochschulen: Störungen der Gehirnentwicklung, Suchtgefahr, Aufmerksamkeitsstörungen, Konsumorientierung, Burn-out schon bei Kindern sind einige der Folgen. Und das Aufwachen mit totaler Überwachung wird zum Gegenteil von kritischen Bürgern führen.

» <http://tinyurl.com/qxygrxx>



## BITTE PROTESTIEREN! von Edgar Guhde

### Qualschlachtungen

Setzen Sie sich bitte beim Bundeslandwirtschaftsminister für ein Ende der gängigen Schlachtungspraxis ein:

*Sehr geehrter Herr Bundesminister Schmidt, von den jährlich 750 Mio. geschlachteten Tieren in Deutschland erleiden mehrere Millionen unmittelbar vor ihrem Tod entsetzliche Qualen, da sie entweder nicht oder nicht korrekt betäubt sind, ihnen durch die Betäubungsmethode selbst erhebliche Schmerzen zugefügt werden oder sie als Fötus im Bauch des Muttertieres grausam ersticken. Obwohl diese Zustände seit Jahren bekannt sind, ändert sich fast nichts an den gängigen Praktiken. Daher fordere ich Sie auf, sich für ein Ende der Qualschlachtungen und die dafür nötigen Gesetzesänderungen einzusetzen!*

Mit freundlichen Grüßen

Adresse:

Herrn Bundesminister Christian Schmidt  
Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft,  
11055 Berlin  
Fax: (030) 1 85 29-42 62; [poststelle@bmel.bund.de](mailto:poststelle@bmel.bund.de)

## Bücher

### Neoliberalismus & Alltag

Patrick Schreiner  
**Unterwerfung als Freiheit**  
 Leben im Neoliberalismus  
 PapyRossa, Januar 2015  
 128 Seiten, 11,90 Euro  
 978-3-89438-573-6



Der Neoliberalismus prägt nicht nur unsere Wirtschaft, sondern längst auch unser Alltagsleben – oft unbemerkt und erst bei genauem Hinsehen erkennbar. Der Autor schaut genau hin und entdeckt dessen Strukturen im Bildungswesen, in Ratgeberliteratur, in Management-Trainings und der Esoterik, im Sport, in Casting-Shows und Seifenopern, in sozialen Netzwerken und im Konsumverhalten. Er geht der Frage nach, wie diese Ideologie die Menschen und die Gesellschaft verändert und eine solche Selbstverständlichkeit erlangt, dass ihre Grundgedanken als richtig, angemessen und alternativlos empfunden werden. (gh)

### Wirtschaftstheorie & Ethik

Julian Nida-Rümelin  
**Die Optimierungsfalle**  
 Philosophie einer humanen  
 Ökonomie  
 btb, Juni 2015  
 320 Seiten, 9,99 Euro  
 978-3-442-74969-0



Der Münchner Philosophie-Professor und frühere Kulturstaatsminister beleuchtet die Themen Wirtschaft, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit aus seiner Fachperspektive – nüchtern und logisch. „Ökonomische Rationalität“, „Ethik“ und „Praktische Vernunft“ heißen die drei Buchteile. Einem neoliberalen Dogma widerspricht er entschieden: Die Ökonomie darf kein Primat haben, darf die Gesellschaft nicht nach ihrem Gutdünken umformen, denn ihr Funktionieren lebt von moralischen Voraussetzungen, die sie selbst nicht schaffen kann: Wahrheit, Vertrauen und Verlässlichkeit. Die zunehmende Ökonomisierung unserer Gesellschaft zerstört deshalb die Grundlage einer guten, gesunden Ökonomie. Seine Forderung: Die Anständigen sind vor Ideologien und einer Praxis der Verantwortungslosigkeit zu schützen. (gh)

### Demokratieabbau & Konzernherrschaft

Thilo Bode  
**TTIP**  
 Die Freihandelslüge  
 DVA, März 2015  
 272 Seiten, 14,99 Euro  
 978-3-421-04679-6



Der Widerstand gegen das geplante Freihandels- und Investitionschutzabkommen TTIP wächst. Das Buch schildert anschaulich, umfassend und messerscharf, wie Verbraucherrechte, Umwelt- und Sozialstandards sowie Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gefährdet sind. Die Konzerne drohen, über unsere Zukunft zu bestimmen. Der Autor, früher Geschäftsführer von Greenpeace und dann Gründer der Verbraucherschutzorganisation Foodwatch, zeigt ausführlich, was sich bei den Geheimverhandlungen zwischen der EU und den USA ereignet, was für uns alle auf dem Spiel steht und welche fatalen Auswirkungen TTIP auf unser Leben hätte. (gh)

### Umweltaktivisten & Unternehmer

Burkhard Schulze Darup  
**Grenzen der Gier**  
 Die Energiewende –  
 hart an der Wirklichkeit (Roman)  
 Westkreuz, Februar 2015  
 281 Seiten, 14,90 Euro  
 978-3-944836-20-1



Der spannend geschriebene Thriller verwebt mehrere Handlungsstränge miteinander und zeigt dabei die komplexe Welt der Energie- und Klimapolitik aus den Perspektiven unterschiedlicher Protagonisten. Aber natürlich hat der Autor auch viel Fachwissen eingeflochten, schließlich engagiert er sich selber seit Jahrzehnten umweltpolitisch: Als Architekt und Stadtplaner ist er ein Pionier auf dem Gebiet des energieeffizienten Bauens. (gh)

### Wachstumskritik & Suffizienz

Serge Latouche  
**Es reicht!**  
 Abrechnung mit dem  
 Wachstumswahn  
 oekom, März 2015  
 208 Seiten, 14,95 Euro  
 978-3-86581-707-5



Der „französische Niko Paech“ plädiert eindringlich für einen Mix aus Schrumpfung, mehr lokaler Autonomie, ökologischer Kostenwahrheit und einer Abkehr von der neoliberalen Ideologie hin zu einer konvivialen Gesellschaft mit einem lebensgerechten Einsatz des technischen Fortschritts. Ein Plädoyer für eine Welt der Suffizienz, Einfachheit und bescheidenen Fülle. Ein gutes Buch – auch für diejenigen, die in diesem Bereich schon belesen sind und Anregungen für das eigene politische Denken suchen. Es ist auch gut für alle, denen es reicht, Wachstum als „alternativlos“ präsentiert zu bekommen. (jo)

### Wissenschaft & Spiritualität

Gregg Braden  
**Resilienz in Zeiten extremer Veränderung**  
 Persönlichen und gesellschaftlichen  
 Wandel aktiv gestalten  
 Koha, Juli 2014  
 304 Seiten, 17,95 Euro  
 978-3-86728-262-8



Wir leben in einer Zeit der extremen Veränderungen, für die es keine historischen Referenzen gibt. Kipppunkte bedrohen das Leben. Die Gleichzeitigkeit von Klimakrise, Vermögensungleichverteilung, Rohstoffknappheit, Rekordverschuldung, schwächelndem Wirtschaften, Arbeitslosigkeit und Krankheiten verlangen nach neuem Denken: Verbundenheit statt Getrenntheit, Kooperation statt Konkurrenz. Resilienz ist die neue Nachhaltigkeit. Das Buch vereint wissenschaftliches Denken mit spirituellem, schamanischem Wissen und wirbt für eine Transformation, die am Ende zu einem besseren Leben führen kann. Stark und sehr inspirierend! (jo)

### Wissenschaft & Propaganda

Dirk Maxeiner, Michael Miersch  
**Alles grün und gut?**  
 Eine Bilanz ökologischen Denkens  
 Knaus, Oktober 2014  
 384 Seiten, 19,99 Euro  
 978-3-8135-0650-1



Die beiden Autoren waren in der Umweltbewegung selbst stark engagiert und gründeten die beiden Umweltzeitschriften „Chancen“ und „Natur“. Nun ziehen sie eine kritische Bilanz: Statt nüchtern über die Faktenlage aufzuklären, wurden und werden oft Ideologien propagiert, die den geistigen Horizont

einengen statt erweitern. Eigene Fehleinschätzungen werden nicht eingestanden, geschweige denn auf ihre Ursachen untersucht, Zielkonflikte nicht ausdiskutiert, sondern todgeschwiegen. Auch wenn man den Autoren in vielen Punkten nicht zustimmen kann: Ihre unbequemen Aussagen und Appelle zur kritischen Selbstreflexion sind lesenwert, um einem Abgleiten in eitle Selbstgefälligkeit und Irrationalität vorzubeugen. (gh)

### Oligarchisierung & Widerstand

Jean Ziegler  
**Ändere die Welt!**  
 Warum wir die kannibalische  
 Weltordnung stürzen müssen  
 C. Bertelsmann, März 2015  
 288 Seiten, 19,99 Euro  
 978-3-570-10256-5



Kriege, Hunger und Not nehmen zu, aufklärungsfeindliches Denken auch. Der Autor versucht, dies zu erklären, und zeigt sich dabei als profunder Kenner globaler Machtstrukturen und ihrer Funktionsweisen. Die Hoffnung auf ein Umdenken der Mächtigen hat der Autor aber aufgegeben. Deshalb mündet dieses Buch in einen flammenden Appell, Widerstand zu leisten und aufzubegehren. Es gibt kein Naturgesetz, das uns zwingt, uns der neoliberalen Ideologie willenlos zu unterwerfen. Deshalb ruhen Zieglers Hoffnungen auf einer erstarkenden globalen Zivilgesellschaft: „Diese absurde Weltordnung ist von Menschen gemacht, also kann sie auch von Menschen gestürzt werden.“ (gh)

### Früher & heute

Lois Hechenblaikner  
**Hinter den Bergen**  
 Steidl, April 2015  
 144 Seiten, 24,00 Euro  
 978-3-86930-737-4



Der österreichische Fotokünstler zeigt in einem furiosen Bildband anhand gekonnter Gegenüberstellungen von alten und aktuellen Fotografien, auf welch dramatische Art und Weise sich die Alpen in den letzten hundert Jahren verändert haben. Aus einer agrarwirtschaftlichen Nutzlandschaft mit karger Lebenswelt wurde eine von den Bedürfnissen des Massentourismus und der Vergnügungsindustrie geprägte Kunstwelt. (gh)

## Nutzung

# An den Grenzen von grüner Revolution und Bioökonomie

Boden ist einfach da. Unter unseren Füßen, unter den Feldern, dem Gras und den Bäumen. Wir leben von ihm, schenken ihm aber kaum Beachtung. Wir nutzen ihn, als wäre er unerschöpflich. Doch er ist in menschlichen Zeiträumen nicht erneuerbar – und geht uns aus. Weltweit steigt die Nachfrage. Besonders die wertvollsten Ökosysteme stehen immer mehr unter Druck.

von Dr. Christine Chemnitz

Seit Jahrhunderten werden die Landflächen der Erde von Menschen genutzt und geprägt: um Nahrungsmittel anzubauen, Tiere weiden zu lassen, Städte und Straßen zu bauen, Bodenschätze zu fördern, um Forstwirtschaft zu betreiben, spirituelle Werte auszudrücken oder die Freizeit zu verbringen.

Das Land und seine Nutzung hat die Geschichte, Politik und Kultur der Völker geprägt. In vielen Ländern des Westens ist der individuelle Besitz von Land mit traditionellen Werten und gesellschaftlichem Status verbunden. So wurde landwirtschaftliches Eigentum möglichst über Generationen innerhalb von Familien weitergegeben. In sozialistischen Regimen war die Verstaatlichung von Land ein politisches und strategisches Machtmittel. Es fand seinen grausamen Höhepunkt in der Sowjetunion unter Stalin mit der Enteignung und Vertreibung von Millionen Bauern, die zur Hungerkatastrophe von 1933/34 führte.

Die Folgen der Zwangskollektivierung prägen bis heute die landwirtschaftliche Struktur vieler mittel- und osteuropäischer Länder.

Landflächen sind begrenzt. Noch im 20. Jahrhundert dienten Kriege und koloniale Unterdrückung dazu,

chen bulk products, Massenprodukte, aus den Ursprungsländern hin zu den Zentren der Verarbeitung und des Konsums. Nationale Landknappheit wird auf diese Weise ausgelagert: Man kauft sich jenseits der Grenzen die Flächen, die

*Mit zunehmender Globalisierung des Agrarhandels begannen die nationalen Knappheiten von Land zu verschwimmen.*

die Territorien der Nationalstaaten auszuweiten. Doch mit zunehmender Liberalisierung und Globalisierung des Agrarhandels seit den 1980er-Jahren begannen die nationalen Knappheiten von Land zu verschwimmen, denn es schlug die Stunde der großen Agrar-Handelsunternehmen. Mit weltweiten Niederlassungen und der Transportlogistik für viele Millionen Tonnen Fracht bewegen seither die großen Vier – Bunge, Cargill, Louis Dreyfus und ADM – die landwirtschaftli-

man braucht, gleichgültig, welche Veränderungen die Nachfrage dort auslöst. Land, eigentlich immobil, ist zum flexiblen Produktionsfaktor geworden.

Bereits in den 1960er-Jahren hatte die „Grüne Revolution“ begonnen. Eine intensive Landnutzung mit Hohertragsorten, Düngemittel- und Pestizideinsatz sowie künstlicher Bewässerung erhöhte den Ertrag pro Fläche. Der Einsatz fossiler Energie kompensierte den Mangel an Land. Kaum beachtet

wurden die Grenzen, an die diese Form der nicht nachhaltigen Landwirtschaft stieß. Das änderte sich erst zur Jahrtausendwende, als die ökologischen Schäden dieser industriellen Landwirtschaft in allen Teilen der Welt deutlich wurden.

Inzwischen offenbart sich erneut, wie begrenzt Land ist – jetzt global. Die Nachfrage wächst überall: nach Nahrung, nach Futtermitteln, nach Agrartreibstoffen und nach Biomasse für chemische Produkte und Textilien. Die Nutzer des Landes konkurrieren zunehmend miteinander. Während Städte heute nur 1 bis 2 % der Erdoberfläche in Anspruch nehmen, werden sie 2050 etwa 4 bis 5 % belegen, eine Steigerung von 250 auf 420 Mio. Hektar. Agrarflächen müssen weichen; ihr Verlust wird durch Urbarmachung kompensiert, indem Wälder und Steppen gerodet werden. Von 1961 bis 2007 weiteten sich die Ackerflächen der Welt um rund 1% oder 150 Mio. Hektar aus. Wüchse die heutige Nachfrage nach Agrarpro-

dukten unverändert weiter, müsste bis 2050 eine zusätzliche Agrarfläche irgendwo zwischen 320 und 850

Mit der steigenden Nachfrage verschärfen sich die Spannungen zwischen verschiedenen Nutzer-

*Die Nachfrage wächst: nach Nahrung, Futtermitteln, Agrartreibstoffen und Biomasse für chemische Produkte.*

Mio. Hektar erschlossen werden. Der niedrigere Wert entspricht der Größe Indiens, der höhere derjenigen Brasiliens.

gruppen. Land ist für Investoren ein attraktives ökonomisches Gut, ein zunehmend knappes mit guter Rendite. Land wird aber auch von

## Bodenatlas

Warum wird Land immer teurer? Wie viel Boden geht jedes Jahr verloren? Wie viele Quadratkilometer Acker- und Weideflächen „importieren“ wir für unsere Ernährung? Wem gehört das Land? Zum Internationalen Jahr des Bodens präsentiert der Bodenatlas Daten und Fakten über die Bedeutung, den Zustand und die Gefährdung von Land und Böden in Deutschland, Europa und weltweit.



Heinrich-Böll-Stiftung, IASS, BUND, Le Monde diplomatique

### Bodenatlas

Daten und Fakten über Acker, Land und Erde  
Januar 2015  
50 Seiten, kostenlos  
[www.boell.de/de/bodenatlas](http://www.boell.de/de/bodenatlas)

## Inhalt

- Kulturgeschichte: Die Archive des Anthropozän
- Untergrund: Das unsichtbare Ökosystem
- Nutzung: An den Grenzen von grüner Revolution und Bioökonomie
- Klima: Der große Kohlenpeicher
- Intensivfeldbau: Industrielle Landwirtschaft mit Zukunftsproblemen
- Düngemittel: Zahlende Konsumenten, intrigante Produzenten
- Futtermittel: Viel Land für viel Vieh
- Landimporte: Welthandel ist Flächenhandel – und ungerechter Verbrauch
- Grabbing: Die große Landgier
- Strukturwandel: Die neuen Großgrundbesitzer
- Landverluste: Teersand, Kohle und Asphalt
- Energie: Fahrt in die falsche Richtung
- Öko-Landbau: Der lange Kampf für bessere Böden
- Trockengebiete: Tierhaltung auf neuen Wegen
- Traditionelle Systeme: Regeneration von Böden – was Bauern tun können
- Gender: Sehr begrenztes Eigentum
- Bodenpolitik: Mehr als ein Vehikel
- Demokratie: Land und Leben
- Städte: Graue Flächen, grüne Zukunft



Foto: lichtkunst/pixelio.de

den weltweit mehr als 500 Mio. Kleinbauern, Pastoralisten und indigenen Bevölkerungsgruppen gebraucht, um ihren Lebensunterhalt

*Landintensive Produkte sollen Erdöl ersetzen. Dies würde alle Biodiversitäts- und Klimaziele zunichte machen.*

zu erwirtschaften. Zudem hat es einen identitätsstiftenden, kulturellen und teilweise spirituellen Wert. Gerade in Staaten ohne öffentliche Sicherungssysteme, in denen der Zugang zu Land elementar ist, werden die individuellen oder gemeinschaftlichen Nutzungsrechte aber immer wieder bedroht.

Nicht nur, dass sich die Konkurrenz zwischen den Gruppen verschärft, auch die negativen Auswirkungen auf die Ökosysteme nehmen zu. Der Mensch achtet bei der Nutzung des Landes kaum darauf, ob die Qualität, die Vielfalt und die Fruchtbarkeit einer Landschaft erhalten bleiben. Je intensiver aber die landwirtschaftliche Beanspruchung, desto negativer die ökologischen Folgen, vor allem der Verlust der über- und unterirdischen biologischen Vielfalt. Jedes Jahr werden etwa 13 Mio. Hektar Wald gerodet; von den Primärwäldern der Welt sind seit 2000 fast 40 Mio. Hektar verschwunden. Fruchtbare Böden gehen verloren, Wüsten breiten sich aus und klimaschädliche Gase, die über Jahrtausende im Boden gespeichert waren, werden in die Atmosphäre entlassen.

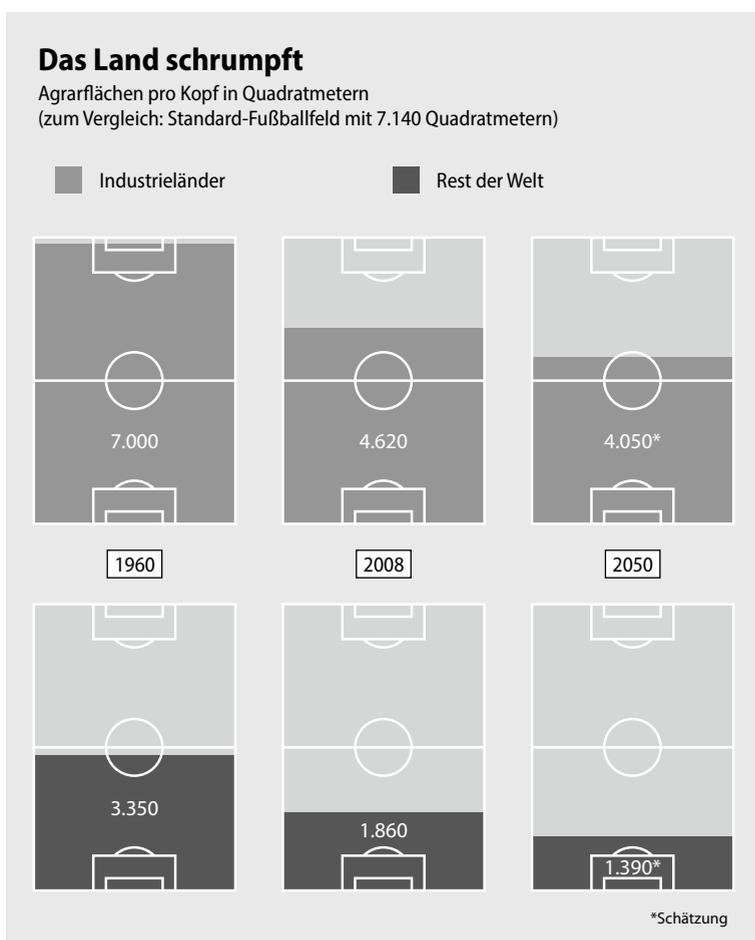
All diesen Entwicklungen zum Trotz propagieren heute viele Regierungen der Industrieländer neue Wachstumspotenziale unter dem Stichwort „Bioökonomie“. Dabei sollen nachwachsende Rohstoffe die fossilen Energieträger ersetzen. Das

ist die Umkehr der „Grünen Revolution“: Landintensive Produkte sollen nun Erdöl ersetzen. Diese Wachstumsstrategie würde alle

Gerechtigkeits-, Biodiversitäts- und Klimaziele zunichte machen, auf die sich die Regierungen in den letzten Jahrzehnten verständigt haben. Nach einem Bericht der UN-Ent-

wicklungsorganisation UNDP ist – bei unverändert zunehmender Nutzung des Landes – schon 2020 die Grenze einer ökologisch tragfähigen Beanspruchung erreicht. Der globale Landverbrauch vor allem durch EU und USA wird nicht mehr viel weiter zunehmen können. Bei 1,4 Mrd. Hektar globaler Ackerfläche muss jeder Mensch mit 2.000 m<sup>2</sup> auskommen, von deren Ertrag er sich ernähren muss. ■

*Dieser Artikel ist ein Kapitel aus dem „Bodenatlas“. Alle seine Texte und Grafiken stehen unter der offenen Creative Commons Lizenz CC-BY-SA.*



*Fußballfelder zeigen die Kluft zwischen Arm und Reich. In einer nachhaltigen Welt müsste jeder Mensch mit 2.000 Quadratmetern auskommen.*

## Landgrabbing

# Von Landwirtschaft müssen Mensch und Umwelt profitieren

Landgrabbing bedeutet die Aneignung großer Landflächen in Entwicklungs- oder Schwellenländern. Das geschieht, weil Äcker heute profitable Anlageobjekte sind. Finanzstarke Investoren industrialisieren die Landwirtschaft und erhöhen die Erträge. Dem Wohl der einheimischen Bevölkerung dient dies jedoch meist nicht.

von Marion Aberle

Zuckerrohr, soweit das Auge reicht, wie mit dem Lineal gezogen. Aus der Luft sieht man am besten, welcher Strukturwandel sich auf dem Land vollzieht. Daneben die gewachsenen Strukturen der kleinbäuerlichen Landwirtschaft. Mit Stroh gedeckte Hütten, dazwischen ein Patchwork aus Feldern – Reis, Gemüse, Obstbäume. Dieses Bild aus dem afrikanischen Sierra Leone findet man auch in anderen Ländern und Kontinenten: riesige Sojaplantagen in Bolivien, Ölpalmen in Indonesien, Kautschuk in Kambodscha.

Diese optische Zweiteilung steht auch für eine ideologische Auseinandersetzung. Hier die Verfechter der Marktorientierung. Sie propagieren großflächige Investitionen durch – in der Regel ausländische – Konzerne, befeuert durch Steuer- und Zollerleichterungen sowie günstige Pachtverträge. Auf der anderen Seite internationale Nichtregierungsorganisationen und Bauernvereinigungen, die für eine politische Steuerung werben, die Kleinbauern und Ernährungslandwirtschaft in den Mittelpunkt stellt.

Die Menschen, um die es eigentlich geht, werden viel zu wenig gefragt, aller internationalen Instru-

mente wie dem völkerrechtlich verankerten „free, prior and informed consent“ oder den vom Welternährungsausschuss der Vereinten Nationen verabschiedeten „Freiwilligen Leitlinien zur Landnutzung“ zum Trotz.

Wissenschaftliche Evidenz gibt es wenig, dafür aber zahlreiche Dokumentationen, die belegen, wie

gen die dritte Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung in Addis Abeba im Juli, der UN-Gipfel zur Verabschiedung einer Post2015-Agenda im September sowie die UN-Klimakonferenz im Dezember. Das Ringen um die Landwirtschaft der Zukunft wird auch auf diesem Treffen fortgeführt werden. Für die Welthungerhilfe steht fest: Globale

*Die Verfechter der Marktorientierung propagieren großflächige Investitionen durch in der Regel ausländische Konzerne.*

Bauern von ihrem Land vertrieben oder mit wenig oder keiner Entschädigung abgespeist werden. Ordentlich bezahlte Arbeitsplätze werden kaum geschaffen. Die Steuer- und Zollerleichterungen berauben die Regierungen wichtiger staatlicher Einnahmen, die für Sozialausgaben fehlen. Zu viele Regierungsmitglieder in den Zielländern der Investitionen halten die Hand auf. Die Armen und Hungernden sind einmal mehr die Verlierer.

Das Jahr 2015 ist ein Gipfeljahr, manche sprechen sogar vom „Schicksalsjahr“. Der G7-Gipfel in Elmau machte den Anfang, es fol-

Ernährungssicherheit wird es nur geben, wenn man die Kleinbäuerinnen und -bauern mit dem Ziel der Hunger- und Armutsbekämpfung konsequent in Agrarentwicklungsstrategien einbindet.

### Landwirtschaft vor Ort denken

Im Mittelpunkt vieler Debatten steht die Frage, welche Art von Landwirtschaft die Welt ernähren kann. Die einen sprechen sich für eine hochtechnisierte Landwirtschaft aus, die anderen für den ökologischen Landbau. Doch wie so oft gibt es keine globale Lösung

und auch keine Blaupause. Umweltbedingungen, wirtschaftlicher Entwicklungsstand und kulturelle Prägung stellen überall andere Anforderungen. Was hier in Deutschland die Ernte steigert, kann in Burkina Faso gerade das falsche Mittel der Wahl sein. Auch die kulturellen Ernährungsbedürfnisse sind regional sehr unterschiedlich – so wird kaum ein Asiate auf Reis verzichten

dafür vielfach unmittelbar auf die landwirtschaftliche Produktion auf. Sie liegen besonders in der Weiterverarbeitung – einschließlich Lagerung, Konservierung, Verpackung, Transport und Vermarktung – von Agrarprodukten vor Ort, aber auch in der Schaffung von Dienstleistungen für die lokale Landwirtschaft.

Der Wettkampf um Land spitzt sich immer weiter zu. Hauptverlie-

*Die internationale Gemeinschaft muss sich viel entschlossener als bisher für die nachhaltige Sicherung der Welternährung engagieren.*

wollen, wohingegen Maniok in vielen lateinamerikanischen Ländern nicht wegzudenken ist.

Deshalb müssen landwirtschaftliche Strategien standortgerecht sein und den lokalen Bedingungen in kultureller, ökologischer, sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht entsprechen. Im globalen Süden ist die Förderung der armen Klein- und Subsistenzlandwirtschaft hin zu wirtschaftlich rentablen sowie sozial und ökologisch nachhaltig produzierenden bäuerlichen Betrieben einer der wichtigsten Hebel zur Überwindung von Hunger und Armut.

### Arbeitsplätze auf dem Land schaffen

Meist wird Hungerbekämpfung mit besseren Ernten gleichgesetzt. Höhere Produktivität ist in der Tat ein wichtiger Baustein in der Armut- und Hungerbekämpfung. Dies bedeutet aber auch, dass Arbeitskräfte im ländlichen Raum freigesetzt werden, für die neue Beschäftigungsmöglichkeiten erschlossen werden müssen. Im ländlichen Raum bauen die Potenziale

hierbei sind kleine Betriebe, die von großflächigen Vorhaben der industriellen Landwirtschaft verdrängt werden. Die Förderung von kooperativen Unternehmensformen wie Genossenschaften stellt eine wichtige Alternative dar. Gemeinsames Wirtschaften bringt Kostenvorteile – je nach Situation durch Kooperation bei Einkauf, Transport, Lagerung und Vermarktung sowie bei der Finanzierung von Investitionen oder einer Kombination verschiedener Bereiche. Gleichzeitig finden Bauernvereinigungen eher politisches Gehör als einzelne Bäuerinnen oder Bauern. Erfolgreiche kooperative Unternehmensformen können einen direkten Beitrag zur Armutsbekämpfung und zum Umweltschutz leisten. Voraussetzung ist, dass ihre Landrechte gewahrt werden.

Die internationale Gemeinschaft muss sich viel entschlossener als bisher für die nachhaltige Sicherung der Welternährung engagieren. Im Mittelpunkt müssen die ländliche Entwicklung und hierbei insbesondere die Förderung der bäuerlichen Landwirtschaft stehen. ■

## ONLINETIPPS

Forum Umwelt und Entwicklung  
**Die sieben Säulen einer zukunftsfähigen, bäuerlichen Landwirtschaft und souveränen Ernährung in Nord und Süd**

März 2015  
<http://tinyurl.com/ogck5po>



Welthungerhilfe mit 22 Experten aus fünf Ländern

**Berlin Memorandum on Sustainable Livelihoods for Smallholders**

Februar 2015  
<http://tinyurl.com/pd96t93>



Dietmar Bartz, Heike Holdinghausen  
**Grabbing: Die große Landgier**

in: Bodenatlas  
Januar 2015  
<http://tinyurl.com/qxm62pd>



**Marion Aberle**, Jahrgang 1968, studierte Politikwissenschaft, Geschichte und Germanistik. Ihr Berufsleben begann sie als Redakteurin bei der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, wo sie neun Jahre in verschiedenen Ressorts arbeitete, unter anderem als Afrikakorrespondentin in Johannesburg. Seit zehn Jahren ist sie bei der Deutschen Welthungerhilfe tätig, zunächst als Leiterin der Pressestelle, inzwischen als Teamleiterin in der Abteilung „Politik und Außenbeziehungen“.



[www.welthungerhilfe.de](http://www.welthungerhilfe.de)

## Stickstoff

# „Eine der größten Umweltbelastungen“

Stickstoff sorgt als Dünger für reichere Ernten, schädigt jedoch die Umwelt und menschliche Gesundheit. Der deutsche Sachverständigenrat für Umweltfragen erachtet das Problem als weit unterschätzt, stellt es deshalb in einem neuen Sondergutachten ausführlich dar und fordert die Politik zum Handeln auf. Eines seiner Mitglieder erläutert die Thematik.

Interview mit Prof. Dr. Manfred Niekisch

ÖkologiePolitik: Herr Prof. Niekisch, inwiefern ist Stickstoff schädlich?

Prof. Dr. Manfred Niekisch: Das ist ein komplexes und umfangreiches Thema – und deshalb

mehr ausreichend Nahrung. Gibt es weniger Insekten, dann sinkt die Bestäubungsleistung für Wild- und Nutzpflanzen und die Zahl der Insekten verzehrenden Tiere wie

*„Dass Stickstoff im Übermaß als Dünger verwendet wird, verändert den natürlichen Stickstoffkreislauf und löst eine fatale Kettenreaktion aus.“*

auch schwierig zu kommunizieren. Stickstoff an sich ist eigentlich nicht schädlich. Aber dadurch, dass er beispielsweise in der Landwirtschaft im Übermaß als Dünger verwendet wird, verändert er den natürlichen Stickstoffkreislauf und löst eine fatale Kettenreaktion aus: Böden und Gewässer überdüngen und versauern, die Artenvielfalt geht dramatisch zurück.

**Warum geht die Artenvielfalt zurück?**

Viele Pflanzen, die nährstoffarme Böden brauchen, vertragen den Stickstoffüberschuss nicht, gehen ein oder werden von anderen Pflanzen wie Brennnesseln oder Löwenzahn verdrängt. Verschwindet jedoch ein Großteil der Pflanzenarten, dann finden Insekten nicht

Singvögel oder Amphibien. Gibt es weniger Amphibien, dann sinkt die Zahl der sich von Amphibien ernährenden Tiere, beispielsweise der Storch. Kurz gesagt: Ökosysteme sind komplex und reagieren sehr sensibel auf Eingriffe. Und die Überdüngung mit Stickstoff ist ein massiver Eingriff.

**Welchen Einfluss hat Stickstoff auf unsere Gewässer?**

Zu viel Stickstoff führt zu übermäßigem Algenwachstum. Die Algen sterben ab, sinken zum Grund und werden unter Sauerstoffverbrauch abgebaut. Im Extremfall entstehen sauerstofffreie Zonen, in denen kein höheres Leben mehr existieren kann. Solche Todeszonen treten in den Tiefen der Ostsee großflächig auf.



Foto: Zoo Frankfurt

**Prof. Dr. Manfred Niekisch**, Jahrgang 1951, studierte Biologie und promovierte über die Gelbbauchunke, ist seit 2008 Direktor des Frankfurter Zoos und seit 1998 Professor für Internationalen Naturschutz, zunächst an der Universität Greifswald, danach an der Frankfurter Goethe-Universität. Er ist der Ökologe im „Sachverständigenrat für Umweltfragen“ der deutschen Bundesregierung, war 17 Jahre lang Vizepräsident des Deutschen Naturschutzrings und gehört heute dem Verwaltungsrat der „Senckenberg Gesellschaft für Naturforschung“ sowie zahlreichen Beiräten und Vorständen diverser Organisationen an.

[www.umweltrat.de](http://www.umweltrat.de) – Ratsmitglieder

*Ist Stickstoff auch schädlich für die menschliche Gesundheit?*

Als natürlicher Bestandteil unserer Atemluft schadet der Luftstickstoff natürlich nicht. Aber diverse Stickstoffverbindungen, die wir über die Luft und über unsere Nahrung aufnehmen, sind problematisch: Stickstoffoxide, Nitrat, Nitrit oder Ammoniak. Die Wirkungen sind dabei ganz unterschiedlich: Stickstoffoxide reizen die Atemwege und verstärken die Wirkung von Allergien, Nitrit oxidiert das

### Stickstoff

Stickstoff (N) ist ein unerlässlicher Nährstoff für alle Lebewesen. Viele reaktive Stickstoffverbindungen sind jedoch schädlich, wenn sie in zu hohen Konzentrationen auftreten. Sie gefährden die biologische Vielfalt, weil Pflanzenarten, die an nährstoffarme Bedingungen angepasst sind, verdrängt werden. Zu viel Gülle lässt die Nitratkonzentrationen (NO<sub>3</sub>) im Grundwasser über die Grenzwerte schnellen. Stickstoffdioxid (NO<sub>2</sub>) aus Verkehrsabgasen gefährdet die menschliche Gesundheit. Lachgasemissionen (N<sub>2</sub>O) aus überdüngten Feldern verschärfen den Klimawandel. Über die Luft gelangen heute in Europa viermal so viele reaktive Stickstoffverbindungen in die Umwelt wie noch vor 100 Jahren. In Deutschland sind das jährlich etwa 4,2 Mio. t oder 50 kg/Person. Laut EU-Angaben sind 61% der natürlichen Lebensräume in Europa durch zu viel Stickstoff belastet. Da rund zwei Drittel der Stickstoffemissionen in Deutschland aus der Landwirtschaft stammen, sollte vor allem dort angesetzt werden.

Quelle: Umweltbundesamt, <http://tinyurl.com/qxhp262>

Eisen im Blutfarbstoff Hämoglobin und reduziert dadurch dessen Transportfähigkeit für Sauerstoff. Nitrosamine erwiesen sich in Tierversuchen als krebserregend. Stick-

sich der Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU) in einem neuen Sondergutachten dem Thema ausführlich. Selbst wenn vieles darin nicht ganz neu ist, macht erst

*„Verschwindet ein Großteil der Pflanzenarten, dann finden Insekten nicht mehr ausreichend Nahrung.“*

stoffverbindungen belasten zudem als Feinstaub die menschliche Gesundheit und fördern die Bildung bodennahen Ozons, welches ebenfalls unseren Atemwegen schadet.

*Wie wichtig ist die Stickstoff-Problematik?*

Das Stockholmer Resilience Center bezeichnet Stickstoff als das zweitgrößte Umweltproblem der Welt. Und das Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung beziffert

die Gesamtschau das wahre Ausmaß der durch Stickstoff ausgelösten Umweltprobleme deutlich. Obwohl seit Jahrzehnten bekannt, ist zur Lösung des Problems bisher viel zu wenig passiert.

*Warum werden die vom Stickstoff verursachten Umweltprobleme so unterschätzt?*

Das Problem ist recht diffus, weil der reaktive Stickstoff aus verschiedenen Quellen in die Umwelt ge-

*„Diverse Stickstoffverbindungen, die wir über die Luft und Nahrung aufnehmen, sind problematisch: Stickstoffoxide, Nitrat, Nitrit oder Ammoniak.“*

die Stickstoffschäden in Europa auf 1 bis 4% der Wirtschaftsleistung, also mehrere 100 Mrd. Euro. Das Thema ist also wirklich dramatisch. Es wird jedoch bis heute völlig unterschätzt. Deshalb widmet

langt: aus der Landwirtschaft, aus der Verbrennung fossiler Energieträger. Kohlekraftwerke z.B. stoßen jede Menge Stickstoffverbindungen aus, nicht nur CO<sub>2</sub>. Und auch die Wirkungen des Stickstoffs und sei-

ner Verbindungen sind komplex und entfalten sich über die Luft, die Böden, das Grundwasser und Binnengewässer und das Meer. Deshalb sind schon auf nationaler Ebene gleich mehrere Ministerien in diese Thematik involviert: das für Landwirtschaft, das für Verkehr, das für Gesundheit, das für Wirtschaft und das für Umwelt, zudem jede Menge Fachbehörden und sonstige Organisationen. Alle sind ein bisschen zuständig, aber keiner so

*„Auf nationaler Ebene sind mehrere Ministerien in die Thematik involviert. Alle sind ein bisschen zuständig, aber keines so richtig.“*

richtig. Deshalb bleiben sowohl die Ursachen als auch die Wirkungen in ihrer Gesamtheit eher unklar. Das muss sich künftig ändern.

*Brauchen wir ein „Bundesstickstoffamt“?*

Das nicht, aber eine nationale Stickstoffstrategie, wie sie der SRU vorschlägt. Es gibt im Rahmen der existierenden Institutionen und Regelwerke genügend Handlungsmöglichkeiten. Die Politik muss jetzt eine wirklich ambitionierte Novelle der Düngeverordnung auf den Weg bringen und die Wasserrahmenrichtlinie, die nationale Biodiversitätsstrategie und die europäische

Meeresstrategierahmenrichtlinie sind zielführend umzusetzen.

*Wie sollte sich die Düngeverordnung ändern?*

Wir haben enorme Nährstoffüberschüsse: Die Landwirte düngen oft über den eigentlichen Düngebedarf hinaus, da sie die Gülle oder auch Gärreste aus Biogasanlagen loswerden müssen. Außerdem wollen sie den maximalen Ertrag aus ihren Böden herausholen. Oft hätte deutlich weniger Dünger ausgereicht. Es sollte eine bedarfsgerechte Düngung nicht nur vorgeschrieben, sondern auch kontrolliert werden. Dafür ist eine „Hoftorbilanz“ zwingend erforderlich: Was geht in einen Betrieb rein und was kommt raus? Und zur Sicherung der Gewässer brauchen wir ausreichend große Gewässerrandstreifen.

*Die Vielfalt an Ursachen bedeutet auch eine Vielzahl an Verursachern, die wohl keine Verschärfung von Verordnungen wollen.*

Ja, aber wir wollen ja kein Totalverbot von Stickstoffdünger, sondern nur einen effizienteren Einsatz, eine deutliche Reduzierung auf ein sinnvolles Maß, ein Ende der Überdüngung. Wir haben mit unserem Anliegen aber auch große Interessengruppen auf unserer Seite: neben den Naturschutzorganisationen und Wasserverbänden auch die Waldbesitzer und Forstwirte.

*Warum die Waldbesitzer und Forstwirte?*

Aufgrund der Filtereffekte von Baumkronen nehmen Wälder größere Stickstoffmengen aus der Atmosphäre auf als das umgebende



Foto: R. Wagner/pixelio.de

### ONLINETIPPS

Sachverständigenrat für Umweltfragen  
**Stickstoff: Lösungsstrategien für ein drängendes Umweltproblem**  
Sondergutachten  
Januar 2015

<http://tinyurl.com/ocfvp6t>

Umweltbundesamt  
**Reaktiver Stickstoff in Deutschland?**  
Ursachen, Wirkungen, Maßnahmen  
Januar 2015  
[www.uba.de/stickstoff-in-deutschland](http://www.uba.de/stickstoff-in-deutschland)



Offenland. Es ist davon auszugehen, dass Stickstoffeinträge zunächst durch düngende Wirkung ein stärkeres Wachstum verursachen, was in der Folge aber die Vitalität der Bäume eher einschränkt.

*Was kann der Verbraucher tun?*

Der Verbraucher kann weniger Fleisch konsumieren. Die Viehhaltung trägt nämlich durch den Anfall von Gülle und Tierdung viel zum Stickstoffeintrag bei. Aber auch einige Gemüsesorten wie z.B. Broccoli werden stark gedüngt, damit sie saftig grün aussehen. Es ließe sich Dünger sparen, wenn der Verbraucher Gemüse und Obst essen würde, das nicht so aussieht wie in der Werbung. Würden weniger Waren aus rein ästhetischen Gründen weggeworfen, könnte man umweltbewusster wirtschaften und die Stickstoffsituation entschärfen. Für einen solchen Sinnes- und Wertewandel müssen wir die Verbraucher aufklären.

*Herr Prof. Niekisch, vielen Dank für das interessante Gespräch.*

Phosphor

# Im Faulturm schließt sich der Kreis

Ohne das chemische Element Phosphor würde es auf unserer Erde kein Leben geben. Deshalb verwenden es die Bauern als Dünger – allerdings oftmals mehr als notwendig. Und das, obwohl die Phosphorminen in absehbarer Zeit ausgeschöpft sind. Einen Ersatz für den Nährstoff gibt es nicht. Eine Lösung könnte allerdings im Klärschlamm stecken.

von Magdalena Fröhlich

Eigentlich gibt es doch viel zu viel Gülle – wozu müssen Bauern dann noch Dünger kaufen? Das hat zwei Gründe. Erstens: Die Gülle ist nicht immer dort, wo man sie braucht. Die Gülletanks sind vor allem in Massentierhaltungsregionen voll, in anderen Regionen, wo vor allem Getreide und Gemüse angebaut werden, fehlt sie. Zweitens: In der Gülle steckt sowohl Stickstoff als auch Phosphor. Manchmal braucht der Bauer aber mehr Phosphor als Stickstoff – und nicht in jeder Gülle ist gleich viel Phosphor drin: in der von Rindern z.B. deutlich weniger als in der von Geflügel. Mist ist eben nicht gleich Mist.

Phosphor wird genauso wie Stickstoff von den Pflanzen zum Wachstum gebraucht. Kein Lebewesen kann ohne Phosphor auskommen. Ohne Phosphor funktionieren weder der Energiestoffwechsel noch der Aufbau von DNA. Nehmen wir zu viel auf, scheiden wir ihn wieder aus. Kann eine Pflanze nicht allen Phosphor aufnehmen, wird er im Boden ausgewaschen – und landet letztendlich in Bächen, Seen, Flüssen und im Meer. Zu viel davon führt – ähnlich wie beim Stickstoff – zur Eutrophierung, also zum „Umkippen“ von Gewässern. Eine

Folge: Knapp ein Viertel der Ostsee ist biologisch tot.

## Begrenzung der Tierhaltung als Lösungsansatz

Eine Lösung ist kaum in Sicht: Zwar ist der Einsatz von Phosphordünger deutlich gesunken, unter anderem weil es 2007 bis 2008 eine Preisexplosion von 300 % gab, doch die Intensivtierhaltung nimmt weiter zu – und damit auch das Stickstoff- und Phosphorproblem durch zu viel Gülle. Rund 240.000 ha Land wären laut Agrarwissenschaftler Wilhelm Römer allein in den niedersächsischen Landkreisen Vechta, Cloppenburg, Emsland, Oldenburg und Osnabrück zusätzlich

Phosphorüberschuss festzustellen.“ Das Flächendefizit betrage allein dort derzeit rund 65.000 ha. Laut Römer gibt es in Nordwestdeutschland Standorte, an denen man 200 Jahre lang nicht mit Phosphor zu düngen bräuchte. Er fordert daher unter anderem eine Begrenzung der Tierhaltung auf 1 Großvieheinheit pro Hektar Land. Das Umweltbundesamt spricht ab 1,75 Großvieheinheiten von „hohem Viehbesatz“.

Die Neuregelung der Düngeverordnung könnte das Überdüngungsproblem lösen, wenn sie strengere Vorgaben machen würde. Immerhin: Im aktuellen Entwurf wird – anders als bisher – erstmals auch eine Bilanzierung und Redu-

*Es gibt in Nordwestdeutschland Standorte, an denen man 200 Jahre lang nicht mit Phosphor zu düngen bräuchte.*

nötig, um die dort vorhandenen Gülle-Nährstoffe sinnvoll einzusetzen. Im aktuellen Nährstoffbericht des Landes heißt es: „Gegenüber dem letzten Berichtszeitraum und nach den aktuellen düngerechtlichen Vorgaben ist nach wie vor in der Weser-Ems-Region ein großer

zierung des Phosphorgehalts verlangt. Bislang mussten sich die Bauern nur an Stickstoff-Begrenzungen halten. „Wenn wir die Wasserrahmenrichtlinie der EU einhalten wollen, in der es heißt, dass alle Gewässer in einem guten Zustand sein sollen, muss nicht nur der Stickstoff,

sondern auch der Phosphor in den Fokus rücken“, so Römer. Panik, dass durch eine Neuregelung des Phosphor-Einsatzes die Böden unterversorgt seien, brauche man nicht zu haben. Höhere Erträge durch mehr Phosphordünger seien nur auf rund 6 % der deutschen Ackerfläche möglich. Dagegen sind mehr als 40 % überversorgt – und damit eine Gefahr für die Umwelt.

## Auch Biolandwirtschaft braucht Phosphordünger

Die Biolandwirtschaft trägt nicht zur Überdüngung bei, doch auch sie hat seit einigen Jahren ein Phosphorproblem: Zwar dürfen Biobauern keinen künstlichen Stickstoff-

## Forschungsprojekte zur Klärschlammaufbereitung

Um trotzdem wieder im Kreislauf zu wirtschaften, gibt es eine Lösung: Klärschlamm. Denn alles, was wir an Phosphat über die Nahrung aufnehmen und der Körper nicht verwerten kann, scheidet er aus. Das Problem: In den Exkrementen stecken nicht nur Phosphor, sondern auch jede Menge andere Stoffe, die auf einem Acker nichts zu suchen haben: z. B. Medikamentenrückstände und Schwermetalle. Deshalb ist es im Biolandbau schon seit den 1970er-Jahren verboten, Klärschlämme direkt aufs Feld zu bringen. „Wir brauchen Verfahren, die auf umweltfreundliche Weise

*Die Neuregelung der Düngeverordnung könnte das Überdüngungsproblem lösen, wenn sie strengere Vorgaben machen würde.*

dünger verwenden, Phosphatdünger dagegen schon. Der Unterschied: Bei den Biobauern kommt der Stoff als Rohphosphat in nahezu wasserunlöslicher Form auf den Acker. Konventionelle Bauern verwenden meist aufbereitetes, wasserlösliches Phosphat, was aber energieaufwendig ist.

Dass auch Biobauern nicht nur Abfallprodukte wie Festmist und Gülle, sondern auch Phosphor als Dünger verwenden, hat eine lange Tradition. Bis in die 2000er-Jahre haben sie zur Phosphordüngung ebenfalls einen Reststoff verwendet – sogenanntes „Thomasmehl“, das bei der Eisen- und Stahlerzeugung anfällt. Als die Eisen- und Stahlwerke dicht machten, gab es den wertvollen Abfall nicht mehr. Deshalb mussten die Biobauern Rohphosphat zukaufen. Dem Kreislauf-Gedanken entspricht das nicht.

sauberes Phosphat aus den Klärschlämmen wiedergewinnen“, so Stephanie Fischinger, Leiterin der Abteilung Forschung und Entwicklung des Bioland-Verbands. Forschungsprojekte dazu gibt es bereits. Und sie sind vielversprechend: Von den rund 115.000 t Phosphor, die jährlich vor allem aus China und Marokko importiert werden, könnte mit dem Recycling mehr als die Hälfte eingespart werden.

Die Verfahren dazu sind verschieden: Bei einigen werden die Schlämme getrocknet und verbrannt, sodass nur die phosphathaltige Asche übrig bleibt, bei anderen wird der Stoff mittels Ausfällung gewonnen. Bislang ist das noch recht energieaufwendig. Deshalb arbeitet Fischinger an Nachhaltigkeitskriterien für das Recycling. Wenn das klappt, dann ist der Kreislauf wieder geschlossen.

## ONLINETIPPS

Bioland

### Phosphor im Kreislauf

<http://tinyurl.com/og2kyp6>

### Phosphorversorgung nachhaltig sichern

<http://tinyurl.com/nza3udt>

Niedersächsisches Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

### Nährstoffbericht 2015

<http://tinyurl.com/q2a56uf>

Umweltbundesamt

### Phosphor

<http://tinyurl.com/njxwo5n>

Auch aus einem anderen Grund ist die Aufbereitung des Schlamms relevant: Der Abbau des Mineralstoffs in den Minen ist bald erschöpft. Der Global Phosphorus Research Initiative zufolge werden die Reserven noch 75 bis 200 Jahre reichen. Anders als beim Erdöl, das sich durch alternative Energien ersetzen lässt, gibt es zum Phosphor keine Alternative. ■

**Magdalena Fröhlich**, Jahrgang 1984, studierte Politikwissenschaft, Germanistik und Romanistik sowie Deutsch und Sozialkunde

für das Gymnasiallehramt, außerdem Nachhaltigkeit und Journalismus. Während und nach ihrem Studium war sie für verschiedene Tageszeitungen tätig. Seit 2011 arbeitet sie als Onlineredakteurin beim Bioland e.V. und schreibt dort vor allem über Landwirtschaft und Umweltschutz.

[magdalena.froehlich@bioland.de](mailto:magdalena.froehlich@bioland.de)



## Landwirtschaft

# Kleinbauern statt Agrarindustrie!

Die Landwirtschaft soll heute wie die übrige Industriegesellschaft funktionieren: Hochtechnisierte Großbetriebe verdrängen Kleinbetriebe und liefern sich einen immer härteren Wettbewerb. Die Erträge sollen steigen und die Preise sinken. Das kann auf Dauer nicht gut gehen. Der Boden kann die heutigen Produktionsmethoden kaum mehr verkraften.

von Josef Schmid

Nachdem 2014 das „Jahr der bäuerlichen Familienbetriebe“ war, riefen die Vereinten Nationen 2015 zum „Jahr des Bodens“ aus. Wieder eine Menge Kongresse und politische Erklärungen. So sagte Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt auf der Grünen Woche in Berlin: „Das internationale Jahr des Bodens ist eine willkommene Fortsetzung der seit vielen Jahren von der Bundesregierung und insbesondere vom Bundeslandwirtschaftsministerium betriebenen Politik zum Schutz unserer Böden.“ Von welcher Agrarpolitik redet er da eigentlich?

Weltweit geht jährlich 12 bis 17 Mio. Hektar fruchtbares Ackerland durch Versiegelung, Versalzung und Austrocknung verloren, was ungefähr der landwirtschaftlichen Nutzfläche Deutschlands entspricht. 24 Mrd. Tonnen fruchtbareren Bodens werden durch Wind- und Wassererosion verfrachtet. Chemische Dünger, Pflanzenschutzmittel, tonnenschwere Maschinen, einseitige Fruchtfolgen und Monokulturen belasten das Bodenleben, verhindern Humusbildung und Regeneration. Aber bei uns in Deutsch-

land und besonders in Bayern soll die Welt noch in Ordnung sein? Die Vertreter von Agrarhandel und Agrarchemie versuchen, die Entwicklung schönzureden. Doch die Ergebnisse des Humusmonitorings der Bayerischen Landesanstalt für Landwirtschaft deuten auf eine Abnahme der mittleren Corg-Gehalte (organischer Kohlenstoff) in den Acker- und Grünlandböden um 3 % zwischen 1986 und 2007 hin.

## Industrielle Denkweisen in der Landwirtschaft

Der Parlamentarische Staatssekretär Peter Bleser stellte auf der Grünen Woche fest: „Probleme beim

denn Humusaufbau und Bodenverbesserung erfordern jahrzehntelange Bemühungen. Genau genommen ist das eigentlich eine Absage an Wachstum, Wettbewerb und Weltmarktorientierung als einzige Perspektiven für die deutsche Landwirtschaft. Denn diese Ausrichtung lässt keinen Raum, über den Boden nachzudenken und auf die Eigenheiten der im weiten Umkreis zusammengepachteten Felder einzugehen. Die Übernahme industrieller Denkweisen in die Landwirtschaft und ein immer härterer Wettbewerb zwischen den Betrieben sind nicht geeignet, einen verantwortlichen Umgang mit unseren Lebensgrundlagen, mit dem millionenfachen Leben im Boden, mit dem damit zusammenhängenden Grundwasser und Klima sicherzustellen.

## Lebendiges System gleich mehrfach in Gefahr

Der österreichische Biobauer und Bodenexperte Hermann Pennwieser zeigt in seinen Vorträgen eine „Bilderreise in die Wunderwelt des lebendigen Bodens“: faszinierende Mikroskopaufnahmen über das vielfältige Leben von Mikroorganismen, Pilzgeflechten und Bodentieren. In einem unbegreiflichen Zusammenspiel bilden sie das System Boden, einen lebendigen Orga-

*Dünger und Pflanzenschutzmittel, tonnenschwere Maschinen, einseitige Fruchtfolgen und Monokulturen verhindern Humusbildung und Regeneration der Bodenfruchtbarkeit.*

Bodenschutz entstehen vor allem dann, wenn der Bewirtschafter keine langfristigen Nutzungsmöglichkeiten oder Eigentum in Anspruch nehmen kann.“ Da hat er recht,

nismus. Pro Hektar entspricht das Gewicht aller Bodenlebewesen dem von 20 Kühen, das aller Ausscheidungen bis zu 80 Tonnen. Es lässt sich erahnen, was für ein Potenzial

gesunder, fruchtbarer Boden haben kann. Wie armselig ist dagegen das an Landwirtschaftsschulen vermittelte, auf das Format eines Chemiebaukastens zusammengestutzte Bild vom Boden!

Das System ist in Gefahr, durch Bodenverdichtung, Chemieinsatz oder falsche Bodenbearbeitung derart geschädigt zu werden, dass es die wichtigen Aufgaben Bodenstabilisierung, Humusaufbau und Nährstoffumsetzung nicht mehr erfüllen kann. So fahren Zuckerrübenvollernter und Mähdrescher mit Gewichten von bis zu 60 Ton-

*Die Zukunft der Landwirtschaft liegt sicher nicht darin, Wettbewerb, Wachstum und Weltmarkt weiter auf die Spitze zu treiben.*

nen über die Äcker. Die Achsen sind verschoben, damit die Räder nebeneinander laufen und den Boden gleichmäßig niederwalzen. Die meterbreiten Reifen lassen zwar keine tiefen Spuren entstehen, führen aber zu Bodenverdichtungen in bis zu 1 Meter Tiefe. Für Straßenfahrzeuge gilt laut StVZO ein Höchstgewicht von 40 Tonnen; unsere Böden brauchen dringend eines, das deutlich darunter liegt. Landmaschinen immer größer und schwerer zu machen, um den Arbeitsaufwand zu verringern, ist die falsche Strategie.

## Kleinbauern produzieren viel höheren Nährwert

Berücksichtigt man Anbau, Ernte, Verarbeitung, Transport, Verkauf und Aufbewahrung, dann kostet 1 Kalorie Nahrung aus moderner Landwirtschaft etwa 10 Kalorien Erdöl. „Wo Kleinbauern genügend Land, Wasser, Geld und Handwerkszeug haben, produzieren sie einen deutlich höheren Nährwert

## VIDEOTIPP

IASS Potsdam/  
Uli Henrik Streckenbach  
**Let's Talk About Soil**  
Animationsfilm, 5:24 Min, 2012  
<http://tinyurl.com/qdjyrog>



pro Hektar als industrielle Landwirtschaft, in der Regel mit erheblich niedrigerem externen Input und geringeren Umweltschäden“, steht im Weltagrarrbericht. „Sie können sich besser und flexibler den Erfordernissen und Veränderungen

nem Umsteuern beitragen, indem sie die Milliarden an Fördergeldern gezielt für Bauernhöfe einsetzt, die am schonendsten mit den Lebensgrundlagen umgehen, statt jeden Hektar gleich zu fördern, egal ob darauf Mais für Biogas oder Gras für Milchkühe wächst.

Natürlich macht es mehr Arbeit, statt Mais in Monokultur Kleegras, Getreide und Leguminosen in vielfältigen Fruchtfolgen anzubauen, Wiesen und Feldraine nicht umzuackern und Tiere in überschaubaren Ställen artgerecht zu halten. Gerade diese Mehrarbeit bäuerlicher Wirtschaftsweisen erbringt positive Nebenleistungen für die Gesellschaft, liefert ein zahlenmäßig fassbares Kriterium, Landwirtschaft von Agrarindustrie zu unterscheiden und auch die Förderung zielgerichtet zu gestalten. ■

**Josef Schmid,** Jahrgang 1956, ist Dipl.-Agraringenieur (FH) und bewirtschaftet seit 1985 im Haupterwerb einen Bauernhof, seit 1989



biologisch. Er umfasst 60 ha Äcker und Wiesen, 25 Milchkühe, 40 Kalbinnen und Ochsen sowie 150 Mastschweine – allesamt im Offenstall. Seit Januar 2010 ist er einer von zwei Vorsitzenden des bayerischen Landesverbands der „Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft“ (AbL).

[www.abl-bayern.info](http://www.abl-bayern.info)

Vorarlberger Initiative

## „Wir halten Boden frei und zugänglich“

Im österreichische Bundesland Vorarlberg ist die Zersiedlung weit fortgeschritten. Das Bauen und die Spekulation mit Bauland hat die Anmutung der Landschaft spürbar verändert. Doch es gibt Widerstand: Der Verein „Bodenfreiheit“ will die Zersiedlung bremsen und eine breite öffentliche Diskussion anstoßen – mit einem ungewöhnlichen Konzept.

Interview mit Martin Strele

ÖkologiePolitik: Herr Strele, wann und warum wurde der Verein „Bodenfreiheit“ gegründet?

Martin Strele: Im Vorarlberger Rheintal gab es früher nur Straßendörfer mit kleinen landwirtschaftlich geprägten Haushalten, dann sorgte die Industrialisierung für ein enormes Bevölkerungswachstum. Als in den 1970er-Jahren erstmals eine Flächenwidmung – also eine Zonierung in Bau-, Industrie- und Freiflächen – erfolgte, geschah das mitten in einem Boom. Die Entwicklung der letzten Jahrzehnte wurde als Richtschnur zur Auswei-

nach sicheren Anlagemöglichkeiten gesucht wurde. Die Preise von gewidmetem Bauland stiegen und stiegen. Wer so ein Stück Land besitzt, verkauft es nicht, sondern behält es. Das unbebaute Bauland würde für eine Verdoppelung der Bevölkerung ausreichen – ist aber nicht verfügbar. Deshalb werden auch heute noch jeden Tag 1.500 m<sup>2</sup> Freiflächen in Bauland umgewidmet. Die befinden sich meist in weniger geeigneten Gebieten und feuern die haarsträubende Zersiedlung weiter an. Einige mutige Gemeinden haben in den 1990er-

„Wir kaufen Grundstücke zu Marktpreisen und widmen sie zurück.“

sung von Bauflächen für die Zukunft hergenommen. Kleine Dörfer erhielten Bauflächen für eine Verfünffachung ihrer Bevölkerung. Obwohl die Erwartungen weit überzogen waren, war das Land als Baufläche gewidmet und damit für die Eigentümer sehr viel wert – erst recht, seit die Finanzmärkte instabil wurden und deshalb

Jahren versucht, große Flächen wieder zurückzuwidmen, aber eine höchstgerichtliche Entscheidung stoppte dies und stellte das Privateigentum über das Gemeinwohl. Daher hat sich im Oktober 2011 der Verein „Bodenfreiheit“ gegründet – ein Initiative von Menschen, denen auffiel, dass sich die zugänglichen Freiflächen, auf denen sie rodeln,



**Martin Strele**, Jahrgang 1974, studierte Standortgerechten Landbau und Ländliche Entwicklung. Beruflich ist er Geschäftsführender Gesellschafter der „Kairos Wirkungsforschung und Entwicklung gGmbH“. Dem Verein „Bodenfreiheit“ trat er bei dessen Gründung im Oktober 2011 bei und ist derzeit sein Obmann.

[www.bodenfreiheit.at](http://www.bodenfreiheit.at)

Fußball spielen und sich ungezwungen aufhalten können, innerhalb weniger Jahre drastisch reduziert haben. Die eigenen Kinder nur noch hinter den Gittern von Kunstrasenplätzen oder in Indoor-Spielplätzen aufwachsen zu sehen, schien keine wünschenswerte Zukunft.

Was tut der Verein konkret?

Die Rückwidmung schien der Schlüssel zu sein – allerdings politisch ein sehr heißes Eisen. So entschied sich die Gruppe, einen symbolischen, gleichzeitig aber sehr konkreten Akt zu setzen, um das Thema in die Bevölkerung zu tragen und Druck aufzubauen. Von seinen Mitgliedsbeiträgen – 10 Euro pro Monat – kauft der Verein jährlich ein strategisch wichtiges, unbebautes Grundstück, um es dauerhaft zugänglich zu halten. Eine Art Crowdfunding zum Freikauf von Flächen, die für die Bevölkerung eine wichtige Bedeutung als Freifläche haben. Und ein Ignorieren

der Mechanik der Immobilienpreis-Spirale. Wir kaufen auch Grundstücke zu Marktpreisen und widmen sie zurück. Da wird quasi finanzieller Wert kurzfristig „vernichtet“.

„Der konkrete Akt des Ankaufs zeigt Menschen, was Freiflächen sind und wie sie sich gemeinschaftlich nutzen lassen.“

Schnell bemerkt man aber, dass der eigentliche Wert einer Fläche erst über die dauerhafte Freihaltung zutage tritt.

Nach welchen Kriterien werden die Grundstücke ausgesucht?

Jedes Vereinsmitglied darf dem Vorstand ein Grundstück vorschlagen. Es werden Vorprüfungen gemacht und jährlich befindet ein unabhängiger Fachbeirat über die Sinnhaftigkeit der Freihaltung jedes Grundstücks. Wir wollen keinesfalls Bauland kaufen, das zentrumsnah für eine sinnvolle Verdichtung genutzt werden könnte. Wir konzentrieren uns auf Grundstücke, die als Freifläche eine wichtige Bedeutung haben. Je nach den zur Verfügung stehenden Finanzmitteln befindet dann die Generalversammlung über einen Ankauf – insofern die Grundstücke von den Eigentümern überhaupt angeboten werden.

Was geschieht mit den „befreiten“ Grundstücken?

Für jedes Grundstück wird ein Nutzungskonzept erarbeitet. Das

ist individuell unterschiedlich. Einige Grundstücke werden landwirtschaftlich oder gärtnerisch genutzt, andere als Spielplätze, wieder andere als Biotop. Wichtig ist, dass kei-

nerlei Bebauung möglich ist und die Zugänglichkeit nach Maßgabe der Nutzung eine wichtige Rolle spielt.

Gibt es so etwas wie einen Masterplan für eine vernünftige Siedlungspolitik?

Der Fachbeirat bewertet die Sinnhaftigkeit der Freihaltung und

„Bei uns herrscht immer noch eine ausgeprägte Einfamilienhaus-Mentalität vor, die nur sehr langsam bröckelt.“

reicht die Vorschläge nach diesem Faktor. Bei der Beurteilung werden natürlich auch räumliche Entwicklungskonzepte der Gemeinde und andere Planungen mit einbezogen. Es wird aber jedes Grundstück individuell betrachtet. Einen Masterplan für ganz Vorarlberg haben wir nicht erstellt.

Wie ist der Verein heute aufgestellt?

Der Verein funktioniert nur, weil viele Menschen Mitglied sind und die Finanzierung des Freikaufs er-

möglichen. Wir sind derzeit etwas über 300 Mitglieder, darunter auch Gemeinden, Bürgermeister, sogar zwei Landesräte, die die Notwendigkeit sehen, Wege aus diesem Dilemma zu suchen. Uns ist bewusst, dass unser Verein die Probleme nicht lösen wird, aber wir spüren jetzt schon, dass unsere Aktivitäten zum Nachdenken anregen und erste konkrete Effekte spürbar werden. Wir haben nicht vor, alle Grundstücke zu kaufen – das würde auch niemals funktionieren. Aber der konkrete Akt des Ankaufs zeigt Menschen, was Freiflächen sind und wie sie sich gemeinschaftlich nutzen lassen. Dieses konkrete Erleben brauchen wir. Konzepte wurden genug geschrieben. Interessant

ist auch, dass wir Spenden und aus Nachlässen Zuwendungen erhalten haben.

Ist es sinnvoll, das Konzept auf andere Regionen zu übertragen? Oder ist das etwas spezifisch Vorarlbergisches?

Das traue ich mich kaum einzuschätzen. Es gibt viele Regionen, die ähnliche Problemlagen haben. Ob diese Strategie übertragbar ist, weiß ich aber nicht. Bei uns herrscht immer noch eine ausgeprägte Einfamilienhaus-Mentalität vor, die nur sehr langsam bröckelt. Es braucht viele Menschen, die eine Alternative ausprobieren, bevor die Politik den Mut entwickelt, schwerwiegende Entscheidungen zu treffen. Das kann in anderen Regionen ganz anders gelagert sein.

Herr Strele, herzlichen Dank für das interessante Gespräch. ■





Foto: Klaus Leidorf / Bund Naturschutz

## Zersiedlung

## Kampf dem Flächenfraß

„Der hohe Flächenfraß ist und bleibt das größte Umweltproblem in Bayern“, sagt Hubert Weiger, Vorsitzender des Bund Naturschutz in Bayern. Zwar wird seit Jahrzehnten versucht, dagegen anzusteuern – doch vorwiegend mit freiwilligen Maßnahmen und ohne Erfolg. Deshalb erarbeitete die ÖDP Bayern nun ein politisches Handlungskonzept und eine Petition.

von Franz Hofmaier

**E**in erster Pflock wurde immerhin im Jahr 2002 eingerammt: Die Bundesregierung beschloss die Nationale Nachhaltigkeitsstrategie „Perspektive für Deutschland“ und legte unter anderem als Ziel fest, den täglichen Verbrauch an Siedlungs- und Verkehrsflächen bis 2020 auf 30 ha zurückzufahren. Leider erwies sich diese Zielmarke als eine der hartnäckigsten Hürden, die man sich damals gesetzt hatte: Reduzierungen kamen nur zäh und unzureichend zustande – vor allem in Bayern.

Die Bundesregierung geht davon aus, dass die Flächenneuanspruchnahme bis 2025 bei unveränderten Rahmenbedingungen bei 60 bis 65 ha pro Tag verharrt und

damit die Zielmarke von 30 ha pro Tag im Jahr 2020 deutlich verfehlen wird. Noch deutlicher verfehlen wird das Bayern, auf das rechn-

erisch 4,7 ha dieser 30 ha entfallen würden. Doch im Jahr 2013, dem Jahr mit den aktuellsten Zahlen, wurden in Bayern täglich 18,1 ha an Freiflächen in Siedlungs- und Verkehrsflächen umgewandelt – nach 17,0 ha im Jahr 2012. Bayern verbraucht also momentan fast das Vierfache des für 2020 definierten

Zielwertes. „Mit Naturgütern ist schonend und sparsam umzugehen“, steht in Art. 141 Abs.1 der Bayerischen Verfassung. Kein Zwei-

*2013 wurden in Bayern täglich 18,1 ha an Freiflächen in Siedlungs- und Verkehrsflächen umgewandelt.*

fel: Für Bayern besteht ein deutlicher Korrekturbedarf!

**ÖDP: Flächenverbrauch bis 2026 auf null senken!**

Bayern ist Deutscher Meister im Flächenverbrauch. Deshalb wurde auf dem Landesparteitag der ÖDP Bayern im Mai 2013 der Antrag

„Aktion Flächenverbrauch in Bayern stoppen“ gestellt und von den Delegierten einstimmig angenommen. Leider fehlte damals die Zeit, das Thema in den bereits weitestgehend durchgeplanten Landtagswahlkampf einzubringen. Anlässlich des „Internationalen Jahres des Bodens“ brachte der Landesvor-

Rückbaumaßnahmen können Erlöse vor allem für schrumpfende Gemeinden schaffen (Weiße Zertifikate).

Eine weitere wichtige Komponente stellt der möglichst weitgehende Erhalt besonders hochwertiger landwirtschaftlicher Böden dar: Diese sollen ab 2020 aus dem

*Bayern verbraucht momentan fast das Vierfache des für 2020 definierten Zielwertes.*

stand nun ein Handlungskonzept auf den Weg, das auf allen politischen Ebenen Ansatzpunkte nennt, vor allem Musteranträge für unsere kommunalen Mandatsträger, aber auch eine Petition an den Bayerischen Landtag beinhaltet.

Die ÖDP wünscht sich, dass Bayern seine eigene Verfassung ernst nimmt, beim Thema „Flächenverbrauch“ eine Vorreiterrolle übernimmt und erstmalig in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland ein konkretes Ausstiegsszenario aus dem Flächenverbrauch festlegt. Erreicht werden soll dieses Ziel durch die Einführung eines Flächenhandels innerhalb Bayerns. Nur der Handel mit Flächenausweisungsrechten ermöglicht eine klar definierte jährliche Verbrauchsreduzierung auf einen Zielwert. Begonnen werden soll 2016 mit einem Zielwert von 10 ha pro Tag, der sich dann linear jährlich um 1 ha reduziert. So wird dann 2026 ein Netto-Null-Verbrauch erreicht.

Wichtig auf diesem Weg: Ein Erwerb von Flächenzertifikaten setzt für die betreffende Kommune das Vorhandensein eines umfassenden Innenentwicklungskonzepts mit Bedarfsnachweis voraus. Auf der anderen Seite: Rückplanungs- und

Handel herausfallen und dürfen ab diesem Zeitpunkt dann nicht mehr angetastet werden. Um auch schon für diese Übergangszeit bis 2020 hochwertige Böden besonders zu schützen, soll in solchen Fällen auf die Transaktionskosten für Käufer von Zertifikaten eine Zusatzkomponente erhoben werden. Die Erlöse dieser Zusatzkomponente sollen der Altlastensanierung und Renaturierung hochwassergefährdeter Bereiche zugutekommen.

**Umweltbundesamt beurteilt Flächenhandel positiv**

In einer Stellungnahme des Umweltministeriums aus dem Jahr 2013 – Umweltminister war damals Marcel Huber, heute Chef der Staatskanzlei – wird dieses Instrument als „extrem aufwendig und schwer vermittelbar“ bezeichnet. Demgegenüber stellt das Umweltbundesamt anhand eines laufenden Modellversuchs „Planspiel Flächenhandel“ fest, dass sich der Handel mit Zertifikaten „mit überschaubarem Aufwand in die Planungs- und Verwaltungspraxis einbetten“ lässt. Sicherlich ändert sich die Planungshoheit der Gemeinden, doch die im Modellversuch deutlich gewordenen positiven Effekte sollten dies wert sein.

### ONLINETIPPS

Bund Naturschutz in Bayern

**Flächenschutz**

<http://tinyurl.com/o9uu9pv>

**Schwarzbuch Gewerbegebiete Bayern**

<http://tinyurl.com/o664bkn>

**Flächenfraß und Flächenschutz im Allgäu**

<http://tinyurl.com/p9t6x3m>

Bayerisches Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz

**Flächensparen in Bayern**

<http://tinyurl.com/of3maum>

**Flächenverbrauchsbericht 2014**

<http://tinyurl.com/pedzkdn>

**Daten und Fakten zum Flächenverbrauch**

<http://tinyurl.com/n9wucz2>

**FolgekostenSchätzer 4.0**

<http://tinyurl.com/q379lgc>

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung

**Verkehrsfolgekosten-Schätzer 1.0**

[www.folgekosten.difu.de](http://www.folgekosten.difu.de)

Umweltbundesamt

**Flächeninanspruchnahme für Siedlung und Verkehr reduzieren**

<http://tinyurl.com/ppp7smq>

**Siedlungs- und Verkehrsflächen in Deutschland**

<http://tinyurl.com/ntdgvth>

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit

**Reduzierung des Flächenverbrauchs**

[www.bmub.bund.de/P2220/](http://www.bmub.bund.de/P2220/)

Schwachpunkte offenbart der bis 2017 laufende Modellversuch beim Umweltbundesamt dennoch: Es ist kein Ballungsraum beteiligt und es stellt sich die Frage, ob ein Flächenausgleich mit Zertifikaten wirklich deutschlandweit organisiert werden sollte. Die Maßnahme der Anlage ökologischer Ausgleichsflächen sollte ja auch möglichst ortsnah stattfinden. Da wäre dann auch ein Flächenhandel auf Landes- statt auf Bundesebene durchaus sinnvoll.

### Handlungsspielräume auch auf kommunaler Ebene

Unabhängig von landes- und bundespolitischen Entscheidungen bestehen auch für Kommunen Spielräume. Beispielsweise lässt sich mit einer aktiven Baulückenmobilisierung der Siedlungsdruck in Außenbereichen vermindern. Hochrechnungen deuten darauf hin, dass rein rechnerisch betrachtet dem jährlichen Flächenverbrauch ein viermal so großes Flächenpotenzial an Brachflächen und Baulücken gegenübersteht. Diese Innenentwicklungspotenziale werden derzeit nur von etwa einem Drittel der Kommunen systematisch genutzt. Brachflächen und Baulücken sowie nur geringfügig genutzte Grundstücke sind zu identifizieren, in einem Baulückenkataster zu verwalten und dann nach Möglichkeit zu aktivieren.

Für den ländlichen Raum bieten sich interkommunale Kooperationen an. Eine gemeinsame Lenkungsgruppe erarbeitet ein gemeinsames Leitbild und Leitziele für zukünftige Entwicklungen. Die „Allianz Hofheimer Land“ im unterfränkischen Landkreis Haßberge z.B. hat sich vor allem die Sicherung lebenswerter Ortszentren auf die Fahne geschrieben. Hilfreich können im Rahmen der Städte-

bauförderung auch Maßnahmen wie „Geschäftsflächenprogramme“ und begleitend eine umfassende Existenzgründungsberatung zur Beseitigung und Vermeidung von Leerständen in Ortskernen sein,

*Nur der Handel mit Flächenausweisungsrechten ermöglicht eine klar definierte Verbrauchsreduzierung.*

um zentrale Einzelhandelsflächen neu zu beleben, wie z.B. die oberbayerische Stadt Schrobenhausen dies praktiziert.

Dauerthemen in den Diskussionen zur Kommunalentwicklung sind „maßvolle“ Nachverdichtungen und „kurze Wege“ durch stärkere Nutzungsmischung. Was bei den Diskussionen über neue Baulandausweisungen noch hilfreich sein kann, ist ein „Folgekosten-Schätzer“, den das Bayerische Umweltministerium kostenlos für Kommunen bereithält: Die höhere Kostentransparenz kann zu fundierteren und langfristig sinnvoller Entscheidungen beitragen. Das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) bietet zudem einen kostenlosen „Verkehrsfolgekostenschätzer“ an.

### Bund Naturschutz: Bayerns Schönheit bewahren!

Auch der Bund Naturschutz brachte 2015 eine Petition an den Bayerischen Landtag auf den Weg, die einen anderen Ansatzpunkt als die Petition der ÖDP zum Inhalt hat, wodurch sich beide nicht überschneiden, sondern gut ergänzen. Unter dem Titel „Bayerns Schönheit bewahren – Orts- und Landschaftsbilder erhalten“ richtet sich die Petition des Bund Naturschutz gegen eine weitere Aushöhlung des Anbindegebots im Landesentwick-

lungsprogramm und fordert dessen Ergänzung um konkrete Ziele einer nachhaltigen und flächensparenden Siedlungsstruktur zugunsten einer Innenentwicklung und gegen eine weitere Zersiedlung.

„An Autobahnausfahrten wuchern Gewerbegebiete nach amerikanischem Vorbild, die Zersiedlung mit Neubauten auf der grünen Wiese schreitet täglich voran. Gleichzeitig veröden und verfallen in vielen Landesteilen die Ortskerne“, heißt es darin. Zwar schreibt das Anbindegebot vor, dass neue Siedlungsgebiete nur angebunden an bestehende errichtet werden dürfen, doch viele Ausnahmen haben es schon „verwässert“ und weitere Ausnahmen sind von der bayerischen Landesregierung geplant. Es sind „mehr statt weniger landesplanerische Leitlinien notwendig“, betont die Petition. ■

**Franz Hofmaier,** Jahrgang 1952, war zuletzt 25 Jahre bei einem Automobilhersteller als IT-Systemplaner mit dem fachlichen Schwerpunkt Logistik/Materialbeschaffung beschäftigt und ist nun Rentner. In die ÖDP trat er 1995 ein, war von 1997 bis 2002 Vorsitzender im Kreisverband Ingolstadt, ist seit 2002 Stadtrat in Ingolstadt, seit 2010 Vorsitzender des ÖDP-Bezirks Oberbayern und seit 2011 Beisitzer im Landesvorstand der ÖDP Bayern.



[franz.hofmaier@ingolstadt-mail.de](mailto:franz.hofmaier@ingolstadt-mail.de)

## Flächenversiegelung

# Mehr Carsharing!

Der Autoverkehr ist eine der Hauptursachen für die Versiegelung von Bodenflächen. Das Regenwasser muss dann über das Kanalsystem abfließen. Da dies meist unterdimensioniert ist, gelangen bei starkem Regen schnell große Mengen Abwasser ungeklärt in Flüsse. Deshalb will die ÖDP München das Verkehrsflächenwachstum bremsen und propagiert eine simple Lösung: Carsharing.

von Sonja Haider und Tobias Ruff

Carsharing gibt es nun schon seit fast drei Jahrzehnten. Es bedeutet, sich ein Auto mit anderen zu teilen, statt selbst eines zu besitzen. Ende 2014 konnte der Bundesverband Carsharing den 1-Millionsten Carsharing-Nutzer in Deutschland begrüßen. Die Zahl der Anbieter ist inzwischen groß. Für die Nutzer vereinfacht sich ihr Leben, weil sie sich außerhalb der Nutzungszeiten um nichts kümmern müssen. Der Umwelt kommt zugute, dass weniger Autos hergestellt werden, was den Energie- und Rohstoffverbrauch reduziert. Zudem sind die Fahrzeugflotten der Anbieter meist relativ neu und damit spritsparend.

Auch die Städte ziehen einen Nutzen daraus: Ein privater Pkw steht nämlich meist 23 Stunden pro Tag still und benötigt dabei zehnmal mehr Fläche als ein Fahrrad. Durch Carsharing reduzieren sich also die notwendigen Stellflächen. Zudem belegen Studien, dass Carsharer weniger Auto fahren, weil sie sich immer bewusst entscheiden müssen, ob sie jetzt für eine Strecke ein Auto buchen oder doch gleich ihr Fahrrad oder die öffentlichen Verkehrsmittel nutzen. Man fährt nicht einfach so aus Gewohnheit



Sendlinger Straße in München: Das Bild der historischen Hauptachse ist vor allem durch Parkplätze geprägt.

mit dem Auto – und auch nicht, weil man eins hat und glaubt, die teure Anschaffung jetzt auch unbedingt nutzen zu müssen.

### Bodenversiegelung reduziert Gewässerqualität

Carsharing reduziert die Bodenversiegelung. Dessen Bedeutung wird weitgehend unterschätzt. Vor allem die Auswirkung auf den Zustand unserer Gewässer ist kaum bekannt. Dabei weisen diese nur in 20% aller Fälle den von der EU geforderten „guten ökologischen Zustand“ auf. Viele Fließgewässer eig-

nen sich nur bedingt zum Baden. Das liegt oft daran, dass sie aufgrund überlaufender Kanalsysteme mit Keimen belastet sind. Von den Niederschlägen, die in einem gesunden Mischwald fallen, fließen weniger als 10% ab; der Rest verdunstet über die Pflanzen oder trägt zur Grundwasserneubildung bei. Das Wasser von Dach- und Verkehrsflächen dagegen belastet schon Minuten nach Einsetzen des Regens zu über 90% Abwassersysteme, Bäche und Flüsse.

Auf versiegelten Flächen sammeln sich in kurzer Zeit große

Wassermengen. Von einem Parkplatz der Größe eines Fußballfeldes z.B. können bei einem Gewitter weit über 100 Liter Regenwasser pro Sekunde abfließen. Dabei stoßen unsere Abwasserkanäle sowie die Ökosysteme in den Gewässern häufig an ihre Grenzen. Besonders unappetitlich wird die Sache, wenn

heißt konkret: Abwasser mit einem Gemisch aus Hundekot, Reifenabrieb, Haushalts- und Industrieabwässern sowie sämtlicher Toiletteninhalte fließt an rund 20 Stellen in die Isar. Wenn das Hochwasser zurückgeht, lagert sich ein stinkender und keimbelasteter Schlamm auf Kiesbänken ab. Damenbinden, Toi-

*Ein privater Pkw steht meist 23 Stunden pro Tag still und benötigt dabei zehnmal mehr Fläche als ein Fahrrad.*

eine Gemeinde im sogenannten „Mischsystem“ entwässert wird: Regenwasser und Schmutzwasser von Gewerbe und Haushalten gemeinsam. Bei Starkregenereignissen sind diese Kanäle und Speicherbecken schnell überlastet. Dann wird das Mischabwasser mit Fäkalien, Keimen, Hygieneartikeln und anderen Schadstoffen ungeklärt ins nächste Gewässer abgegeben.

Die Münchner Stadtentwässerung leitet im Extremfall bis zu 240m<sup>3</sup> Mischwasser pro Sekunde direkt und ungeklärt in die Isar ab, was in etwa dem Vierfachen des mittleren Abflusses entspricht. Das

lettenpapier und Sonstiges hängen wie „Lametta“ in den Büschen.

In den meisten anderen Städten und Gemeinden sieht es nicht besser aus. Zwar sind hier die eingeleiteten Wassermengen geringer, die Bäche, die als Vorfluter dienen, sind aber häufig auch weniger leistungsfähig. Mischwassereinleitungen führen zur erheblichen Belastung von Oberflächengewässern mit Nährstoffen und zu Schwankungen von Temperatur und Sauerstoffsättigung. Sie können Ursache für schnell eintretende Hochwasserereignisse sein und stellen auch deshalb ein erhebliches Problem für

## ONLINETIPPS

ÖDP München  
**Stadtratsanträge I-V  
„Förderung des Carsharing“**  
<http://tinyurl.com/pb3v59d>

Bundesverband CarSharing (bcs)  
**Aktuelle Zahlen und  
Daten zum CarSharing  
in Deutschland**  
<http://tinyurl.com/qgtbw78>

zurPolitik.com  
**Wie viel Platz brauchen Bus,  
Auto und Rad in der Stadt?**  
<http://tinyurl.com/oqwwa5y>

den Fischbestand und Fischnährtiere dar. Auftretende Strömungskräfte bewirken eine Verdriftung der Organismen oder im Extrem Geschiebewegung und Umlagerung der Gewässersohle, was bereits innerhalb kurzer Zeit zu einer Schädigung der Lebensgemeinschaft im Gewässer führen kann.

Die Spitzen und die Anlaufzeiten der Einleitungen unterscheiden sich von natürlichen Hochwässern, die mit mehreren Stunden Verspätung auftreten. Das Mischungsverhältnis von Bachwasser zu Abwasser ist dadurch besonders ungünstig. In unseren meist naturfern ausgebauten Gewässern sind Lebensgemeinschaften durch die häufigen Einleitungen überfordert. Das weitgehende Fehlen von Refugialräumen und die oft nur über Wanderhilfen gewährleistete Durchgängigkeit im Gewässer bedingen ein geringes Wiederbesiedlungspotenzial und machen insbesondere Hochwasserereignisse mit Geschiebetrieb zu einem Problem. So kann ein kurzes Regenereignis zu einem lange anhaltenden Schaden im Ökosystem führen.



Foto: www.cyclehoop.com

Fahrradständer in England: Er ist nicht nur so groß wie ein Autoparkplatz, sondern signalisiert das auch deutlich.

Innerhalb der Wasserwirtschaft sind diese Probleme weitgehend bekannt. Experten haben deshalb Handlungsempfehlungen formuliert, die in das Wasserhaushaltsgesetz und in Merkblätter eingeflossen sind. Doch Abwasserkanäle sind teuer und so fehlt es häufig an

entwässern: mit eigenen Kanälen für Schmutz- und für Regenwasser.

### ÖDP München: Carsharing-Anträge im Stadtrat

Die Prognosen gehen davon aus, dass die Einwohnerzahl Münchens von 1,5 Mio. im Jahr 2015 auf 1,7

*Durch Carsharing reduzieren sich die notwendigen Stellflächen. Zudem belegen Studien, dass Carsharer weniger Auto fahren.*

der Umsetzung. Die Neuversiegelung sollte mittelfristig auf null heruntergefahren werden, d.h. für jeden neu versiegelten Quadratmeter ist ein Quadratmeter zu entsiegeln. Gesammeltes Niederschlagswasser sollte, wo immer es die Geologie erlaubt, ortsnah versickern, z.B. über spezielle Bodenbeläge oder Pflanzgruben. Ist das nicht möglich, sollte es zwischengespeichert und gedrosselt in Gewässer abgegeben werden. Auf keinen Fall sollte Niederschlagswasser mit Schmutzwasser vermischt werden. Siedlungsgebiete sind im Trennsystem zu

Mio. im Jahr 2030 wachsen wird. Die eben skizzierten Probleme werden sich dadurch nochmals deutlich verschärfen – außer es wird gezielt gegengesteuert. Momentan gibt es in München rund 700.000 Pkw, das sind fast 0,5 Pkw pro Einwohner. Es drohen also die nächsten 15 Jahre 100.000 zusätzliche Pkw. Durch verstärktes Carsharing könnte diese Zahl niedriger ausfallen. Bisher hat die Stadt München 1.200 Parklizenzen für Carsharing-Anbieter vergeben und ihr ÖPNV kooperiert mit verschiedenen Anbietern. Doch das ist noch viel zu wenig.

Aus diesem Grund schnürten die Münchner ÖDP-Stadträte im Herbst 2014 ein Antragspaket zum Thema „Carsharing“ und forderten die Stadt auf, dieses stärker zu fördern – z.B. durch besondere Parkflächenvergabe und durch verstärkte Öffentlichkeitsarbeit. Wenn der durch Carsharing frei gewordene Platz für Radwege genutzt wird und in Neubaugebieten weniger Parkplätze angelegt werden, dann kann es einen wichtigen Beitrag dazu leisten, dem mit der Mobilität verbundenen Flächenbedarf der wachsenden Bevölkerung gerecht zu werden. ■

**Sonja Haider**, Jahrgang 1964, absolvierte eine Ausbildung zur Bankkauffrau, war dann zunächst als Börsenhändlerin tätig, danach als



Vorstand bei Green City, als Deutsche Direktorin bei Women in Europe for a Common Future und ist seit 2010 Business and Investors Advisor bei der Umweltschutzorganisation ChemSec. In die ÖDP trat sie 2013 ein und wurde 2014 in den Münchner Stadtrat und in den Bezirksausschuss Obermenzing-Pasing gewählt.

**Tobias Ruff**, Jahrgang 1976, studierte Forstwirtschaft, spezialisierte sich dabei auf Gewässerökologie und ist seither in diesem Bereich beruflich tätig, seit September 2007 beim Bezirk Schwaben als Fachberater für Fischerei. In die ÖDP trat er 1995 ein, rückte 2010 als Nachfolger von Mechthild von Walter in den Münchner Stadtrat und wurde 2014 wieder in diesen gewählt. Seit 2013 ist er zudem Mitglied im Bezirkstag von Oberbayern.



Foto: Tobias Ruff

Folge von starken Regenfällen: Das Münchner Isarufer ist durch Toilettenpapier und Damenbinden verunreinigt.

## Flächensparendes Bauen

# In die Höhe statt nach außen

Je mehr Geschosse ein Gebäude hat, desto sparsamer ist der Umgang mit der begrenzten Ressource Boden. Bisher wurden hohe Gebäude aber vor allem aus energieintensiven Baumaterialien errichtet. Doch nun schickt sich der nachwachsende Rohstoff Holz an, das Baumaterial des 21. Jahrhunderts zu werden – was wiederum Rückwirkungen auf die Nutzung unserer Böden hat.

von Günther Hartmann

**S**pektakuläre Holzbauprojekte sorgen derzeit für Schlagzeilen: In Flensburg wird 2016 mit dem Bau eines 10-Geschossers des Berliner Architekturbüros „Kaden + Partner“ begonnen. Herbst 2015 beginnt in Wien das Architekturbüro „Rüdiger Lainer + Partner“ mit dem Bau eines 24-Geschossers namens „HoHo“. Und in Stockholm will das dani-

einen an der hervorragenden CO<sub>2</sub>-Bilanz, zum anderen an kurzen Bauzeiten und hoher Qualität aufgrund eines hohen Vorfertigungsgrads sowie IT-basierter Planungs- und Fertigungsmethoden.

### Pro-Kopf-Verbrauch reduziert sich enorm

Mehrgeschossig zu bauen bedeutet, dass sich mehrere Haushalte eine

*In einem 20-Geschosser brauchen die Bewohner nur 10 % so viel Grundfläche wie die Bewohner eines 2-geschossigen Einfamilienhauses.*

sche Architekturbüro „Berg + C.F. Möller Architects“ bis 2023 einen 34-Geschosser errichten. Kurz vor der Fertigstellung befindet sich in Bergen ein 14-Geschosser, den das norwegische Architekturbüro „Artec AC“ plante – für kurze Zeit dann das höchste Holzgebäude der Welt. Dass die Holzbauweise heute plötzlich viele Architekten und Projektentwickler reizt und sich zum großen Trend entwickelt, liegt zum

Grundfläche teilen. Die mathematischen Gesetzmäßigkeiten für die Flächensparnis sind simpel: In einem 20-Geschosser brauchen die Bewohner nur 10 % so viel Grundfläche wie die Bewohner eines 2-geschossigen Einfamilienhauses, bei einem 8-Geschosser 25 %, bei einem 5-Geschosser 40 %. Oder anders ausgedrückt: Baut man 20-Geschosser, spart man 90 % Grundfläche gegenüber 2-geschossigen



Visualisierung: RLP Rüdiger Lainer + Partner

Ab Herbst 2015 wird in Wien-Aspern das 24-geschossige Holzhochhaus „HoHo“ entstehen. Das 84 m hohe Büro- und Hotelgebäude soll bis 2018 fertiggestellt sein. Weitere Infos: [www.hoho-wien.at](http://www.hoho-wien.at)

Einfamilienhäusern ein, bei 8-Geschossern 75 %, bei 5-Geschossern 60 %.

Die Entwicklung ging leider in die falsche Richtung. Auf die Frage, was das Ziel seiner Politik sei, hat Bundeskanzler Helmut Schmidt einmal geantwortet: dass sich möglichst viele Familien ein Häuschen und ein Auto leisten können. Was das für die begrenzte Ressource Boden bedeuten würde, darüber hat er sicherlich nicht nachgedacht. Aber dass Einfamilienhaus und Auto zusammenhängen, hat er richtig erkannt. Nur hohe Einwohnerdichten ermöglichen eine dichte Infrastruktur mit kurzen Wegen, ein dichtes ÖPNV-Netz – und einen Verzicht aufs eigene Auto. Während in München ein Drittel und in Berlin die Hälfte aller Haushalte kein Auto besitzt, sind in dünn besiedelten Gegenden zwei Autos pro Haus-

halt eher die Regel als die Ausnahme.

Hoch wird bisher vor allem dann gebaut, wenn die Grundstücke teuer sind. Deshalb fordert der Naturschutzbund (NABU) in seiner Initiative „Grundsteuer: Zeitgemäß!“, die Grundsteuer so zu reformieren, dass künftig nur noch der Boden maßgeblich ist und nicht mehr die darauf errichteten Gebäude. Dadurch entstünde ein starker Anreiz, auf möglichst wenig Fläche möglichst hohe Gebäude zu errichten – und die

Zersiedlung der Landschaft würde gestoppt.

### Exkurs: Dichte ist nicht gleich Dichte

Bauliche Dichte ist kein Problem, sondern die Lösung. Venedig, Neapel, Lissabon und Paris sind nicht trotz ihrer hohen Dichte schön, sondern wegen ihr. Allerdings wird hier die Dichte nicht vertikal durch Hochhäuser erzeugt, sondern horizontal durch eine geschlossene Randbebauung der Straßen, Gassen und Plätze – die dadurch erst ihre Qualität erhalten. Die klar definierten öffentlichen Räume des vormodernen Städtebaus empfin-

den die Blockrandbebauung des 19. Jahrhunderts aufzugreifen, geht das jedoch so gut wie immer schief und es entsteht nur Tristesse.

Dass der heutige Städtebau nicht annähernd die Qualität des Städtebaus im 19. Jahrhundert erreicht, liegt daran, dass die Straßenblocks damals in relativ schmale Parzellen eingeteilt und dann nacheinander bebaut wurden, was zu abwechslungsreichen Straßensassaden und Hofbebauungen führte, zu einer angenehmen und spannenden Kleinteiligkeit. Heutige Investoren dagegen füllen am liebsten komplette Straßenblocks mit monotonen Großformen. Hinzu kommt, dass

*Venedig, Neapel, Lissabon und Paris sind nicht trotz ihrer hohen Dichte schön, sondern wegen ihr.*

der Städtebau des 19. Jahrhunderts durch eine bunte Nutzungsvielfalt, -mischung und -überlagerung geprägt war, während das Leitbild der Moderne und unserer heutigen Baugesetze eine Trennung der Nutzungen ist. Die Monofunktionalität hat aber zwangsläufig eine große Erlebnisarmut zur Folge.

### Brandschutzregelungen setzen Grenzen

Das höchste Holzgebäude Deutschlands ist momentan immer noch

*Nur hohe Einwohnerdichten ermöglichen eine dichte Infrastruktur mit kurzen Wegen, ein dichtes ÖPNV-Netz – und einen Verzicht aufs eigene Auto.*

den wir als angenehm, die diffusen Abstandsflächen und Zwischenräume des modernen Städtebaus als unangenehm und hässlich. Wenn heute versucht wird, bei Neubau-

der von „Schankula Architekten“ 2011 in Bad Aibling realisierte 8-Geschosser „H8“. Ebenso viele Geschosse weist auch das höchste Holzgebäude Österreichs auf: der

### BUCHTIPP

Hermann Kaufmann, Winfried Nerdinger (Hrsg.)

### Bauen mit Holz – Wege in die Zukunft

Prestel, 2011  
224 Seiten, 39,95 Euro  
978-3-7913-5180-3



von „Architekten Hermann Kaufmann“ entwickelte und 2012 in Dornbirn errichtete „LifeCycle Tower One“. Das ist kein Zufall. Beide

Bauwerke blieben damit knapp unter der Hochhausgrenze, wodurch ein zusätzliches Fluchttreppenhaus vermieden wurde, was die Baukosten schlagartig erhöht hätte. Die hinter der Hochhausgrenze steckende Logik: Feuerwehrleitern reichen bis zu einer Höhe von 23 Metern und ermöglichen damit Rettungen aus Geschossen, deren Fußbodenoberkante nicht mehr als 22 Meter über dem Geländeniveau liegt. Liegt das oberste Geschoss höher, brauchen die Menschen im Brandfall andere Möglichkeiten, um nach unten zu fliehen.

Der Brandschutz ist im mehrgeschossigen Holzbau die größte Herausforderung. In den Städten hatten große Brände vom Mittelalter bis ins 19. Jahrhundert dafür gesorgt, dass hier das Bauen mit Holz durch strenge Vorschriften fast auf den Dachstuhl reduziert wurde. Noch 2002 waren maximal 3 Geschosse erlaubt, dann erwei-

terte eine neue Musterbauordnung diese Grenze auf 5 Geschosse. Die meisten Bundesländer integrierten diese Neuregelung mit einer Verzögerung von mehreren Jahren in ihre Bauordnungen. Abweichungen von den Anforderungen des „Standardbrandschutzkonzepts“ sind jedoch nicht nur möglich, sondern gang und gäbe, bedeuten aber einen höheren Aufwand durch ein individuell erstelltes Brandschutzkonzept. Bei mehr als 5 Geschossen muss das Brandschutzkonzept immer mit den zuständigen Behörden ausgehandelt werden – und das kostet Zeit und Geld.

### Immobilienmarkt und menschlicher Maßstab

Dass viele der in den letzten Jahren errichteten Holzgebäude 5 Geschosse aufweisen, liegt sicher vor allem daran, dass sich hier die Brandschutzanforderungen ein-

facher lösen lassen als bei Gebäuden mit mehr Geschossen. Es liegt aber auch einfach in der Natur der Bauaufgabe: Errichtet wurden vor allem Wohnbauten, denn hier liegt der große Nachholbedarf auf dem deutschen Immobilienmarkt. Im Wohnungsbau sind Hochhäuser aber eher verpönt. Eine Mutter soll von der Wohnung aus ihr im Hof spielendes Kind rufen können, war vor einem Jahrhundert ein wichtiges Kriterium bei der Festlegung von Gebäudehöhen – ein sehr kluges und lebensnahes, das auch im Handyzeitalter immer noch überzeugt.

Die Zukunft des Holzbaus liegt eher unterhalb der Hochhausgrenze. Und sie liegt auch weniger im freistehenden Neubau, sondern mehr in der Nachverdichtung des Gebäudebestands. Gerade bei Aufstockungen weist der Holzbau gegenüber anderen Bauweisen einen

großen Vorteil auf: Er ist leicht und deshalb auch bei geringen statischen Reserven des Bestandsbaus oft noch realisierbar. Oder anders betrachtet: Je leichter ein zusätzliches Geschoss, desto mehr Geschosse sind möglich. So stockte das Schweizer Büro „Burkhalter Sumi Architekten“ ein 2-geschossiges Bahnhofsgebäude in Zürich gleich um 4 Holz-Geschosse auf. Das 2013 fertiggestellte Bauprojekt beherbergt 24 Wohnungen und zeigt, welche Handlungsspielräume der moderne Holzbau dem Stadtbau eröffnet.

### Das große Tabu: Energie- und CO<sub>2</sub>-Bilanzen

Die Erhaltung des Gebäudebestands ist schon deshalb sinnvoll, weil das Bauen selbst mit einem großen Energieaufwand verbunden ist. Diese simple Tatsache spielt allerdings in der Baubranche noch



Demnächst fertig ist der Bau des 14-geschossigen Holzhochhauses „Trehus“ im norwegischen Bergen. Es beherbergt 62 Wohnungen und ist mit seinen 48 m dann für einige Jahre das höchste Holzgebäude der Welt.

Visualisierung: Artec AS

keine Rolle. Wenn hier von Energieeinsparung die Rede ist, dann ist immer nur der Heizenergiebe-

macht rund 60% unseres gesamten Müllaufkommens aus. Reißt man ein Gebäude ab, so ist die Energie,

### Die Zukunft des Holzbaus liegt weniger im freistehenden Neubau, sondern mehr in der Nachverdichtung des Gebäudebestands.

darf gemeint. Die Energie für die Herstellung der Baumaterialien wird bisher völlig ausgeblendet, ebenso die für den Abriss und die Entsorgung des Bauschutts. „Graue Energie“ nennt man das im Fachjargon. Sie ist heute so hoch wie der Heizenergiebedarf für mehrere Jahrzehnte – außer man baut mit Holz, denn Holz wird im Gegensatz zu Stahl, Zement und Ziegeln nicht mit hohem Energieaufwand künstlich hergestellt.

Gebäude stellen an sich einen hohen Wert dar, allein aufgrund der Tatsache, dass es sie gibt. Sie sind kein Wegwerfprodukt. Bauschutt lässt sich nur schlecht recyceln und

die einmal hineingesteckt wurde, verloren. Und der Ersatzneubau braucht für seine Errichtung wiederum große Mengen neuer Energie. Deshalb gilt: Umbau ist besser als Neubau! Wenn aber gebaut wird, dann sollte das in Holzbauweise

### Eine Intensivierung der stofflichen Holznutzung bedeutet natürlich auch eine Intensivierung der Forstwirtschaft.

geschehen, denn die braucht am wenigsten Energie. Und was noch wichtiger ist: Sie hat eine gänzlich andere CO<sub>2</sub>-Bilanz als Stahl, Beton

und Ziegel, denn bei seiner „Herstellung“ setzt Holz kein CO<sub>2</sub> frei, sondern bindet es: Bei der Photosynthese zerlegt der Baum CO<sub>2</sub>, gibt Sauerstoff (O<sub>2</sub>) in die Atmosphäre ab und baut den Kohlenstoff (C) in die Zellstruktur seines Holzes ein.

### Exkurs: Kreislauf ist nicht gleich Kreislauf

Holz ist ein Kreislaufprodukt. Das ist bekannt. Doch ab hier beginnen dann schon die Missverständnisse. Denn es gibt drei mögliche Kreisläufe – und die sind aus der Perspektive des Klimaschutzes nicht alle gleich gut.

Der erste mögliche Kreislauf ist der natürliche: Genau die Menge CO<sub>2</sub>, die ein Baum im Laufe seines Lebens der Atmosphäre entnommen und in seinem Holz gebunden hat, gibt er nach seinem Lebensende beim Verrotten seines Holzes wieder an die Atmosphäre ab. Deshalb ist die CO<sub>2</sub>-Bilanz von ausgewachsenen Wäldern immer gleich null. Was die lebenden Bäume an CO<sub>2</sub> neu binden, setzen gleichzeitig die abgestorbenen Bäume wieder frei. Ausgewachsene Wälder verringern die CO<sub>2</sub>-Konzentration in der Atmosphäre nicht.

Der zweite mögliche Kreislauf ist die thermische Nutzung des Holzes: Auch hier wird genau die Menge CO<sub>2</sub>, die ein Baum im Laufe seines Lebens der Atmosphäre entnommen hat, wieder an die

Atmosphäre abgegeben und die dabei frei werdende Energie genutzt. Wird dadurch die Verbrennung fossiler Brennstoffe verhindert, so



Visualisierung: Berg + C.F. Möller Architects

Sieger eines Architekturwettbewerbs: Das 34-geschossige Holzhochhaus soll bis 2023 in der Nähe des Stockholmer Hauptbahnhofs errichtet werden und dann ein „Leuchtturm“ des Sozialen Wohnungsbaus sein.

ist das durchaus positiv, denn das im Holz gebundene CO<sub>2</sub> wäre beim Verrotten ja sowieso frei geworden. Man beschleunigt also den natürlichen Kreislauf und verhindert dabei, dass fossile Brennstoffe CO<sub>2</sub> freisetzen.

Der dritte mögliche Kreislauf ist die stoffliche Nutzung des Holzes – in Möbeln, Fußböden und Gebäuden: Dadurch bleibt das im Holz gebundene CO<sub>2</sub> für weitere Jahrzehnte bis Jahrhunderte gebunden. Das entlastet die Atmosphäre von CO<sub>2</sub> – nicht für ewig, aber kurz- und mittelfristig. Und diese Zeitspanne ist für den Klimawandel entscheidend. Denn es geht darum, ab sofort den Anstieg des CO<sub>2</sub> möglichst stark zu bremsen. Je schneller die Temperaturen steigen, desto katastrophaler die Folgen.

### Weit unterschätztes Klimaschutzpotenzial

Eine 2014 vom Wissenschaftszentrum Straubing veröffentlichte Studie zeigt, dass den 75 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub>, die in Bayern jährlich zur



Seit 2013 fertig ist das Bauprojekt „Pile-up“: Ein altes 2-geschossiges Betongebäude am Bahnhof Zürich-Gießhübel wurde um 4 Geschosse in Holzbauweise aufgestockt. Sie enthalten 24 Wohnungen.

Erzeugung von Energie freigesetzt werden, 10 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub> gegenüberstehen, die seine insgesamt trotz Holzernte wachsenden Wälder neu binden, und 13 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub>, die durch die stoffliche Nutzung von Holz langfristig gebunden bleiben. Fast ein Drittel der bayerischen CO<sub>2</sub>-Emissionen wird also auf diese Weise heute schon kompensiert. Und da ginge noch sehr viel mehr – doch das interessiert niemanden.

Stoffliche Holznutzung – das bedeutet vor allem: Bauen mit Holz. Dessen Klimaschutzpotenzial ist nicht nur groß, sondern auch kostengünstig: Anfang 2015 veröffentlichte Berechnungen des Münchner Architekten Holger König zeigen, dass die CO<sub>2</sub>-Vermeidungskosten von Bauen mit Holz niedriger sind als die von Photovoltaik und Windkraft. Für jeden Euro, der in Bauen mit Holz investiert wird, wird also die größte Menge CO<sub>2</sub> eingespart.

Eine Intensivierung der stofflichen Holznutzung bedeutet natürlich auch eine Intensivierung der Forstwirtschaft, denn von irgend-

woher muss das Holz ja kommen. Und damit gibt es einen weiteren triftigen Grund, warum die Zersiedlung aufhören muss: Wir brauchen dringend Flächen für Aufforstungen – und zwar im großen Stil. Dafür Siedlungs- und Verkehrsflächen rückzubauen, darf kein Tabu sein. Denn die stoffliche Nutzung von Holz verbunden mit einer nachhaltigen Forstwirtschaft ist eine der simpelsten und wirksamsten Lösungsansätze zum Schutz des Klimas. ■

### Günther Hartmann

Jahrgang 1965, studierte Architektur und arbeitete nach dem Diplom in verschiedenen Architektur- und Stadtplanungsbüros. Seit 2008 ist er hauptberuflich als Fachjournalist tätig und befasst sich dabei vor allem mit der Energieeffizienz und Nachhaltigkeit in Architektur und Stadtentwicklung. In die ÖDP trat er 1998 ein und ist seit 2006 Chefredakteur der ÖkologiePolitik.



[www.guenther-hartmann.de](http://www.guenther-hartmann.de)

Kommunale Flächenkosten und lokale Demokratie

## „Flächenabgabe statt Gewerbesteuer!“

Die kommunalpolitischen Rahmenbedingungen und die gängige Planungspraxis sorgen dafür, dass der Flächenverbrauch auf hohem Niveau bleibt. Ein Berliner Stadttheoretiker plädiert deshalb für einen tiefgreifenden Wandel bei der Finanzierung der kommunalen Haushalte – und verknüpft dies mit der Forderung nach mehr direkter Demokratie auf lokaler Ebene.

Interview mit Dr. Dieter Hoffmann-Axthelm

ÖkologiePolitik: Herr Dr. Hoffmann-Axthelm, wie lässt sich der verschwenderische Umgang mit der Ressource Boden stoppen?

Dr. Dieter Hoffmann-Axthelm: Geht es nicht vielleicht etwas kleiner? Allein durch den Straßenbau werden Jahr um Jahr immer neue Flächen versiegelt, verschwindet Ackerland oder Natur unter Asphalt. Und das liegt nicht nur am gesellschaftlichen Automobilitäts, sondern auch weil zahlreiche regionale Gebietskörperschaften glauben, damit Wirtschaftsförderung betreiben zu können. Oder denken Sie an die Versiegelung von Feldwegen aufgrund der ständig größeren und schwereren Agrarmaschinen. Oder an die üppigen Parkierungsflächen der Supermärkte und Einkaufszentren. Schon allein im Verkehrsreich haben wir also eine Fülle von Verursachern und Interessen. Wer oder was soll die alle stoppen? Ich habe mich in meinen Überlegungen wohlweislich auf die kommunale Ebene beschränkt. Und jetzt denken Sie bitte nicht, der Grund sei, dass der Wohnungsbau, der ja

zweifelloso ein weiterer großer Verursacherkomplex ist, kommunal zu bändigen wäre. Vielmehr hoffe ich hier, einen interessierten Akteur anzusprechen. Denn ob Straßen- oder Wohnungsbau, Schul- und Sport- oder Abstandsflächen, öffentliches oder privates Grün, versiegelt oder

dazu bräuchte es eine grundlegende Änderung des aktuellen Finanzierungssystems unserer Kommunen. Kommunen sollten sich selbst finanzieren können und daher auch das Recht haben, im Maßstab ihres Bedarfs entsprechende Abgaben bei ihren Bürgern zu erheben, den direkten Nutzern städtischer Fläche. Nicht mehr die Gewerbesteuer sollte also die zentrale Einnahmequelle sein, sondern eine Abgabe auf die Nutzung von Flächen. Damit einhergehen müsste jedoch auch unbedingt ein deutliches Mehr an Transparenz in kommunalpolitischen Fragen und ein deutliches Mehr an direkter Demokratie. Und dies erfordert wiederum eine viel klarere Trennung zwischen kommunalen und staatlichen Aufgaben.

Warum plädieren Sie für eine Abgabe auf die Nutzung von Flächen?

So eine Flächenabgabe lässt sich historisch begründen. Prinzipiell setzte bis zum Beginn der Moderne der Abgleich von Leistungen und

„Wenn viele Städte finanziell am Ende sind, hat das durchaus mit der Sorglosigkeit des ungebremsten Flächenverbrauchs zu tun.“

offen – am Ende ist alles kassenwirksam. Und wenn so viele Städte finanziell am Ende sind, dann hat das durchaus mit der modernen Sorglosigkeit des ungebremsten Flächenverbrauchs zu tun.

Wie stehen die Kommunen selbst zu diesem Thema?

Bisher ist das ein Thema, das die Kommunen lieber nicht anfassen. Bequemer ist es, durch Eingemeindungen die Einwohnerzahl zu steigern und damit die staatlichen Zuwendungen. Um den Flächenverbrauch zum Angelpunkt einer anderen Bodenpolitik zu machen,

Abgaben am Hausbesitz an. Das war bei relativ statischen Verhältnissen einfach und bevorrechtete die Eigentümer. Vom Bodenmythos sollten wir uns aber definitiv lösen und wesentlich abstrakter denken. Der entscheidende Punkt ist der: Die Stadt war und ist vor allem ein Flächenereignis – ein System der Zuteilung von Nutzungsrechten. Das ist ihre Grundleistung. Wenn aber die Flächennutzung die zentrale Beziehung zwischen der Stadt und ihren Nutzern darstellt, dann muss das kommunale Abgabensystem auch hier einsetzen.

### ONLINETIPPS

Interview mit Hubert Röder

#### Warum Holzbau Klimaschutz ist

Interview mit Holger König

#### Wie viel CO<sub>2</sub>-Vermeidung kostet

Interview mit Muck Petzet

#### Graue Energie zählt!

in: Landesinnungsverband des Bayerischen Zimmererhandwerks

#### STOP CO<sub>2</sub>

Heft I, Februar 2014

Heft II, Januar 2015

[www.stopco2.jetzt](http://www.stopco2.jetzt)

*Auf was genau sollte sich eine Flächenabgabe beziehen?*

Die Abgabe sollte auf jede exklusiv genutzte Fläche erhoben werden, also nicht nur auf Grundstücke oder auf bebaute Grundflächen, sondern auch auf alle darauf errichteten Geschossflächen. Und damit das Ganze nicht zu kompli-

kommunalen Haushalt treffen ja ganz unterschiedliche politische, vor allem auch parteipolitische Zielstellungen und Interessen zusammen, ebenso die höchst unterschiedlichen Mentalitäten der jeweiligen Verwaltungsabteilungen, z.B. Kita-Verwaltung, Verkehrsabteilung und Gartenbauamt. Dass die Flächen-

*„Es muss den Bürgern der Nexus zwischen Flächenwünschen und dadurch erzeugten öffentlichen Kosten klar werden.“*

ziert und leichter umsetzbar wird, sollte sie für jede Nutzung einheitlich hoch sein – egal ob öffentlich oder privat.

*Also auch auf öffentliche Räume wie Straßen, Plätze und Parks?*

Nein, nicht auf öffentliche Räume, sondern nur auf exklusive Nutzungen, also auf Flächen, die nicht von jedem Bürger genutzt werden dürfen. Die öffentlichen Räume tauchen aber natürlich auf der Kostenseite auf. Dadurch wird klar, dass die beliebten Wünsche nach immer mehr Verkehrsfläche und nach immer mehr Grün nicht umsonst zu haben sind. Es ist Aufgabe der Stadtpolitik, deren Kosten budgetmäßig zu verarbeiten – durch eine Verschuldung oder durch Kürzungen bei anderen Ausgaben. Bei einer geschlossenen Kommunalwirtschaft würden dagegen die aktuell üblichen Kostenverschleierungen durch staatlich-kommunale Misch- und innerkommunale Querfinanzierung entfallen.

*Bei exklusiven Nutzungen zahlt die Kommune eine Flächenabgabe an sich selbst. Da wandert doch nur Geld von der linken in die rechte Tasche. Wozu soll das gut sein?*

Das wäre so, wenn es um ein privates Individuum ginge. Aber im

verbrauche dieser Abteilungen mit ihren realen Kosten verknüpft werden, dient also dazu, diese tatsächlichen Kosten öffentlich genutzter Flächen transparent zu machen, damit sie überhaupt einmal diskutiert und dann auch rationaler abgeglichen werden können. Und die von der Abgabe nicht erfassten öffentlichen Räume werden dann auch in einer ganz anderen Schärfe sichtbar: Wollen wir mehr Grün oder mehr Straßenfläche? Beides zusammen geht nicht, oder wir müssen eben doppelt so viel zahlen.

*Wenn jede Geschossfläche mit der gleichen Abgabe belegt wird, welchen Anreiz gibt es dann noch, flächensparend zu bauen?*

Natürlich wünscht sich jeder Eigenheimbauer das Haus, um das er herumgehen kann, und das bedeutet Verschleiß. Eine Kommune, die das bloß über Baurecht begrenzen wollte, wäre politisch schnell in der Klemme. Es muss also über Geld laufen. D. h., es muss den Bürgern der Nexus zwischen privaten Flächenwünschen und dadurch erzeugten öffentlichen Kosten klar werden. Würden die kommunalen Haushalte so transparent, dass sie diese Nachricht an die Nutzer überbringen, dann würde dieser



**Dr. Dieter Hoffmann-Axthelm**, Jahrgang 1940, studierte Theologie, Philosophie und Geschichte, promovierte in Theologie, wandte sich dann aber der Kunst-, Architektur- und Stadttheorie zu. Seit Mitte der 1970er-Jahre ist er als Autor und Publizist tätig, seit Mitte der 1980er-Jahre auch als Stadtplaner. Für Aufsehen sorgten in der Fachwelt seine beiden Mitte der 1990er-Jahre erschienen Bücher „Die dritte Stadt“ und „Anleitung zum Stadtumbau“. Seit Ende der 1990er-Jahre beschäftigt er sich intensiv mit kommunaler Selbstverwaltung und lokaler Demokratie in Verbindung mit Flächenpolitik, Verwaltungsreform und Kommunal финанzen.

<http://dieter.hoffmann-axthelm.de>

grundsätzliche Zusammenhang zwischen dem Umgang mit Bodenfläche und den kommunalen Aufwendungen zu deren Erschließung auch die Wünsche rationaler machen. Das sind ja Kosten, die dann wiederum die Höhe der Flächenabgabe maßgeblich bestimmen – oder aber zu Einsparungen an anderer Stelle zwingen. Vor allem aber müsste erst einmal die Kommunalpolitik das kapieren. Stark verdichtete Städte mit geringer Flä-

chenstreuung profitieren von einer betriebswirtschaftlichen positiven Relation von Baufläche und sonstigem Flächenverbrauch, von Nutzen und Aufwand, während umgekehrt stark zersiedelte Agglomerationen hohe Infrastrukturkosten nach sich ziehen, also bereits aufgrund ihrer Struktur stadtwirtschaftlich defizitär und deshalb meist verschuldet sind. Was kann der ökologischen Kehrtwende den notwendigen Schub besser verleihen als wirtschaftliche Zwänge?

*Aber welchen Anreiz hat ein Bauherr, flächensparend zu bauen?*

Der professionelle Entwickler wird auf seinem Grundstück schon so viel unterbringen wollen wie möglich. Gleichzeitig weiß jeder erfahrene Investor, dass Kundenwünsche nicht zu ignorieren sind, also von einem bestimmten Punkt an Dichte, vor allem unqualifizierte Dichte, nicht mehr verkäuflich oder profitabel vermietbar ist. Beim Häuslebauer ist es eher umgekehrt. Daran sieht man schon, dass der Bauherr für Ihre Frage gar nicht die richtige Adresse ist. Über Dichten entscheidet Baurecht, so vor allem Bebauungspläne, also kommunale Gremien, und im Allgemeinen die Baunutzungsverordnung. Verdichtung allein ist auch noch kein ausreichendes Heilmittel. Wir haben heute, in Abwendung von der städtebaulichen Moderne, glücklicherweise einen Trend zu städtebaulicher Verdichtung. Aber der Gewinn wird weitestgehend aufgefressen durch den steigenden Flächenverbrauch. Wir sind heute deutschlandweit bei rund 40 m<sup>2</sup> pro Person. Mehr Dichte baurechtlich zu erlauben, ist also nur die eine Hälfte. Die andere müsste aus einer kulturellen Umkehr kommen. Wir müssten die gesellschaftliche Schizophrenie aufbrechen, im Zuge des allgemei-

nen Individualisierungsprozesses immer mehr Wohnfläche zu beanspruchen und diese immer weniger zu nutzen. Die Menschen sind beruflich immer mobiler, reisen auch gern, besitzen Ferien- und Wochenendhäuser und in ihren Hauptwohnungen oder -häusern stehen Zimmer ganz oder zeitweise leer.

*Wie kommt man dann überhaupt zu einer Flächensparnis?*

Da muss man vorher ansetzen, bei der Stadtplanung – da sind die Kommunen gefragt – und beim Baurecht – das ist Sache des Bundes. Kommunal ließen sich schon erhebliche Weichenstellungen erreichen. In vermutlich jeder Stadt gibt es Bereiche, wo Dichte begrenzt werden muss, und andere – und die sind in der Mehrzahl –, wo der sorglose Umgang mit Flächen, den wir uns in den letzten 100 Jahren geleistet haben, zurückgeholt werden muss. Da geht es um die Reduktion von Abstandsflächen, von Verkehrsfläche, insgesamt ginge es aber um

nur dann auf Akzeptanz, wenn sie mit einem Mehr an Mitbestimmung einhergehen: indem die Gesamtheit aller Nutzer entlang einer kostenbezogenen Diskussion in eine Politik der Optimierung der Gesteungskosten vonseiten der Stadt eingebunden wird.

*Stadtentwicklung ist aber komplex und nicht so einfach durchschaubar.*

In der Tat, die öffentlich-mediale Diskussion ist fast nur mit Architekturfragen beschäftigt, weil die scheinbar für jeden zugänglich sind. Schön oder hässlich? Bebauung oder keine Bebauung? Hochhaus oder kein Hochhaus? Das sind so die Fragen, um die es dort geht. Und Bürgerinitiativen sind leider überwiegend Verhinderungsversuche. „Bauen? Nicht vor meiner Haustür!“, lautet das Motto. Wichtige Strukturfragen und Lösungsansätze sind da kein Thema. Der Blick für das große Ganze fehlt. Doch gerade deshalb ist es wichtig, eine klare und gut kommunizierbare Rück-

*„Zersiedelte Agglomerationen ziehen hohe Infrastrukturkosten nach sich und sind bereits aufgrund ihrer Struktur wirtschaftlich defizitär.“*

eine Politik der Konzentration, also auch des Rückbaus von Peripherie, um die städtischen Versorgungsleistungen bezahlbar bleiben zu lassen. Doppelt und dreifach gilt das angesichts der demografischen Entwicklung in den schrumpfenden Regionen bzw. Städten.

*Zurück zu Ihrer Forderung nach einer Flächenabgabe als kommunale Haupteinnahmequelle: Warum ist dafür mehr lokale Demokratie erforderlich?*

Weil ein solches Projekt ja unweigerlich zahlreiche Härten und Zwänge mit sich bringt. Die stoßen

koppelung der Flächenansprüche mit ihren zeit- und ebenenversetzten Folgen herzustellen – und dann muss seitens der Kommunen natürlich auch ein entsprechendes Maß an Entscheidungsrechten an die Nutzer abgegeben werden.

*Ist aber so etwas wie direkte Demokratie auf lokaler Ebene in einer immer komplexer werdenden Welt überhaupt sinnvoll?*

Sinnvoll schon, weil sich viele Probleme besser auf lokaler Ebene lösen lassen und weil es zu deren mehr als bloßen mechanischen Lösung eben das Wissen und die

Eigenverantwortung der Bürger braucht. „Direkte Demokratie“ ist im Grunde ein zu großes Wort. Man muss das von der praktischen Seite her ansehen: Jeder ist in seinem Alltag direkt mit den Auswirkungen kommunalpolitischer Entscheidungen konfrontiert, gleichzeitig aber ausgeschlossen von den Entscheidungsprozessen. Wir erstarren in einem aus dem Absolutismus herkommenden staatlichen Verwaltungssystem. Die immer weiter greifende Verregelung von oben kommt irgendwann ohnehin definitiv an ihre Grenzen, die Wut der Bürger über den Verhinderungsstaat ist ja schon heute Thema. Wenn man sich das klar macht, dann kann man sich auch fragen, ob wir nicht wieder an die Wurzeln unserer demokratischen Kultur zurückdenken sollten und versuchen, auf dem heutigen technisch-kulturellen, insbesondere digitalen Kompetenzniveau davon das, was heute sinnvoll und möglich

ist, wieder in das erstarrte System einzubauen: lokale Selbstverwaltung. Und dafür gibt es ja auch Vorbilder. Dass es in Europa – im Gegensatz zum Großteil der übrigen Welt – die Ebene der politisch verfassten Stadt gibt bzw. gegeben hat, verdanken wir der genossenschaftlichen Binnenregulierung mittelalterlicher Städte. Das Modell ist seit Beginn der Neuzeit in den letzten 500 Jahren Schritt für Schritt der zentralisierenden Fiskalpolitik des Staates unterworfen worden und bis auf einige Reste größtenteils zerstört. Sowohl in den USA als auch in der Schweiz ist aber noch ein erhebliches Maß an kommunalen Selbstverwaltungsrechten vorhanden. Das Argument, man könne nicht zu den alten Germanen zurück, zieht also nicht.

Und das Hauptproblem ist die verwirrende Verwobenheit zwischen kommunaler und staatlicher Verwaltung?

Durchaus. Jahrhundertlang existierten ja zwei höchst unterschiedliche Systeme parallel nebeneinander: ein auf Gegenseitigkeit beruhendes System genossenschaftlicher Selbstverwaltung und das auf Schutz und Herrschaftsrecht beruhende Prinzip des Territorialstaates. Dem entsprachen zwei unterschiedliche Systeme der Kostendeckung: Während der Staat Steuern erhebt – anfangs nur von den Städten, dann von den Ständen, schließlich von allen zahlungsfähigen Bürgern –, erhoben die Städte Abgaben und verteilten damit die Stadtkosten auf deren Nutznießer. Beide Systeme sind nach wie vor aktuell, doch für die Finanzierung der Städte spielt die zweite inzwischen keine tragende Rolle mehr. Stadt – das ist in Deutschland heute kaum mehr als die unterste staatliche Verwaltungsebene, wenn rund 95 % aller städtischen Verwaltungstätigkeit staatlich beauftragt ist. Und solan-

ge die Gewerbesteuer die Haupteinnahmequelle darstellt, sind die Kommunen grausam abhängig von der Konjunktur und damit extrem krisenanfällig. Besser wäre es, die Gewerbesteuer einfach abzuschaffen, zumal sich Bund und Land ja stetig größere Stücke davon abbeißen, und sie ein für allemal durch eine kommunale Flächenabgabe zu ersetzen.

Die fehlende Finanzautonomie der Kommunen verhindert also richtige lokale Demokratie?

### „Was kann der ökologischen Kehrtwende den notwendigen Schub besser verleihen als wirtschaftliche Zwänge?“

Genau so. Es gibt für die Bürger keine einsichtige Beziehung mehr zwischen den Steuern, die sie zahlen, und den Leistungen der Kommune. Der Stadtpolitik konstituierende Dialog zwischen Leistung und Gegenleistung unterbleibt. Zugunsten des Staates wird das Verhältnis zwischen Stadtverwaltung und Bürgern vergiftet. Die Bürger können nur fordern, ohne die Kostenseite bedenken zu müssen, und die Stadtverwaltung kann nur auf die knappen Kassen verweisen. Wollen wir die verlorene Beziehung wieder herstellen, dann ist dafür nur ein gangbarer Weg zu sehen: eine klare Scheidung zwischen staatlichen und kommunalen Leistungen sowie zwischen staatlichen Steuern und kommunalen Abgaben. Staatliche Leistungen müssen eindeutig von staatlichen Institutionen erbracht werden – vor allem der große Block der Sozialleistungen –, sodass für die kommunale Verwaltung und Politik ein strikt aufgabenbezogener Leistungsbereich übrig bleibt und klar erkennbar ist.

Was bedeutet Lokaldemokratie auf kommunaler Ebene?

Lokale Selbstverwaltung und Kommunalpolitik müssten so miteinander verzahnt werden, dass die Bürger, die ja null Einfluss haben auf die wirtschaftlichen Makroentscheidungen, sich wenigstens in ihrem lokalen Umfeld als Gestalter ihrer eigenen Lebensbedingungen erfahren – mithin auch eigenverantwortlich Demokratie erfahren können. Periodische Wahlen, punktuelle Plebiszite, gelegentliche An-

gebote der Bürgerbeteiligung – die politischen Mechanismen, die wir heute haben, genügen nicht mehr. Da bewegen wir uns nur auf eine Plebiszitär- oder Wunsch-dir-was-Demokratie zu, wie man das derzeit – keineswegs nur, aber besonders schön – in Berlin beobachten kann. Es kann also auch nicht nur um verbesserte Transfermechanismen gehen, so als gelte es, Entscheidungen der Verwaltung verständlicher nach unten zu kommunizieren oder umgekehrt den Bürgerwillen besser nach oben durchdringen zu lassen. Es muss vielmehr um einen Ebenenwechsel gehen, vom Objekt zum Subjekt lokalpolitischer Entscheidungen.

Und warum wäre dafür die Flächenabgabe so wichtig?

Die Flächenabgabe imitiert das allgemeine Wahlrecht, weil sie alle gleich betrifft. Aber sie tut dies nicht als schmerzlose Stimmabgabe, sondern als schmerzhaftes Zahlungsverpflichtung. Eine Verpflichtung, die alle, trotz der manifesten Diskrepanzen, gleich belastet entsprechend

## BUCHTIPPS

Dieter Hoffmann-Axthelm  
**Berlin-Testament**  
Beiträge zum Berlin des 21. Jahrhunderts  
Dorothea Rohn, 2013  
118 Seiten, 14,00 Euro  
978-3-939486-78-7

Dieter Hoffmann-Axthelm  
**Flächenkosten & kommunale Finanzautonomie**  
Für eine Theorie der Stadtwirtschaft  
Dorothea Rohn, 2010  
162 Seiten, 19,00 Euro  
978-3-939486-46-6



Fotos: Bernd Borchardt/Kaden Klingbeil Architekten

Das 7-geschossige Familien-, Bildungs- und Gesundheitszentrum „C13“ wurde in einer Baulücke des Berliner Stadtteils Prenzlauer Berg errichtet und 2015 mit dem Deutschen Holzbaupreis ausgezeichnet. Es ist ein Paradebeispiel für verdichtetes Bauen. Weitere Infos: [www.kadendunpartner.de/projekte/c13](http://www.kadendunpartner.de/projekte/c13) und [www.bildung-werte-leben.de/c13](http://www.bildung-werte-leben.de/c13)

ihres individuellen Flächenverbrauchs – natürlich unter der Voraussetzung, dass im Sozialfall die Abgabe Teil der vom Sozialamt gezahlten Miete ist. Dem steht auf der Habenseite jedoch eine vermittelnde Funktion gegenüber: Die Abgabe ist sprechend. Sie teilt dem Einzelnen mit, was sein genauer Anteil an den Gesamtkosten der Institution Stadt ist. Und sie ist zugleich individuell beeinflussbar, weil sie im Aushandlungsprozess der Gesamthöhe der Kosten und ihrer Verteilung jedem Nutzer eine Stimme einräumt. Das Ergebnis, die Abgabenhöhe, tritt nicht mehr in der Form staatlicher Verfügung an die Bürger heran, als Verwaltungsakt, sondern als Produkt der Vermittlung von Wünschen und Erfordernissen. Man weiß nicht nur, wofür man zahlt, weil Leistungen und Kosten offengelegt sind, man erfährt sich auch als eigenverantwortlich, beauftragt sich gleichsam selber.

Herr Dr. Hoffmann-Axthelm, herzlichen Dank für das interessante Gespräch.

Europäische Union

## Ein bürger- und demokratiefeindliches Gebilde

Die europäische Politik ist weder transparent noch demokratisch. Entscheidungen werden in abgeschotteten Zirkeln getroffen und nationale Vollmachten leichtfertig auf EU-Organe übertragen. Großen Einfluss haben Konzerne. Für ihre Expansion wird die gesellschaftliche Wohlfahrt geopfert – siehe die aktuellen Verhandlungen zu TTIP und CETA.

von Gerd Zeitler

Es ist entscheidend, sich bewusst zu machen, dass die sprachliche, kulturelle, wirtschaftliche und politische Heterogenität Europas einer bundesstaatlichen Integration entgegensteht. Das heißt, auf absehbare Zeit werden die Voraussetzungen für ein homogenes europäisches Staatsvolk, für einen solidarischen europäischen Souverän fehlen. Abtretungen souveräner Rechte verbieten sich, solange die Mitgliedstaaten der EU ihre traditionellen Verfassungsidentitäten bewahren. Das deutsche Volk etwa müsste sich bei gegebener Heterogenität gegen seine im Grundgesetz verankerte Staatsgewalt aussprechen, was einer ausdrücklichen Entmündigung und Fremdbestimmung gleichkäme.

Die EU ist kein Staat und kann kein Staat sein. Es fehlen ihr die Voraussetzungen für eine supranationale Volkssouveränität wie auch für eine supranationale Verfassung. Zugleich ist Europa jedoch aufgrund seiner geschichtlichen Erfahrungen wie kein anderer Kontinent geeignet, sich zu einem Staatenbund

souveräner Nationalstaaten zusammenzuschließen.

Zur Wirklichkeit der EU: Das Verhältnis der EU-Organe untereinander ist voller Widersprüche. Auf der einen Seite die „oligarchischen“ Institutionen, die ohne demokrati-

sche Kontrolle entscheiden, auf der anderen Seite das EU-Parlament, das zwar keine legislative Gewalt besitzt, dessen Abgeordnete jedoch ein äußerst lebendiges Gegengewicht, ein zumindest durch Öffentlichkeit wirkendes Korrektiv darstellen. Falls dieses Parlament aber jemals neben den nationalen Parlamenten Initiativrecht für Gesetzesvorschläge erhalten sollte, ergäbe sich eine „demokratische Schizophrenie“: Von nationalen Verfassungsorganen, zum Beispiel dem Bundestag, getroffene Entscheidungen könnten durch Mehr-

heitsentscheidungen im EU-Parlament ausgehebelt werden.

### EU-Bürokratie

Die EU beschäftigt rund 48.000 Personen, ihre Haushaltsmittel für 2014 betragen 142 Mrd. Euro. Die Grundgehälter im Beamtendienst reichen von monatlich 2.300 bis 16.000 Euro. Die 751 EU-Parlamentarier beziehen ein Grundgehalt von knapp 8.000 Euro plus 4.000 Euro pauschale Spesenvergütung. Die Kommissare erhalten ein Grundgehalt von 19.900 Euro, Vizepräsidenten von 22.100 Euro und der Präsident von 25.300 Euro monatlich. Zudem gibt es zahlreiche Sonderleistungen. Die Vergütungen sind so attraktiv, dass es gängige Praxis ist, unliebsame Politiker auf europäische Posten wegzuloben. Der Volksmund rät: Hast du einen Opa, schick ihn nach Europa!

Rund 20.000 Lobbyisten aus Unternehmen und Wirtschaftsverbänden nehmen Einfluss auf die

*Rund 20.000 Lobbyisten aus Unternehmen und Wirtschaftsverbänden nehmen Einfluss auf die EU-Organe.*

EU-Organe, indem sie Gesetzesvorschläge und Änderungsanträge unterbreiten. Für die Umsetzung des in Verhandlung befindlichen transatlantischen Freihandelsabkommens (TTIP) ist sogar vorgesehen, den Industrie-Lobbyisten noch früher und umfassender Zugriff auf den europäischen Gesetzgebungsprozess zu gewähren.

### Erosion des Grundgesetzes

Zu den Abtretungen von Souveränitätsrechten durch Bundesregierung und Bundestag an EU-Organe stellte das Bundesverfassungs-

gericht (BVerfG) 2009 in einem Urteil zum Lissabon-Vertrag fest: „Für den Beitritt zu einem europäischen Bundesstaat wäre in Deutschland eine Verfassungsneuschöpfung notwendig.“ Und ein europäischer Änderungsvertrag müsste so be-



Die EU-Kommission in Brüssel

schaffen sein, „dass die europäische Integration weiter nach dem Prinzip der begrenzten Einzelermächtigung erfolgt, ohne dass für die Europäische Union die Möglichkeit besteht, sich der Kompetenz-Kompetenz zu bemächtigen oder die integrationsfeste Verfassungsidentität der Mitgliedstaaten, hier des Grundgesetzes, zu verletzen“.

Das BVerfG-Urteil bewirkte immerhin einen Zusatz zum Lissabon-Vertrag dahingehend, dass der Bundestag bei „grundlegenden Machtverschiebungen“ auf EU-Ebene zustimmen muss. Praktische Wirkung kann der Zusatz nicht entfalten, weil der Fraktionszwang im Bundestag der Bundesregierung weitgehend freie Hand lässt, sodass die Machtverschiebung Richtung EU sich scheinbar fortsetzt. Es ist offenkundig: Das BVerfG schreckt vor der machtvoll mit industriepolitischen Vorzeichen

betriebenen Integration zurück und macht sich zum Komplizen der herrschenden EU-Oligarchie. Das Gericht könnte das Grundgesetz nur schützen, wenn es für jede Einzelermächtigung der EU einen Volksentscheid zwingend vorschrei-

ben würde. Es zeigt sich, dass die repräsentative Demokratie hier an ihre Grenzen stößt.

### Europäischer Rat

Der Europäische Rat ist das Machtzentrum der EU. In ihm versammeln sich die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten, um einstimmig Strategien und Richtlinien für die weitere Integration zu

Dadurch entstehen für sie Anreize, national nicht durchsetzbare Vorhaben über den Umweg des Rats auf den Weg zu bringen. Das gelingt ihnen immer wieder, weil die nationalen Parlamente unter dem Druck eines vermeintlichen europäischen Konsenses einknicken und weil die Bürger ohnehin nicht gefragt werden.

Der Rat setzte bisher folgende Entscheidungen durch: 1976 den Beschluss zur Direktwahl des EU-Parlaments, 1985 zur Vollendung des Gemeinsamen Marktes, 1991, mit dem Vertrag von Maastricht, die Gründung der EU und der Europäischen Währungsunion und ab 2010 mehrere Euro-Rettungsschirme, unlimitierte Importkredite (Target2) zwischen nationalen Zentralbanken sowie den Ankauf von Staatsanleihen durch die EZB. Damit wurde eine gigantische Umverteilungsmaschinerie in Gang gesetzt, die von den Bürgern der Gläubigerländer ungefragt zu begleichen sein wird und die Schuldnerländer in eine lähmende Abhängigkeit von Krediten und Importen zwingt.

### EU-Ministerrat

Der EU-Ministerrat ist der verlängerte legislative Arm des Europäischen Rats. Er tagt in unterschiedlichen politischen Formationen, in

*Der Europäische Rat hat einen totalitären Anspruch entwickelt, weil er exekutive und legislative Gewalt ausübt.*

beschließen, die sie dem EU-Ministerrat und der EU-Kommission verbindlich vorgeben. Der Rat hat einen totalitären Anspruch entwickelt, weil seine Akteure exekutive (vollstreckende) wie auch legislative (gesetzgeberische) Gewalt ausüben.

die autorisierte nationale Vertreter entsandt werden, meist die Fachminister. Gesetze sind bei doppelter Mehrheit (55% der Staaten und 65% der EU-Bevölkerung) angenommen, sodass auch große Staaten wie Deutschland im Rahmen

der Vorgaben des Europäischen Rats überstimmt werden können. Das EU-Parlament wird vom EU-Ministerrat über Gesetzesvorschläge vorab pro forma informiert.

### EU-Parlament

Die Abgeordneten des EU-Parlaments sind national abgegrenzt gewählt, weil es einen europäischen Souverän und wählbare europäische Parteien nicht gibt, nicht geben kann. In den europäischen Verträgen ist dem EU-Parlament bisher bewusst kein Initiativrecht übertragen worden, um die von den „oligarchischen“ Organen betriebene bundesstaatliche Integration ungestört voranzutreiben. Auch das BVerfG sieht im EU-Parlament in seinem Urteil von 2009 nur ein „Vertretungsorgan“ der europäischen Völker. Und weiter: „Es ist gemessen an staatlichen Demokratieanforderungen nicht gleichheitsgerecht gewählt und innerhalb des supranationalen Interessenausgleichs zwischen den Staaten nicht zu maßgeblichen politischen

Leitentscheidungen berufen.“ Die geringe Wahlbeteiligung bei den Europawahlen beweist, dass den Bürgern die „demokratische Schizophrenie“ nicht einleuchtet.

### EU-Kommission

Die EU-Kommission wird als Exekutive der EU bezeichnet, weil sie Aufgaben wie eine nationale Regierung wahrnimmt. Die Kommission hat das alleinige Initiativrecht für europäische Gesetzesvorschläge, al-

terzimmern und rufen regelmäßig Kopfschütteln hervor, wenn sie in nationale Zuständigkeiten eingreifen. Jean-Claude Juncker fällt als Kommissionspräsident die Rolle des Großonkels zu: großfürstlicher Auftritt ohne Wirkmacht. Selbst seine Kommissare kann er nur in Abstimmung mit den Staats- und Regierungschefs auswählen.

Letztlich sind sich EU-Kommission und Europäischer Rat bezüglich des neoliberal-industriellen

## Die EU-Kommission hat sich zur Nebenregierung etabliert. Ihre Entwürfe entstehen in Brüsseler Hinterzimmern.

lerdings liegt das letzte Wort bei EU-Ministerrat und Europäischem Rat, während die Ja- und Nein-Stimmen des EU-Parlaments nur die Begleitmusik liefern. So hat sich die Kommission zu einer absurden Nebenregierung zu den nationalen Regierungen etabliert. Ihre Entwürfe entstehen in Brüsseler Hin-

terzimmern und rufen regelmäßig Kopfschütteln hervor, wenn sie in nationale Zuständigkeiten eingreifen. Jean-Claude Juncker fällt als Kommissionspräsident die Rolle des Großonkels zu: großfürstlicher Auftritt ohne Wirkmacht. Selbst seine Kommissare kann er nur in Abstimmung mit den Staats- und Regierungschefs auswählen. Letztlich sind sich EU-Kommission und Europäischer Rat bezüglich des neoliberal-industriellen Projekts jedoch einig: Zentralismus und Dirigismus begreifen sie als Instrumente für eine ungestörte wirtschaftliche Deregulierung, die mit der Eurozone einen ihrer Höhepunkte erreicht hat und sich im globalen „Freihandel“ mit Dollarpreisen fortsetzt.

### Europäischer Gerichtshof

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) versteht sich als letzte Instanz zur „Wahrung des Rechts bei der Auslegung“ der europäischen Verträge. Bereits in den 1960er-Jahren entwickelte der EuGH die Doktrin von der Eigenständigkeit des Europarechts (sui generis) und dem Vorrang gegenüber den nationalen Rechten.

Jedes Mitgliedsland entsendet einen Richter an den EuGH. Sie urteilen jährlich in 500 Rechtssachen und greifen damit in 28 unterschiedliche Rechtsordnungen ein, die ihnen im Einzelnen nicht vertraut sind. Neben dem Europäischen Rat ist der EuGH das zweitmächtigste Organ und reiht sich damit ein in die Oligarchie, die der

Demokratie in Europa das Grab schaufelt und eine Integration unter Beteiligung der nationalen Souveräne (der Bürger) vereitelt.

Der Geburtsfehler des EuGH besteht darin, dass die von ihm angestrebte Vereinheitlichung der nationalen Rechte als Voraussetzung für eine demokratische europäische Staatsgründung untauglich ist; sie könnte nur in deren Folge sinnvoll gestaltet werden. Leider hat das BVerfG die vom EuGH vertretene Rechtsauffassung im März 2014 erstmals direkt bestätigt, als es dem EuGH die Frage vorlegte, ob die EZB mit ihrem Ankauf von Staatsanleihen kriselnder Euroländer das Verbot der Kreditierung nationaler Haushalte (Nichtbestands-Klausel) verletzt.

### Europäische Zentralbank

Die Europäische Zentralbank (EZB) ist die Spinne im Netz des Eurosystems. Ihrem Rat gehören 6 Direktoren und die Präsidenten der 18 nationalen Zentralbanken der Eurozone an. Große und kleine Länder haben dasselbe Stimmengewicht. Aufgabe der EZB ist es, die Preisstabilität in der Eurozone zu gewährleisten und die Wirtschaftspolitik zu unterstützen.

Die Einführung des Euro und des Eurosystems erfolgte in der politischen Absicht, die bundesstaatliche Integration unumkehrbar zu machen. Die Warnungen, dass weniger produktive von produktiveren Ländern im Euro-Preiswettbewerb verdrängt würden, wurden ignoriert. Als die Währungsunion in die Krise schlitterte, verhinderten der EU-Oligarchie und die Exportvorteile der deutschen Industrie die notwendige Umkehr.

In der Krise schlug die große Stunde der EZB: Sie stieg mit den



Das EU-Parlament in Brüssel

Mitteln der Geldschöpfung in die „Euro-Rettung“ ein. Mit der Ankündigung, unbegrenzt Staatsanleihen kriselnder Länder aufzukaufen, löste die EZB einen Teufelskreis aus. Seither werden die Papiere von Marktakteuren aufgekauft, weil die EZB den Rückkauf garantiert, den Krisenländern damit billiges Geld verschafft, sie zu weiterem Leichtsinns verführt und die Eurokrise verschärft. Um die in der gemeinsamen Währung liegende Ursache zu verschleiern, wurde die Krise von der Oligarchie zur „Staatschuldenkrise“ umgedeutet. Die den Krisenländern verordnete Sparpolitik führte schließlich zu Reibereien zwischen den Euro-Ländern, sodass der Euro zum Spaltpilz wurde.

### Fazit

Mit dem Begriff „supranationaler Interessenausgleich“ liefert das BVerfG das Stichwort für eine zukunftsträchtige Integration zu einem Staatenbund souveräner Nationalstaaten. Dessen Erfolg würde sich gründen auf (1) politische und wirtschaftliche Subsidiarität, (2)

Erarbeitung normativer Vorgaben in supranationalen Arbeitsgruppen, (3) Außenhandel mit komparativen Vorteilen auf Basis nationaler Währungen, (4) supranationale Projekte, (5) langfristige Angleichung nationaler Standards, (6) keine supranationalen Organe. ■

## TTIP-ONLINETIPPS

Peter Kreysler

**Wie sich der Berliner Politikbetrieb zu TTIP positioniert**

Deutschlandfunk, 19.06.2015

<http://tinyurl.com/o47u4n2>

Lori M. Wallach

**Zwanzig Jahre Freihandel in Amerika**

Le Monde diplomatique, 11.06.2015

<http://monde-diplomatique.de/artikel/15202410>

Sven Hilbig

**Wohlstand für den Süden?**

Blätter, Juni 2015

<http://tinyurl.com/ondpdx>

Joseph E. Stiglitz

**Rauchen ist gesund! Wie globale Konzerne über TTIP & Co. die Macht übernehmen**

IPG, 13.05.2015

<http://tinyurl.com/phb8rj>

o.V.

**Gutachten stuft Schiedsgerichte als verfassungswidrig ein**

Spiegel, 06.05.2015

<http://tinyurl.com/potl9ek>

o.V.

**Mythen des Freihandels**

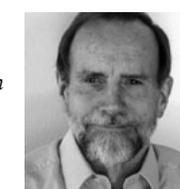
Attac, o.D.

<http://tinyurl.com/oymfkm>

**Gerd Zeitler,**  
Jahrgang 1940,  
gestaltete nach dem  
Ingenieurstudium  
internationale  
Unternehmensallianzen mit und war

als Dozent für strategisches Unternehmens- und Technologiemanagement tätig. Seit den 1990er-Jahren analysiert er die neoliberale Wirtschaftstheorie. Darüber veröffentlichte er 2006 sein Buch „Der Freihandelskrieg“ und ab 2008 im Internet sein „Lexikon der sozialökologischen Marktwirtschaft“, das seit 2011 auf Wordpress unter dem Titel „Kompendium der sozialökologischen Ökonomik“ zu finden ist.

<https://gerdzeitler.wordpress.com>



Karnismus

## Warum wir die einen lieben und die anderen essen

„Das Unsichtbare sichtbar machen, das Ungehörte hörbar machen, das Unfassbare fassbar machen. Für die Tatsache, dass wir Zeugen sind, und für die Tatsache, dass Milliarden unschuldiger Seelen für uns leiden“, so beschreibt Andreas Wagner seine Mission. Mit diesem Text fasst er das Buch von Melanie Joy: „Warum wir Hunde lieben, Schweine essen und Kühe anziehen“ zusammen und trägt damit auch eine kontroverse Debatte in die ÖDP.

von Andreas Wagner

S tellen Sie sich einmal vor, Sie sitzen während einer Familienfeier am Esstisch und freuen sich schon seit Stunden auf das aus der Küche gut duftende Hauptgericht. Nachdem nun der Gastgeber das Hauptgericht serviert, Sie davon kosten und es als äußerst schmackhaft empfinden, können Sie sich nicht davon abbringen lassen zu fragen, um was es sich dabei für ein Gericht handelt: „Schäferhund“, antwortet Ihnen der Gastgeber. Ihnen würde mit Sicherheit das Essen im Hals stecken bleiben. Rein physisch gesehen unterscheidet sich das Fleisch nicht von Rind- oder Schweinefleisch, es ist Muskelgewebe und geschmeckt hat es Ihnen auch. Trotzdem sind Sie davon so sehr angewidert, dass Sie jetzt lieber, trotz großen Hungers, nichts mehr davon essen möchten.

Wie würden Sie sich nun fühlen, wenn Ihr Gastgeber gleich darauf anfängt zu lachen und Ihnen sagt, dass es sich dabei um einen Scherz gehandelt hat und dass das Fleisch Schwein vom regionalen Bio-Metzger sei? Sie wären sehr darüber erleichtert. Aber wieso ist das so? Weshalb reagieren wir auf Hundefleisch und Schweinefleisch so un-

terschiedlich? Es liegt an unserer Wahrnehmung. Wir handeln nach unseren Überzeugungen. Wir reagieren nicht deshalb unterschiedlich auf das Fleisch, weil es anders ist, sondern weil wir es als anders wahrnehmen. Dass unsere Wahr-

nehmung bei uns eine so starke Reaktion wie Ekel auslösen kann, liegt daran, dass unsere Wahrnehmung zu einem großen Teil von unserem Wirklichkeitsempfinden bestimmt wird. Wie wir eine Situation einschätzen und empfinden, hängt drastisch davon ab, wie wir unsere Situation wahrnehmen, welche Bedeutung wir ihr geben. Unsere Einschätzungen und Empfindungen wiederum leiten häufig unser Denken und Handeln. Viele von uns nehmen zum Beispiel Hundefleisch ganz anders wahr als Schweinefleisch, deshalb ruft Hundefleisch ganz andere Reaktionen beim Essen hervor. Seit jeher ist in unseren Köpfen verankert: Hund

gleich Freund und Schwein gleich Essen. Es geht sogar so weit, dass wir Hunde vermenschlichen: Wir geben ihnen Namen, verabschieden uns von ihnen, begrüßen sie, wir lassen sie bei uns im Bett schlafen, kaufen ihnen Geschenke, beerdigen

sie, wenn sie sterben, weinen und lachen mit ihnen.

Wenn wir es nun mit dem Fleisch eines Tieres zu tun bekommen, das wir als nicht essbar eingeordnet haben, geschieht etwas sehr Interessantes. Wir stellen uns automatisch das lebende Tier vor, von dem es stammt, und empfinden Ekel bei dem Gedanken, es zu essen. Wenn wir jetzt wieder kurz an die Situation von vorhin denken, hat sich bestimmt vor Ihrem geistigen Auge das Bild eines Hundes gezeigt: wie er mit dem Ball durch den Garten läuft, entspannt vor Ihnen auf dem Fußboden liegt oder auch, wie er gerade mit den Kindern spielt. Und zusammen mit diesen Bildern wür-

den in Ihnen vermutlich Gefühle wie Empathie oder Mitleid entstehen – und genau deshalb Ekel bei dem Gedanken, dieses Tier zu essen. Wenn aber Schweinefleisch auf dem Esstisch landet, sehen Sie nicht das Tier vor sich. Stattdessen sehen Sie einfach „Essen“ – kein lebendes Tier, keine Empathie, kein Ekel. Wenn wir es mit Schweinefleisch zu tun bekommen, überspringen wir meistens den Teil des Wahrnehmungsprozesses, der in unserem Kopf den Zusammenhang zwischen Fleisch und lebendem Tier herstellt. Aus diesem Grund vermeiden es auch viele Menschen, Fleisch zu servieren, das noch eine Ähnlichkeit mit dem ursprünglichen Tier hat. Wenn das Fleisch zusammen mit dem Kopf, den Füßen und anderen Körperteilen vor uns liegt, erinnert uns das zu sehr an das lebende Tier. In einer dänischen Studie zeigten Forscher auf, dass Teilnehmer sich unwohler fühlten, wenn sie Fleisch aßen, das dem Ursprungstier ähnlich sah, und priorisierten Hackfleisch gegenüber ganzen Fleischteilen. Selbst wenn wir aber tatsächlich die bewusste Verbindung zwischen Schweinefleisch und Schweinen herstellen, fühlen wir uns beim Essen von Schweinefleisch trotzdem weniger unwohl, als es beim Essen von Hunden der Fall wäre.

Das liegt daran, dass Hunde in unserer Kultur üblicherweise nicht zum Essen gedacht sind und damit gedanklich als nicht essbar eingestuft werden. Das beweist also, dass unser Denken und Tun gegenüber einem Tier weniger davon abhängt, um welches Tier es sich handelt, sondern davon, wie wir dieses Tier wahrnehmen.

Bei diesem Prozess handelt es sich quasi um eine Abwärtsspirale. Denn genauso wie unsere Überzeugungen zu unseren Handlungen



Foto: ÖDP-Bundespressestelle

führen, verstärken unsere Handlungen im Umkehrschluss auch unsere Überzeugungen. Je öfter wir also Hunde nicht essen und Schweine essen, umso mehr verstärken wir die Überzeugung, Hunde seien nicht essbar und Schweine essbar – das Ergebnis ist „Normalität“ und was als normal gilt, wird in der Regel nicht hinterfragt.

### Geschmacksvorlieben sind erlernt

Es ist eine merkwürdige Sache mit der Reaktion auf die Vorstellung, Hunde und andere nicht essbare Tiere zu essen. Was aber noch merkwürdiger ist, ist unsere Nicht-Reaktion auf die Vorstellung, Schweine, Hühner und andere essbare Tiere zu essen. Wir Menschen haben beispielsweise eine angeborene Vor-

der Erde gibt und wie wenige wir bloß davon essen. Der ganze Rest gilt für uns als ungenießbar und ekelhaft. Aus dem großen „Angebot“ an möglichen Lebensmitteln, das uns Menschen zur Verfügung stehen könnte, mögen wir nur diejenigen, von denen wir denken, dass wir sie mögen sollen – und wieso Fragen wir eigentlich nie, warum?

Nahrung, besonders Fleisch, hat einen sehr hohen symbolischen Wert für unsere Gesellschaft: „Wer Fleisch isst, wird groß und stark.“ Dieser symbolische Wert, verstärkt durch Tradition, ist der Grund für unsere Nahrungsvorlieben. Wenn wir uns beispielsweise in anderen Ländern umschauchen, dann sehen wir, dass in China Menschen Tierpenisse essen, weil sie sich davon eine stärkere sexuelle Wirkung

*Wir lernen, den Verzehr von Tieren zu rechtfertigen, indem wir lernen, die Mythen über Fleisch, Eier und Milchprodukte für Tatsachen zu halten.*

liebe für Süßes und eine angeborene Abneigung gegen Bitteres und Saures. Im Wesentlichen sind aber unsere Geschmacksvorlieben erlernt. Wenn Sie sich nun einmal vor Augen führen, dass es etwa 7 Millionen verschiedene Tierspezies auf

versprechen. In Kambodscha ist es üblich, Vogelspinnen komplett mit Haaren und Klauen zu verspeisen. Wiederum in Island werden sauer eingelegte Widderhoden und in Asien befruchtete, fast vollständig entwickelte Entenembryos gegessen.

Obwohl unsere Geschmacksvorlieben stark kulturell erlernt/geprägt sind, sehen die Menschen überall auf der Welt meist ihre eigenen Speisen als vernünftig und jede Abweichende davon als abstoßend und ekelhaft an. Viele Menschen finden beispielsweise Milch zu trinken, der aus dem Euter einer Kuh kommt, widerlich. Andere können sich nicht vorstellen, Speck, Schinken oder Hühner zu essen. All das deutet darauf hin, dass das Ausbleiben oder das Entstehen von einem Ekelgefühl teilweise oder vollständig antrainiert/erlernt ist.

### Ein widersprüchliches Verhalten

Jeden Tag zeigen wir ein Verhalten, das uns eigentlich zutiefst widerspricht. Jeden Tag zeigen wir dieses Verhalten, das es erfordert, dass wir uns gedanklich verrenken, uns gefühllos machen und unseren Grundüberzeugungen zuwiderhandeln, wodurch weltweit abscheuliche Dinge ermöglicht werden, die selbst den Aufgeklärtesten von uns die Tränen in die Augen treiben würden. Jeden Tag können wir uns gegen dieses Verhalten stellen. Doch wir verstehen nicht, dass es irrational ist, wir sehen nicht, dass es zerstört, und wir wissen nicht einmal, dass wir es nicht wissen. Wie kann es sein, dass einige unserer häufigsten und wichtigsten Entscheidungen uns gar nicht wie Entscheidungen vorkommen?

Für die Tiere geht es jeden Tag um Leben oder Tod. Wie kann die Irrationalität und zerstörerische Wirkung dieses verbreiteten Verhaltens praktisch und gesellschaftlich unsichtbar bleiben?

### Eine unsichtbare Ideologie

Es gibt einen bestimmten tiefer sitzenden Faktor, der unser Verhalten beeinflusst und der gleichzeitig ver-

hindert, dass wir seine Irrationalität und Zerstörungswut bemerken. Glaubenssysteme wie der Karnismus (Ideologie des Tieressens) laufen menschlichen Grundwerten zuwider – Werten wie Mitgefühl, Gerechtigkeit und Wahrheit. Daher bedürfen sie Abwehrmechanismen, die unser Denken verzerren und uns gefühllos machen, damit wir

## *Karnismus ist nur eine von vielen Abscheulichkeiten, eine der vielen gewalttätigen Ideologien, die wir haben oder hatten.*

unseren Werten zuwiderhandeln können, ohne dass wir es bemerken. Der Hauptabwehrmechanismus des Karnismus ist das Leugnen, wobei verstärkt Unsichtbarkeit eine Rolle spielt. Die Ideologie selbst ist für die breite Masse unsichtbar und genauso auch ihre Opfer.

So werden z.B. jede Woche weltweit 1,2 Milliarden sogenannte Nutztiere geschlachtet. In einer Woche werden somit mehr Nutztiere getötet als Menschen in allen Kriegen der Geschichte zusammen. Aber wie viele dieser Tiere haben Sie jemals im Freien beobachten können? Wo sind sie alle?

Fast 98% des Fleisches, der Eier und der Milchprodukte, die wir täglich konsumieren, kommen von Tieren aus Massentierhaltungsbetrieben – fensterlose Gebäude, die weit abgelegen und undurchdringlich abgeriegelt sind. Obwohl diese Tiere wie Objekte behandelt werden, sind sie in Wahrheit empfindungsfähige, intelligente Individuen, die an ihrem Leben hängen. Dieser Schmerz, den wir verspüren, wenn wir an diese Qualen denken, macht uns taub. Aber unser innerer Schmerz hat auch etwas Gutes. Unser Schmerz ist der Spiegel, in dem

sich unsere Menschlichkeit zeigt. Aber nicht nur die Tiere sind Opfer des Karnismus, wir sind es auch.

Wir bezahlen für unseren Karnismus mit unserer Gesundheit. Denn eine tierische Ernährungsweise kann zu schweren Erkrankungen führen, wogegen eine pflanzliche bzw. vegane Ernährungsweise gesundheitsförderlich

sein kann. Wir bezahlen für unseren Karnismus mit unserem Herzen und unserem Verstand, mit einem Verlust an Empathie und Wahrheit. Aber natürlich kann Unsichtbarkeit alleine diese Ideologie nicht aufrechterhalten. Überall sehen wir die Wahrheit. Es braucht also einen weiteren Abwehrmechanismus. Dieser heißt: Rechtfertigung. Wir lernen, den Verzehr von Tieren zu rechtfertigen, indem wir lernen, die Mythen über Fleisch, Eier und Milchprodukte für Tatsachen zu halten. Diese Mythen finden ihren Ausdruck vor allem in den drei Begriffen: normal, natürlich und notwendig. Und haben wir solche Worte nicht schon mal irgendwo gehört? Sklaverei ist normal, natürlich und notwendig, hat man damals gesagt. Männerherrschaft ist normal, natürlich und notwendig, hat man damals gesagt. Heterosexualität ist normal, natürlich und notwendig, hat man damals gesagt. Wie bei anderen vorherrschenden gewalttätigen Ideologien sind die Mythen des Karnismus institutionalisiert. Karnistische Vorurteile durchziehen die Grundpfeiler unseres ganzen Systems (Schule, Medizin, Forschung, Politik...). Wenn wir

in ein institutionalisiertes System wie Karnismus hineingeboren werden, dann verinnerlichen wir das ganz zwangsläufig. Wir lernen, die Welt durch eine karnistische Brille zu sehen. Karnismus verwendet eine Reihe von Abwehrmechanismen, die unsere Wahrnehmung für Nutztiere (= essbar) verzerren.

Beispielsweise lehrt uns der Karnismus, Nutztiere als Abstraktionen zu sehen, so als fehle ihnen jegliche Individualität oder Persönlichkeit. Ein Schwein ist ein Schwein und alle Schweine sind identisch. Karnismus macht uns blind für die Absurditäten dieses Systems.

### Tierische Ernährung ist nicht notwendig

Voltaire hat einmal gesagt: „Wenn wir Absurdes glauben, werden wir Abscheuliches tun.“ Karnismus ist nur eine von vielen Abscheulichkeiten, eine der vielen gewalttätigen Ideologien, die wir haben oder hatten. Und obwohl die Erfahrungen jeder Opfergruppe immer irgendwie einzigartig sind, sind die Ideologien

## *Die vegane Bewegung, die Gegenbewegung des Karnismus, ist heute weltweit eine der am schnellsten wachsenden Bewegungen für soziale Gerechtigkeit.*

doch sehr ähnlich. Die Denkweise, die derartige Gewalt ermöglicht, ist die gleiche. Es ist die Denkweise der Herrschaft und Unterwerfung, der Bevorzugung und Unterdrückung. Es ist die Denkweise, bei der wir jemanden als etwas betrachten, ein Leben auf eine Produktionseinheit reduzieren. Es ist die Macht-geht-vor-Recht-Denkweise, durch die wir uns gerechtfertigt fühlen, über Leben und Tod der Schwächeren nach Belieben zu entscheiden – nur weil wir es können. Und dabei füh-

len wir uns in unserem Handeln gerechtfertigt. Denn es handelt sich dabei nur um „Wilde“, „Frauen“ oder „Tiere“. Es ist die Mentalität des Stärkeren.

Verstehen wir also nicht den Mechanismus, durch den alle gewalttätigen Ideologien miteinander verbunden sind, werden wir immer wieder Gräueltaten erschaffen. Finden wir aber den richtigen Weg, können wir Grausamkeiten aller Art ein Ende setzen. Was ist also die Lösung? Wie können wir ehrlicher und selbstbestimmter leben und uns besser selbst verwirklichen? Wir halten die Lösung bereits in unserem Inneren. Es ist unser Bewusstsein. Entsprechendes Handeln ist der Rest. Ein Bewusstsein zu haben, war schon immer das beste Mittel gegen gewalttätige Ideologien. Fast jede Grausamkeit wurde dadurch ermöglicht, dass sich die breite Öffentlichkeit von einer schmerzhaften Realität abgewendet hat, der sie sich nicht zu stellen traute. Und nahezu jede Änderung, jeder soziale Denkwandel wurde durch diejeni-

### BUCHTIPP

Melanie Joy  
**Warum wir Hunde lieben, Schweine essen und Kühe anziehen**

compassion media,  
2013, 230 Seiten,  
16,00 Euro  
978-3-9814621-7-3



legen das. Am Ende bleibt unserer Gesellschaft als einziges Argument, das Fleischessen rechtfertigt, dass es halt schmeckt.

Es gibt auch eine Lösung gegen den Karnismus. Die vegane Bewegung, die Gegenbewegung des Karnismus, ist heute weltweit eine der am schnellsten wachsenden Bewegungen für soziale Gerechtigkeit. Ein kleinerer Schritt ist auch, weniger Fleisch, Eier und Milchprodukte zu essen, und schließlich ganz damit aufzuhören. Anfangen können wir mit einem veganen Gericht pro Tag oder einem veganen Tag in der Woche. Wir können das Bewusstsein für Karnismus verbreiten und die vegane Lebensweise als positive Alternative vorleben und verbreiten. Wir haben die Möglichkeit, die Welt zu verändern – wenn wir davon überzeugt sind. ■

Quelle: [www.youtube.com/watch?v=o0VrZPBskpg#camism](http://www.youtube.com/watch?v=o0VrZPBskpg#camism)

**Andreas Wagner**  
(25) ist seit Oktober 2014 Mitglied in der ÖDP. Der Energietechnik-Student aus Mahlberg lebt vegan und ist Vorsitzender des Kreisverbands Ortenau.



[andreas-wagner1@gmx.de](mailto:andreas-wagner1@gmx.de)

Ökonomisierung der Geburt

## Hebammenversorgung vor dem Aus

Wirtschaftliche Interessen gefährden die Sicherheit von Müttern und Kindern. Dies zeigen die Gesetzlichen Krankenkassen und die Bundes- und Landespolitik gerade anschaulich am Beispiel der Hebammen. Die ÖDP unterstützt die Hebammen und Eltern für eine sichere und gesunde Geburtskultur.

von Franziska Kliemt

Ab Juli 2016 gibt es keine Haftpflichtversicherungsanbieter mehr für freiberufliche Hebammen. Das betrifft nicht nur die Berufsgruppe Hebammen, sondern alle Familien mit Kindern. Denn Hebammen sind gesetzlich dazu verpflichtet, zur Berufsausübung eine Haftpflichtversicherung abzuschließen. Durch den Ausstieg der Versicherungsanbieter wird den Hebammen ihre Existenz genommen, den Eltern die freie Wahl der Geburtsbegleitung und des -ortes ihrer Kinder. Das macht häusliche Schwangerschafts- und Wochenbettbetreuung, Beleghebammegeburten und sämtliche außerklinische Geburten unmöglich.

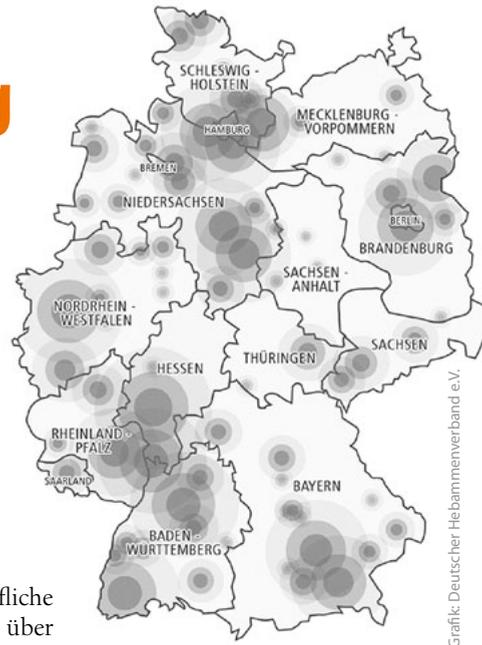
Die Politik konnte sich in Bundestag und Bundesrat auf keine Verbesserung der Situation einigen. Es fehlt somit weiterhin eine zukunftsfähige Lösung.

„Damit wird Geburtshilfe in Zukunft für viele Hebammen unbezahlbar. Die Prämien für die Haftpflichtversicherung haben sich in den letzten zehn Jahren bereits verzehnfacht – bei weiterhin niedriger Vergütung“, so der Deutsche Hebammenverband. Ab Juli die-

ses Jahres muss eine freiberufliche Hebamme mit Geburtshilfe über 6.000 Euro zahlen – bei einem Stundenlohn von 8,50 Euro. Immer mehr Hebammen und niedergelassene Gynäkologen geben deshalb ihren Beruf auf – der bereits bestehende Fachkräftemangel wird sich also noch weiter verschärfen. Die kassenfinanzierte häusliche Hebammenversorgung steht daher vor dem Aus!

### Sicherheit von Mutter und Kind in Gefahr

Fast 2.000 Eltern in Deutschland haben im vergangenen Jahr in Deutschland keine Hebamme gefunden („Landkarte der Unterversorgung“ vom DHV). Damit ist die Versorgung von Mutter und Kind in Gefahr. Besonders schlimm sieht es in Regionen mit hohen Lebenshaltungskosten, bspw. in München, aus. Laut der Frankfurter Neuen Presse sichern sich werdende Mütter dort unter der Hand mit 1.000 bis 2.000 Euro eine Wochenbettbetreuung durch eine Hebamme. In Bayern arbeiten freiberufliche Hebammen in über 50% der Kliniken. „Die Münchner Geburtskliniken



Graphik: Deutscher Hebammenverband e.V.

müssen Hunderte Schwangere vor der Geburt abweisen, sogar, wenn die Wehen schon eingesetzt haben“, schrieb die Süddeutsche Zeitung. Aber auch die Versicherungslage für Kliniken in Deutschland, insbesondere mit Geburtshilfe, steht auf wackeligem Grund.

### Wirtschaftsfaktor Geburt?

Monatlich schließen geburtshilfliche Stationen, weil sie sich finanziell nicht rechnen. Es bleibt der Eindruck, dass hier der wirtschaftliche Gewinn über dem Wohl der Frauen und Kinder steht. Auch hat sich die Kaiserschnitttrate in Deutschland in den letzten 20 Jahren verdoppelt. Ein Kaiserschnitt wird zehnfach höher vergütet als eine natürliche Geburt und an Aufklärung über Risiken und Spätfolgen darüber mangelt es.

Mit einer kontinuierlichen 1:1-Betreuung der werdenden Mütter während Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett weisen aktuellste Studien eindeutig weniger medizinische Interventionen, Kaiser-

schnitte, Frühgeburten und damit auch eine kostensenkende Tendenz nach. Ein Standard, der bereits in EU-Ländern wie Großbritannien und den Niederlanden erkannt und umgesetzt wurde. Deshalb brauchen wir eine Änderung der Vergütung in unserem Gesundheitssystem, wo geringere medizinische Interventionen prämiert werden. Denn: Geburten dürfen KEIN Wirtschaftsfaktor sein.

### Geburt als Privatleistung?

Erstmals planen nun auch die Krankenkassen ihren Ausstieg aus der umfassenden Versorgung der Frauen mit Hebammenhilfe. Die Qualität der Betreuung wird damit vom

Geldbeutel der werdenden Mütter abhängen. Die Gebührenverhandlungen des Deutschen Hebammenverbandes (DHV) mit den Gesetzlichen Krankenkassen (GKV) sind gescheitert und an eine Schiedsstelle übergeben worden. Laut Spitzenverband der Gesetzlichen Krankenkassen dürften sich Frauen künftig nur nach bestimmten Kriterien für eine außerklinische Geburt auf Kassenleistung entscheiden. Hierzu soll das Überschreiten des errechneten Termins um bereits einen Tag als Ausschlusskriterium gehören. Diesem fehlt jede wissenschaftliche Grundlage. Variiert die Tragedauer bei Menschen doch laut Studien um bis zu 37 Tage. Eine derartige Tendenz kann sich auf die gesamte Geburtskultur auswirken, sodass auch im klinischen Bereich Geburten früher eingeleitet werden und eine Interventionskette beginnt.

### ÖDP und die Hebammen

Deshalb fordert die ÖDP die Bundesregierung und den Spitzenverband der Gesetzlichen Krankenkassen eindringlich dazu auf, den Frauen die freie Wahl des Geburtsortes uneingeschränkt als Kassenleistung anzubieten. Denn das Ternovsky-Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte hat die EU-Mitgliedstaaten mit Artikel 8 der Europäischen Menschenrechtskonvention dazu verpflichtet, das Recht der Frauen auf die freie Wahl des Geburtsortes und der Geburtsbegleitung zu gewährleisten. Diese Vereinbarung braucht die Finanzierung durch die Gesetzlichen Krankenkassen. Außerdem verweigern die Krankenkassen die schon lange vereinbarte und unbedingt notwendige Gebührenerhöhung.

Auf ihrem letzten Bundesparteitag in Dietzenbach verabschiedete

die ÖDP ihre Kapitelergänzung im Bundespolitischen Programm zur „Natürlichen und selbstbestimmten Geburt“. Darin betont die ÖDP erneut ihre Forderung nach einer langfristigen solidarischen Lösung durch einen Haftungsfonds für die Hebammenversorgung der jährlich etwa 600.000 Geburten in Deutschland. Werdende Mütter sollten wieder als Gebärende und nicht als Patientinnen wahrgenommen werden.

### Was können wir tun?

Im Sinne eines basisdemokratischen Vorgehens fordert die ÖDP dazu auf, das Gespräch auf kommunaler Ebene zu suchen und politische Entscheidungsträger zu informieren bzw. aufzuklären. So sollen sich Bürgermeister und Landkreise auch vor Ort der Problematik stellen und in Dialog mit der Kreis- und Landesregierung treten. Denn Gesundheit ist Ländersache. Jeder kann die Möglichkeit wahrnehmen, die Bundestags- und Landtagsabgeordneten seines Wahlkreises zu treffen oder anzuschreiben.

Als Ansprechpartnerin in der ÖDP zu Fragen und Anregung können Sie sich gerne an Franziska Kliemt wenden. ■

**Franziska Kliemt,** Jahrgang 1984, studierte Landschaftsarchitektur und ist zweifache Mutter. Sie ist seit 2013 Mitglied der ÖDP und dort Mitglied im BAK Familie, Soziales und Gesundheit.

Gemeinsam mit Mechthild Hofner engagiert sie sich für das Thema Geburt und Schwangerschaft in der ÖDP. Darüber hinaus ist sie Landeskoordinatorin des Vereins Mother Hood in Hessen.



f.kliemt@mother-hood.de

### Empfohlene Links/Literatur

Website des Vereins Mother Hood  
[www.mother-hood.de](http://www.mother-hood.de)

Stellungnahme der Deutschen Gesellschaft für Hebammenwissenschaft (DGHW) zur aktuellen Kaiserschnitttrate in Deutschland  
<http://tinyurl.com/q3r4lb2>

Bundesratempfehlung zum GKV-Versorgungsstärkungsgesetz (GKV-VSG)  
<http://tinyurl.com/pnkmd21>

Landkarte der Unterversorgung  
<http://tinyurl.com/nurpgx5>

### Presseberichte

„Mit Wehen in der Warteschleife“ – Artikel der Süddeutschen Zeitung  
<http://tinyurl.com/noh3evu>

„Viele Mütter sind verzweifelt“ – Artikel der Frankfurter Neuen Presse  
<http://tinyurl.com/owxxx8u>

„Viele Kliniken finden keine Haftpflichtversicherung“ – Artikel der Badischen Zeitung  
<http://tinyurl.com/oukxohb>

## An alle Mitglieder

von Gabriela Schimmer-Göresz

### Liebe ÖDP-Mitglieder, liebe Freundinnen und Freunde einer Welt im Gleichgewicht,

die Vereinten Nationen (UN) haben das Jahr 2015 zum „Internationalen Jahr des Bodens“ ausgerufen. „Das Internationale Jahr des Bodens bietet eine große Chance, die Themen ‚Boden und Bodenschutz‘ mehr in das Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger zu tragen“, ist auf der Seite des Umweltbundesamtes zu lesen. Mir drängt sich der Gedanke auf, dass das Thema „Boden und Bodenschutz“ vor allem mehr ins Bewusstsein der Politik, d.h. der Bundes- und Landesregierungen wie auch der kommunalen Gebietskörperschaften, gelangen muss, wenn wir nicht sprichwörtlich „den Boden unter den Füßen verlieren“ wollen.

Im Jahr 2012 wurde bundesweit täglich eine Fläche von 74 Hektar neu ausgewiesen – meist zulasten der Landwirtschaft und fruchtbarer Böden. Das entspricht etwa der Größe von 113 Fußballfeldern. Jedes Jahr gehen Milliarden Tonnen fruchtbaren Bodens durch falsche Landwirtschaft und verfehlte Stadt- und Verkehrsplanung verloren. Es besteht die Absicht, bis zum Jahr 2020 die Neuinanspruchnahme von Flächen für Siedlungen und Verkehr auf 30 Hektar pro Tag zu verringern. Noch konkreter: der Ausbau von Autobahnen und Flughäfen, die Umgehung der kleinsten Gemeinde, die Ausweisung eines weiteren Bau- oder Gewerbegebiets und anderes mehr alle wohlklingenden Absichtserklärungen. Das muss sich ändern.

In der Kulturgeschichte der Menschheit wird der Erdboden, auch Mutterboden genannt, als Lebensgrundlage beschrieben. Boden, Wasser und Luft sind unsere unver-



Foto: ÖDP-Bundespressestelle

zichtbaren natürlichen Ressourcen. Der Boden muss die Zivilisation tragen und ernähren. Und damit er diese lebenswichtige Aufgabe noch lange erfüllen kann, muss Schluss sein mit der Übernutzung, Zerstörung und Verwüstung ... und wohlformulierten Absichtserklärungen. Beim „Boden und Bodenschutz“ ist daher „Boden gut zu machen“, d.h. es müssen endlich Taten folgen, um den gesteckten Zielen den „Boden zu bereiten“.

Ein altes sizilianisches Sprichwort sagt: „Wer einen harten Boden beackert, braucht gute Wünsche und Glück.“ Ich meine, es braucht verantwortungsvolle politische Entscheidungen und eine Abkehr vom immer höher, immer schneller, immer mehr.

Ihre

Gabriela Schimmer-Göresz  
Bundesvorsitzende

### 3. ÖDP-Sommercamp

Vom 3. bis 6. September 2015 findet auch in diesem Jahr wieder ein Sommercamp in Schönwald im Schwarzwald statt.

Weitere Informationen erhalten Sie unter [inof@oedp.de](mailto:inof@oedp.de) oder unter Telefon (09 31) 40 48 60.

## Neues aus dem Bundesverband

von Dr. Claudius Moseler

### Unterstützung kleiner Landesverbände

Ein wichtiger Schwerpunkt des Bundesvorstands ist die Reaktivierung von Landesverbänden, die seit einiger Zeit über keinen Landesvorstand verfügen. Am 23. Mai 2015 wurde in Dresden mit Vertreterinnen und Vertretern des Bundesvorstands ein neuer Landesvorstand für die ÖDP Sachsen gewählt. Neuer Vorsitzender wurde Dirk Zimmermann aus Bannewitz-Golberode. Herzlichen Glückwunsch auch von meiner Seite. Der Bundesvorstand hat für die Landesverbände Saarland und Brandenburg ähnliche Versammlungen noch im Juli 2015 terminiert und eingeladen. Ergebnisse lagen bei Redaktionsschluss noch nicht vor. Neben den Landesvorstandswahlen soll auch sichergestellt werden, dass Delegierte für Bundesparteitag und Bundeshauptausschuss gewählt werden.

### Landtagswahlen 2016

Die für die ÖDP wichtigen Landtagswahlen am 13. März 2016 werfen

### Was läuft vor Ort?

Haben Sie einen guten Aktionsvorschlag von Ihrer politischen Arbeit vor Ort? Melden Sie sich bei uns und wir stellen Ihre Arbeit gerne in der Ökologie-Politik vor und geben damit allen unseren Aktiven die Möglichkeit zur Nachahmung.

Bitte schreiben Sie dazu an [presse@oedp.de](mailto:presse@oedp.de).

ihre Schatten voraus! Drei Landesverbände werden in die Wahlkampagne ziehen. Der Landesverband Baden-Württemberg arbeitet zielstrebig daran, dass die ÖDP in allen 70 Wahlkreisen wählbar ist. In diesem Bundesland ist man nur dann in einem Wahlkreis wählbar, wenn

### Es geht um die Weiterentwicklung eines aktuellen politischen Markenkerns der ÖDP.

dort eine Kandidatin bzw. ein Kandidat der ÖDP aufgestellt wurde. In einem großen Teil der Wahlkreise sind bereits ÖDP-Kandidaten und -Kandidatinnen aufgestellt. Eine Landesliste oder „Zweitstimme“ gibt es nicht, das Landesergebnis ergibt sich aus den Stimmen aller Direktkandidaten.

Am 18. Juli 2015 stellt der Landesverband Rheinland-Pfalz seine Landesliste in Mainz-Lerchenberg auf, geplant ist nach der Klausurtagung des Landesvorstands auch die Nominierung einer ganzen Reihe von Direktkandidaten. In Sachsen-Anhalt wurde bereits am 9. Mai 2015 die Landesliste für die Landtagswahl aufgestellt und Beate Selder-Radke aus Magdeburg als Spitzenkandidatin gewählt. In Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt haben die Wählerinnen und Wähler zwei Stimmen wie bei der Bundestagswahl. Die Zweitstimme entscheidet über die Stärke der Parteien im Land. Informationen zu den jeweiligen Wahlen finden Sie auf den Webseiten der jeweiligen ÖDP-Landesverbände.

### Markenkern der ÖDP

Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Textes steht ein weiteres Treffen der Landesverbände am 20. Juni 2015 auf dem Terminkalender. Hier geht es um die Weiterentwicklung eines aktuellen politischen Markenkerns der ÖDP. Die Landesverbän-

de wurden dazu gebeten, ihre entsprechenden Stellungnahmen abzugeben, damit diese in den weiteren Diskussionsprozess einfließen können. Dazu werden sich in den nächsten Wochen und Monaten weitere Gremien mit den entsprechenden Fragestellungen auseinandersetzen. Hierbei sollen und müssen alle Landesverbände eingebunden werden. Der Bundesvorstand möchte in dieser einen breiten Konsens sicherstellen und alle Landesverbände in die Entscheidungen mit einbinden. ■

**Dr. Claudius Moseler**  
Generalsekretär,  
ÖDP Bundespolitisches und  
Kommunalpolitisches Büro

Neckarstr. 27 – 29, 55118 Mainz  
Tel. (0 61 31) 67 98 20  
Fax (0 61 31) 67 98 15  
Mobil (0 61 31) 87 10 542



[politik@oedp.de](mailto:politik@oedp.de)

## Neues aus dem Europaparlament

von Prof. Klaus Buchner

### Liebe Leserinnen! Liebe Leser!

Die Flüchtlingskatastrophen im Mittelmeer, der Atomwaffensperrvertrag oder der Umgang mit Konfliktmineralien – viele ganz unterschiedliche Themen haben mich in den vergangenen Wochen beschäftigt. Ihnen allen gemeinsam ist die Verantwortung, die wir als Europäerinnen und Europäer für andere haben.

Wöchentlich kommen viele Tausend Flüchtlinge aus den Krisengebieten dieser Welt auf abenteuerlichen Wegen zu uns nach Europa, weil sie auf eine bessere Zukunft hoffen. Die Männer, Frauen und Kinder nutzen ihre einzige Chance, indem sie Schlepperbanden bezahlen, die sie unter menschenunwürdigen Bedingungen nach Europa schleusen. Um die Situation zu verbessern, schlage ich z. B. vor, dass die Menschen bereits in ihrer Region Möglichkeiten bekommen, Asyl in der EU oder einem speziellen Land zu beantragen. Der humanitäre Gedanke muss an erster Stelle stehen – das sollten wir uns immer wieder vor Augen halten. Vor Kurzem sprach dazu auch UNO-Generalsekretär Ban Ki-Moon im Plenum des Europäischen Parlaments und appellierte an alle, mitzuhelfen, „dass keiner zurückbleibt“.

Mitte Mai war ich für ein paar Tage in New York, um an einer Konferenz zur Überprüfung des Atomwaffensperrvertrags teilzunehmen. Leider konnte kein positives Ergebnis erzielt werden. D. h., es gibt keine neuen verbindlichen Regeln über Abrüstung und Nichtverbreitung von Atomwaffen. Auch Staaten, die selbst keine Atomwaffen besitzen, haben sich geweigert, ein Dokument zu unterzeichnen, das eine atomwaffenfreie Zone im Nahen Osten festgelegt hätte. Die Konferenz hat mich sehr ernüchert, denn als gelernter Atomphysiker weiß ich natürlich, welche Gefahr von Atomwaffen ausgeht.

Während meiner Zeit in New York hat das Europäische Parlament in Straßburg einen Antrag für strengere Regeln beim Handel mit Konfliktmineralien verabschie-



Prof. Buchner vor dem Plenum der Konferenz zur Überprüfung des Atomwaffensperrvertrags

det. Viele wertvolle Mineralien, die z. B. in Mobilfunktelefone eingebaut werden, sind unter menschenunwürdigen Bedingungen und oft illegal gewonnen worden. Sie sind außerdem der Grund für viele Konflikte zwischen verschiedenen Staaten. Jetzt – unter den neuen Bedingungen – gelten verbindliche Regeln für die gesamte Lieferkette. So hat die EU ein starkes Signal gesetzt und trägt nun dazu bei, dass die Verbraucher beim Kauf von Elektrogeräten nicht mehr zu militärischen Konflikten beitragen und die Menschenrechte besser geachtet werden.

Wenn Sie sich umfassend über meine politische Arbeit informieren wollen, können Sie gerne das Europamagazin bei meiner Mitarbeiterin Florence von Bodisco, bodisco@klausbuchner.eu, kostenlos bestellen. Im aktuellen Magazin lesen Sie unter anderem, warum ich mich so vehement gegen TTIP engagiere. Ich freue mich auf Ihre Rückmeldung.

Es grüßt Sie herzlich

*K. Buchner*

Ihr  
Klaus Buchner

Europäische Einheit

## „Europas große Leistung ist Frieden!“

Für viele Menschen in unserem Land ist Frieden ein Normalzustand, weil sie persönlich nie mit Krieg konfrontiert wurden. Dennoch ist Frieden über so lange Zeit die Ausnahme.

Mit dem Europatag am 9. Mai wird jährlich dem Frieden und der Einheit in Europa gedacht. An diesem Tag vor 65 Jahren legte der französische Außenminister Robert Schuman den Grundstein für die Europäische Union. Deutschlandweit gab es schon einen Tag zuvor große Veranstaltungen. Auf dem Podium am Münchner Marienplatz und im Gespräch mit den Bürgern nahm unser Europaabgeordneter Prof. Klaus Buchner Stellung zu Europas Erfolgen und den neuen Herausforderungen.

Interview mit Prof. Klaus Buchner

ÖkologiePolitik: Herr Prof. Buchner, ist der Wert des Friedens 70 Jahre nach Kriegsende für Sie gesellschaftlich erkennbar? Ist den Bürgern die Kostbarkeit des Friedens bewusst?

Prof. Klaus Buchner: Die Furcht vor einem Krieg ist eigentlich nicht mehr da. Gerade die jüngere Generation hat nie einen Krieg erlebt und weiß nicht um die wirklichen Gefahren. Wir haben auch keine objektive Berichterstattung, welche zeigt, wie schlimm die Situation in der Ostukraine wirklich ist.

Wie gefährdet ist unser Frieden im Hinblick auf die Situation in der Ostukraine?

Ich halte die Situation für sehr gefährlich, beide Seiten sind aufgerüstet. Es braucht nur noch einen Funken und dann geht es los. Unsere Medien stellen den Konflikt Russland/Ukraine oft sehr einseitig dar. Eigentlich müsste es heißen „Konflikt Ukraine/Russland/USA.“ Dabei darf man die Rolle der EU

Vorgehen nicht äußerst riskant im Hinblick auf eine Provokation Russlands?

Es ist eine ungeheure Provokation. Es geht wirklich an den Nerv der politischen und wirtschaftlichen Interessen Russlands, was die EU und USA gemeinsam machen. Hier gestalten wir zusammen mit den USA eine Politik, die ausgesprochen gefährlich ist. Ich habe kürzlich in New York an den Verhandlungen zum Atomwaffensperrvertrag teilgenommen und die USA weigern sich abzurüsten. Sie sagen, in der jetzigen Situation bräuchten sie Atomwaffen, und das behaupten sie mit einer Überheblichkeit, die mich sehr bedenklich gestimmt hat. Leider sind die Verhandlungen gescheitert und damit auch die Chance auf eine atomwaffenfreie Zone im Nahen Osten.

Der Nahe Osten gehört mit vielen afrikanischen Ländern zu den großen Brennpunkten. Wir haben aktuell einen Strom von Flüchtlingen nach Europa. Wie sollen wir damit umgehen?

Wir müssen vor allem die Fluchtursachen bekämpfen. Diese Länder werden auch durch die eu-

nicht außer Acht lassen. Um den Konflikt zu entschärfen, müsste weit mehr Gewicht auf ernsthafte Friedensgespräche und vertrauensbildende Maßnahmen gelegt werden.

Die EU und die Nato werben um osteuropäische Staaten. Ist dieses



Europaabgeordneter Prof. Buchner im persönlichen Gespräch

ropäische Politik ausgeblutet. Wir überschwemmen sie mit unseren schlechten Billigwaren. Damit machen wir die dort heimische Industrie und auch die Landwirtschaft kaputt und dann wundern wir uns, wenn Flüchtlinge zu uns kommen. Ich glaube, es ist einfach eine Frage

mitmachen wollen. Menschen, die ein großer Gewinn für Deutschland wären.

*Es wird auch jetzt in der Flüchtlingskrise wieder nur reagiert, nicht agiert. Wie groß darf oder muss die Einmischung in andere Länder sein, um Situationen zu entschärfen?*



Prof. Buchner auf dem Podium mit Moderatorin Birgit Kappel und Münchner Schülern

der Gerechtigkeit, dass wir auf die Dinge, die wir selbst verursachen, wenigstens etwas menschlicher reagieren und die Flüchtlinge aufnehmen.

*Brüssel will Zehntausende Flüchtlinge umsiedeln, um Italien und Griechenland zu entlasten. Die Zustimmung dafür ist jedoch kaum vorhanden. Wie viel Verantwortung müssen die Länder übernehmen?*

Manche Länder sind völlig egoistisch, sie wollen überhaupt keine Flüchtlinge aufnehmen. Ich verstehe auch die Position in Deutschland nicht, denn wir brauchen Arbeitskräfte. Unsere Alterspyramide zeigt, dass unsere Renten nicht gesichert sind. Warum nehmen wir nicht Menschen in Not auf? Menschen, die bereit sind, sich bei uns zu integrieren, welche unsere Kultur annehmen möchten und bei uns

Einmischung sollte nicht militärisch sein. Die ÖDP ist eine kompromisslose Friedenspartei. Kampf erzeugt Kampf. Damit wird man

### *Ein Krieg zwischen den Nationen in Europa ist heute nicht mehr denkbar.*

im Allgemeinen die Situation verschlimmern. Wir müssen die Länder in die wirtschaftliche Selbstständigkeit bringen. Ihren Markt mit den Produkten unserer Industrie zu fluten, erstickt die dringend notwendige Selbstständigkeit, welche Arbeitsplätze und Auskommen schafft. Wenn diese Grundlage aus wirtschaftlichen Interessen genommen wird, kann es keine Entschärfung geben. Die Konflikte sind vorprogrammiert.

*Wie ist Ihre Prognose für die Europäische Union? Werden wir gemeinsam stärker werden und die Visionen von Robert Schuman wahr werden lassen oder werden nationale Interessen wie aktuell in Großbritannien neue Nachahmer finden und Rückschritte einleiten?*

Es gibt sicher immer wieder einzelne Staaten, welche aus unterschiedlichen nationalen Interessen versuchen, eigene Vorstellungen durchzusetzen. Der Mehrzahl der europäischen Staaten ist jedoch klar, dass einzelne nationale Außenpolitik keine Zukunft mehr hat. Dazu sind die Mitgliedstaaten der EU zu klein. Ein Krieg zwischen den Nationen in Europa ist heute nicht mehr denkbar, Europas große Leistung ist Frieden. Doch vieles von den Visionen Schumans ist eben noch nicht verwirklicht worden, wie zum Beispiel das gemeinsame Handeln im Sinne einer solidarischen Außenpolitik mit anderen Ländern. Der Blick darf sich nicht nur auf die Probleme im eigenen Land richten. Doch das gemeinsame Handeln müsste demokratischer ablaufen, das EU-Parlament hat keine Rechte

bei der Außenpolitik. Das liegt einzig und allein in der Hand der Kommission und auch des Rats und das ist demokratisch so nicht verantwortbar.

*Herr Prof. Buchner, vielen Dank für das Gespräch.* ■

*Das Interview führte Angelika Demmerschmidt, Referentin für Kommunikation/Medien im Team von Prof. Klaus Buchner, MdEP.*

## Baden-Württemberg

### Landtagswahl 2016 steht im Fokus

In den letzten Wochen sind wir auf dem Weg zum flächendeckenden Wahlantritt deutlich vorangeschritten: In etwa 50 (von 70) Wahlkreisen sind die Bewerber(innen) und Ersatzbewerber(innen) zur Landtagswahl aufgestellt. In einigen Wahlkreisen haben wir aber weiterhin Schwierigkeiten, die erforderlichen drei stimmberechtigten Mitglieder zusammenzubekommen. Entweder wohnen dort keine drei Mitglieder oder sie sind beruflich viel auf Reisen oder krank. Daher möchten wir Sie an dieser Stelle erneut dringend bitten, uns mitzuteilen, ob Sie in folgenden Wahlkreisen (Wahlkreisname und -nummer) Personen kennen, die der ÖDP nahestehen und bereit sind, (Schnupper-)Mitglied zu werden, um so die Aufstellung der Bewerber(innen) zu ermöglichen:

Böblingen 5; Aalen 26; Bruchsal 29; Bretten 30; Ettlingen 31; Rastatt 32; Wiesloch 37; Schwetzingen 40; Pforzheim 42; Balingen 63.

Welche Gemeinden zu diesen Wahlkreisen gehören, können Sie unter [www.oedp-bw.de](http://www.oedp-bw.de) in der linken Menüspalte der Rubrik „Landtagswahl 2016“ nachschauen.

In den Wahlkreisen, in denen Bewerber(innen) und Ersatzbewerber(innen) aufgestellt sind, müssen nun die erforderlichen 150 Unterstützungsunterschriften je Wahlkreis gesammelt werden. Lassen wir uns von den beiden Wahlkreisen Stuttgart I und II anspornen, die als erste sämtliche Unterschriften gesammelt und bestätigt vorliegen haben – herzlichen Glückwunsch! Damit nun zügig die anderen Wahlkreise nachziehen, möchten wir Sie sehr um Ihre Mithilfe bitten, denn nur wenn sich alle einbringen, können wir die recht hohe Hürde nehmen. Zusätzlich zu Ihrer eigenen Unterstützungsunterschrift gibt es verschiedene Möglichkeiten der Sammlung: im Verwandten- und Freundeskreis, mit dem Klemmbrett auf der Straße oder bei einem Infostand. Senden Sie die gesammelten Unterstützungsunterschriften bitte – optimalerweise bei der jeweiligen Gemeindebehörde bestätigt, ansonsten unbestätigt – an die Landesgeschäftsstelle oder an die für Ihren Wahlkreis zuständige Kontaktperson.

Neben den zahlreichen Wahlkreisversammlungen für die Aufstellung der Bewerber(innen) und Ersatzbewerber(innen) zur Landtagswahl und den ersten Unterschriftensammlungen gab es auch eine ganze Reihe Aktionen. Im Mittelpunkt standen dabei die geplanten Freihandelsabkommen TTIP, CETA und

TiSA. So wird die erfolgreiche Vortragsreihe mit unserem Europaabgeordneten Prof. Klaus Buchner zum Thema „Die Risiken der Freihandelsabkommen und ihre gravierenden Auswirkungen auf die Kommunen“ in verschiedenen badischen Orten fortgesetzt. Die Orte und Termine können Sie der Rubrik „Termine“ auf [www.oedp-bw.de](http://www.oedp-bw.de) entnehmen. Außerdem nahm die ÖDP am TTIP-Aktionstag am 18. April an der Kundgebung „TTIP stoppen – Öffentliche Güter sind unverhandelbar“ in Stuttgart teil, bei der an sieben Stationen gezeigt wurde, wie die Freihandelsabkommen die öffentlichen Güter öffentliche Infrastruktur, öffentliche Gesundheitsvorsorge, demokratische Gesetzgebung, unabhängige Rechtsprechung, öffentliche Bildung, starke Gewerkschaften und kulturelle Vielfalt gefährden. Symbolisch wurden diese öffentlichen Güter bei der Abschlusskundgebung auf dem Wilhelmsplatz vor der SPD-Zentrale auf einem Silbertablett präsentiert. Damit sollte die bisher noch uneinige SPD aufgefordert werden, sich einhellig gegen TTIP – und auch CETA und TiSA – auszusprechen und so zur Mehrheitsbeschafferin der Gegner dieser Freihandelsabkommen zu werden.

Des Weiteren hat die ÖDP in Esslingen das Bündnis „Esslingen aufs Rad“ mitbegründet. Der Grund für die Gründung des Bündnisses: Das zweite Mal in Folge hat Esslingen beim ADFC-Fahrradklimatest sehr schlecht abgeschnitten. Jüngst belegte die Stadt sogar den letzten Platz der vergleichbar großen Städte in Baden-Württemberg. Da es beim Ausbau des Esslinger Fahrradnetzes seit Jahren nicht vorangeht, regte sich der Unmut der Fahrradfahrer(innen). Das Bündnis will nun mit verschiedenen Aktivitäten, darunter Fahrrad-Demos, die Aufmerksamkeit auf die Missstände richten und Verbesserungen bewirken.

Zum Schluss noch der Hinweis, dass der Landesparteitag im Herbst zweitägig sein und am 17. und 18. Oktober im Raum Baden-Baden stattfinden wird.



„Esslingen aufs Rad“ aktiv vor Ort

Nachdem die bildungspolitische Diskussion einige Zeit in Anspruch genommen hat und im Programmwurf verschiedene Kritikpunkte und Anregungen berücksichtigt wurden, wird insbesondere auch die Bildungspolitik im Mittelpunkt stehen. Anträge zu diesem Landesparteitag müssen bis zum 25. Juli (Poststempel) in der Landesgeschäftsstelle eingegangen sein, Änderungsanträge bis zum 5. September (Poststempel). Am Landesparteitag in Bühl wird das gesamte Landtagswahlprogramm verabschiedet, das von der Landesprogrammkommission vorbereitet wird, zu dem aber auch alle Kreisverbände noch mit Anträgen bis zum 25. Juli beitragen können.

*Kontakt: Landesgeschäftsführer Uli Stein  
Tel. (0711) 6364644, info@oedp-bw.de  
Regionalbeauftragter Matthias Dietrich  
Tel. (07121) 880104, matthias.dietrich@oedp-bw.de*

## Bayern

### „Gilt Seehofers Wort auch nach der Wahl?“

„Zu 100% sind wir noch nicht davon überzeugt, dass der Staustufen-Beton-Flügel der CSU um Erwin Huber und Andreas Scheuer aufgegeben hat“, meint der Vorsitzende der niederbayerischen ÖDP, Urban Mangold. Beim Donaufest von Bund Naturschutz, LBV und anderen örtlichen Vereinen stellte die ÖDP deshalb auf einem Transparent demonstrativ die Frage: Gilt Seehofers Wort auch nach der nächsten Wahl? ÖDP-Bezirksrat Urban Mangold (Foto: Mitte) erinnerte zusammen mit dem ehemaligen ÖDP-Landesvorsitzenden Bernhard Suttner (links) und dem Stellvertretenden ÖDP-Bezirksvorsitzenden und Landesvorstandsmitglied Oswald Zöllner (rechts) daran, dass Ministerpräsident Horst Seehofer eine klare Absage an Staustufen und Stichkanal nur für seine Amtszeit erteilt hat. Die ÖDP-Politiker wollen deshalb wachsam verfolgen, ob



Foto: ÖDP Bayern

### ÖDP-Demo gegen TTIP vor Schloss Fürstenstein

## Mangold überreicht Positionspapier an Martin Schulz

Rund 100 Gegner des Freihandelsabkommens TTIP haben auf Initiative des niederbayerischen ÖDP-Vorsitzenden Urban Mangold im Mai auf dem Vorplatz von Schloss Fürstenstein demonstriert. Anlass war der Besuch des EU-Parlamentspräsidenten Martin Schulz (SPD), der vom Europa-Unions-Vorsitzenden Konrad Kobler (CSU) zum Empfang im Schloss geladen war. Mangold übergab dem Präsidenten bei dessen Ankunft eine Petition der ÖDP. In ihren Reden forderten die stellvertretende ÖDP-Bundesvorsitzende Agnes Becker und ÖDP-Bezirksrat Urban Mangold, die Verhandlungen über das Freihandelsabkommen zu stoppen. TTIP sei „eine Gefahr für Demokratie und Rechtsstaat“.

„TTIP liefert auf zwei gewaltige Probleme unserer Zeit keine Antworten: Der Ressourcen hunger der Industrienationen und das menschenunwürdige Elend in vielen Ländern werden durch TTIP nicht geändert, sondern sogar noch verstärkt. Wenn sich die weltweit größten ökonomischen Systeme, die EU und die USA, weiterhin auf maßlosen Ressourcenverbrauch ein schwören, wird der Abstand zu den armen Ländern und deren Ausgrenzung sogar noch erhöht. Deshalb müssen wir einen Ausweg aus der Leitkultur der Verschwendung finden“, forderte Agnes Becker.

Urban Mangold kritisierte, „dass Verbraucherschutz-, Umweltschutz- und Arbeitsschutzvorschriften und auch der Mindestlohn durch TTIP von US-Konzernen als Handelshemmnisse betrachtet werden könnten. Wenn diese Konzerne bei Investitionen in Deutschland dadurch ihren Gewinn reduziert sehen, können sie vor privaten Schiedsgerichten den deutschen Staat verklagen“. Der Druck vieler TTIP-Gegner habe bereits dazu geführt, dass Vizekanzler Gabriel eine Kompromisslösung suche. „Aber wir lassen uns mit solchen undurchschaubaren Tricks nicht den Wind aus den Segeln nehmen“, kündigte Mangold an: „Wenn TTIP beschlossen wird, dann ist das eine

gigantische Selbstentmachtung der Politik. Das hebt unseren Rechtsstaat und unsere Demokratie aus den Angeln. Dieser Entwicklung werden wir uns mit aller Kraft entgegenstellen!“

Der ÖDP-Politiker sagte bei der Demo, dass „der Ur-Vater unserer bayerischen Verfassung, der Sozialdemokrat Wilhelm Hoegner, sicherlich entsetzt wäre, wenn er sähe, dass ein sozialdemokratischer Vizekanzler und ein sozialdemokratischer EU-Parlamentspräsident in einem Koalitions pakt mit der CSU am Vorrang der Politik vor dem Ökonomischen rütteln und den Lobbyisten Tür und Tor öffnen. Ich glaube, Wilhelm Hoegner wäre fassungslos“. Auch die deutschen Bischöfe hätten bereits verfassungsrechtliche Bedenken geäußert. „Als Bekenntnis zu Verfassung und Staat“ wurde die ÖDP-Kundgebung mit dem Singen der Bayernhymne beendet.

*Die Reden von Agnes Becker und Urban Mangold sind zu finden unter [www.oedp-bayern.de](http://www.oedp-bayern.de) (Pressemitteilung vom 05.05.2015)*



Foto: Bauernfeind

Die stellvertretende Bundesvorsitzende Agnes Becker spricht bei der Anti-TTIP-Demo.



Foto: Bauernfeind

ÖDP-Bezirksvorsitzender Urban Mangold übergibt EU-Parlamentspräsident Martin Schulz ein Positionspapier der ÖDP.

sich Umweltministerin Ulrike Scharf gegen den Scheuer-Huber-Flügel auf Dauer durchsetzt.

„Das diesjährige Donaufest stimmt mich jedenfalls hoffnungsvoll. Ich habe den Eindruck, dass immer mehr CSU-Politiker erkannt haben, dass man die Donau nicht gegen den Willen der Bürger verbauen kann. Sie ist ein Juwel der Natur und für viele Menschen Heimat“, so Mangold.

## ÖDP gründet in verschiedenen Städten einen „Gerd-Müller-Fanclub“

Die ÖDP Bayern will in verschiedenen Städten des Freistaates zur Gründung eines „Gerd-Müller-Fanclubs“ einladen. Die Partei findet nämlich die Reden des Bundesentwicklungsministers „ziemlich gut“. Allerdings suche der Minister nicht so oft die Gelegenheit zum Schuss auf das Tor wie sein Namensvetter, der „Bomber der Nation“, aus der Fußballwelt. Anfang Mai war der Startschuss zur Fanclub-Gründung in Wunsiedel, wo der Landesbeauftragte für Grundsatzfragen und frühe-



Landesvorsitzender Klaus Mrasek beim Gerd-Müller-Torwandschießen in Wunsiedel: Ein Tor konnte man nur schießen, wenn man in die Torlöcher trifft, die mit „Fairhandels-Verträge“ und „Mindestlöhne“ gekennzeichnet waren.



Diese Gerd-Müller-Fanpostkarte wurde bei der Aktion verteilt.

re Landesvorsitzende der ÖDP, Bernhard Suttner, eine kürzlich veröffentlichte Rede des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit vortrug und kritisch kommentierte. Vor Veranstaltungsbeginn wurde bei einem Torwandschießen die „Gerd-Müller-Fan-Postkarte“ vorgestellt.

„Minister Dr. Gerd Müller ist leider vielen Menschen nicht bekannt; seine jüngst vor der Katholischen Akademie in München gehaltene Rede beweist, dass er die richtigen Ansätze hat, aber vor den nötigen Konsequenzen zurückschreckt“, meint Suttner und zieht eine Parallele zu Müllers Namensvetter, dem Fußballer Gerd Müller: „Nationalstürmer Gerd Müller hat immer die Gelegenheit zum Schuss aufs Tor gesucht und meistens auch gefunden; Minister Dr. Gerd Müller läuft viel, wird aber von der Kanzlerin und anderen Kabinettsmitgliedern am Torschuss gehindert.“

Die ÖDP versteht ihre Fanclub-Aktion auch als kritische Begleitaktion zum G7-Gipfel im oberbayerischen Elmau und zu den laufenden Verhandlungen über die Freihandelsabkommen TTIP und TiSA. Hier würden nach Ansicht vieler Experten die Weichen falsch gestellt, weil sich die Repräsentanten der reichsten Industrienationen nicht dazu bereit erklären, faire Bedingungen im Welthandel zu vereinbaren. „Die schönen Reden eines Entwicklungsministers nützen nichts, wenn die Regierungschefs sich anschicken, das glatte Gegenteil von gerechtem Ausgleich zu organisieren“, meint Suttner.

## Landesparteitag bestätigt ÖDP-Chef Klaus Mrasek

Die bayerische ÖDP hat am Samstag, den 27. Juni 2015 ihren Landesvorsitzenden Klaus Mrasek in seinem Amt bestätigt. Der 51-jährige Polizeihauptkommissar und Amberger Stadtrat erhielt 172 von 188 abgegebenen Stimmen. Im Amt bestätigt wurde auch die Stellvertretende Landesvorsitzende und Passauer Kreisrätin Agnes Becker, der Stellvertretende Landesvorsitzende und Erdinger Stadtrat Stephan Treffler sowie Landesschatzmeister

Gerhard Mai aus Moosburg im Landkreis Freising. Zu Beisitzern wählte der Parteitag Oswald Zöllner (Landkreis Deggendorf), Manuela Forster (Nürnberg), Christoph Zollbrecht (München), Lucia Fischer (Unterallgäu) und Dr. Manfred Link (Landkreis Augsburg).

In einer Resolution an die Fraktionen des Bundestags und des Landtags forderte der Parteitag, die Gesetze zur Haltung von Geflügel und anderen Nutztieren zu verschärfen. Nur so könne künftig die tierschutzrechtliche und verbraucherrechtliche Kontrolle der industriellen Erzeugung von Eiern, Fleisch und Milch wirksam durchgeführt werden. „Die zulässigen Bestandsgrößen bei der Tierhaltung müssen gesetzlich reduziert werden. Die industrielle Massentierhaltung als Kennzeichen einer verfehlten Wachstumspolitik muss beendet werden“, beschlossen die rund 250 Delegierten. Außerdem fordert der Parteitag in der Resolution die Staatsregierung auf, mit allen rechtlichen Mitteln zu verhindern, dass Nahrungsmittel aus industrieller Massentierhaltung mit dem Begriff „Bayern“ beworben werden. „Warum greift Heimatminister Söder nicht gegen die Bezeichnung ‚Bayern-Ei‘ ein?“, fragte ÖDP-Landeschef Klaus Mrasek.

Der bis Ende 2013 amtierende Chef des Bayerischen Landesamtes für Denkmalpflege, Generalkonservator a.D. Prof. Dr. Egon J. Greipl, hielt als Gastredner des ÖDP-Parteitags eine Rede zum Thema „Umweltschutz und Denkmalschutz – zwei Seiten einer Medaille“. „Denkmäler und Ortsbilder sind menschliche Schöpfungen, die Natur ist die Schöpfung im eigentlichen Verständnis. Das zu bewahren, darauf kommt es mir an. Bei den etablierten Parteien hat das keine Priorität, sonst würde es nicht den hohen Verlust an Denkmälern, die gravierende Flächenversiegelung und die Irrwege der Agrarindustrie geben“, begründete Greipl seine Mitarbeit bei der ÖDP. Die Tagespolitik liefere genügend Beispiele, „warum für einen konservativen Bayern die CSU eigentlich nicht mehr infrage kommt“.

Der Parteitag beschloss zudem den Start einer landesweiten Petitionsaktion „Bayern steigt aus – der Ausstieg aus dem Flächenverbrauch“. Ein solcher Ausstieg bis zum Jahr 2026 sei „unabdingbar, um unsere Böden als Lebensgrundlage zu erhalten“. Um dieses Ziel zu



Der neue Landesvorstand der bayerischen ÖDP mit (v. l. n. r.) den Beisitzern Oswald Zöllner und Christoph Zollbrecht, Stellvertretende Landesvorsitzende Agnes Becker, Landesvorsitzender Klaus Mrasek, Beisitzerin Lucia Fischer, Stellvertretender Landesvorsitzender Stephan Treffler, Beisitzerin Manuela Forster, Landesschatzmeister Gerhard Mai und Beisitzer Dr. Manfred Link

erreichen, will die ÖDP eine schrittweise Reduzierung des Landverbrauchs und einen Handel mit Flächenzertifikaten einführen. Hochwertige, fruchtbare Böden sollen bereits ab 2020 nicht mehr angetastet werden dürfen.

Die Reden sind unter [www.oedp-bayern.de](http://www.oedp-bayern.de) abrufbar oder können auch von der ÖDP-Landesgeschäftsstelle Bayern, Postfach 2165, 94011 Passau, Tel. (08 51) 93 11 31, Fax 0851/931192 angefordert werden.

Kontaktadresse:

ÖDP-BayernHeuwinkel 6, 94032 Passau  
Tel.: (08 51) 93 11-31, Fax: (08 51) 93 11-92  
E-Mail: [bayern@oedp.de](mailto:bayern@oedp.de)

## Berlin

### ÖDP Berlin auf dem 20. Umweltfestival

Am Sonntag, dem 14. Juni, präsentierte sich der ÖDP-Landesverband Berlin mit einem Stand am Umweltfestival der Grünen Liga. Dieses Sommerfest zwischen Brandenburger Tor und Siegessäule hat sich zu einem Magneten für Berliner, Ausflügler aus dem Umland und Touristen entwickelt, die an ökologischer Lebensweise interessiert sind. Es fand dieses Jahr zum 20. Mal statt und stand im Zeichen des TTIP-Protests. Weit über 200 Anbieter präsentierten ökologische Waren und Dienstleistungen, Organisationen und Bildungsangebote. Es gab Bühnen, Spielangebote für Kinder und eine Fahrrad-Sternfahrt. Mit einem neuen Auftritt, bei dem wir frischen Kaffee und Tee und ausgesuchte Gebrauchtbücher anboten, wurden wir besser als in

früheren Jahren in dieser Vielfalt wahrgenommen. An Konzeption und Durchführung waren zehn unserer Mitglieder, vor allem Dr. Larissa Dloczik, beteiligt. Weitere Ideen für einen größeren Auftritt haben wir parat.

*Kontakt: ÖDP Landesverband Berlin  
Erich-Weinert-Str. 134, 10409 Berlin (Prenzlauer Berg)  
Tel.: (030) 49854050*

## Niedersachsen

### Niedersächsische Ökodemokraten treffen sich zur Strategietagung

Mitte April 2015 hatte der Landesvorstand der niedersächsischen Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP) zu einem ganztägigen Strategieworkshop nach Osna-brück geladen. Ziel des Treffens von ÖDPlern aus dem gesamten Bundesland war es, den Kurs der Partei und mögliche Strategien im Hinblick auf die Zukunft festzulegen. Nach einem Grußwort des Landesvorsitzen- den Martin F. Dreß begannen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer zunächst, den Ist-Zustand der Partei zu beleuchten. Unter der Moderation von Theo Gassmann aus Ronnenberg wurde in einer Stärke/Schwächen- Analyse der Ist-Zustand des Landesverbands erforscht. Dabei hoben die Teilnehmer(innen) das ausführliche und überzeugende Programm, den Verzicht auf Fir- menspenden, die engagierten Mitglieder und das gute Miteinander als einige Stärken heraus. Als kritisch wurde die fehlende Kampagnenfähigkeit aufgrund der wenigen landesweiten Mitglieder, die mäßige finan- zielle Ausstattung und damit praktisch die komplett fehlende mediale Öffentlichkeit genannt. Einig waren sich alle Teilnehmer, dass die Mitgliederbasis vergrößert werden muss und das Programm offensiver zu



Foto: ÖDP Niedersachsen  
Strategieworkshop der ÖDP in Niedersachsen

vertreten ist. Die Formulierung konkreter Maßnahmen musste aufgrund des großen Diskussionsbedarfs auf eine zweite Runde vertagt werden.

Der „Ratschlag“ konnte nicht ohne den dringenden Aufruf der Mitglieder an die Bundesregierung, allen voran Angela Merkel und Sigmar Gabriel, enden, die Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TiSA abzulehnen. Man darf keinem Vertragswerk zustimmen, das wenige multinationale Konzerne und deren Aktionäre zu Gewinnern und den Rest der Menschheit zu Verlierern macht. „Demokratie und Rechtsstaatlichkeit dürfen nicht zugunsten einer Konzernherrschaft aufgegeben werden“, so der ÖDP-Landesvorsitzende Martin F. Dreß.

Auf zwei gewaltige Weltprobleme unserer Zeit wür- den, laut dem ÖDP-Vorsitzenden, die Freihandelsab- kommen keine Antworten liefern: auf die Verarmung weiter Teile der Weltbevölkerung und auf die massive Ressourcenverschwendung. Die geplanten Freihandels- abkommen seien, so Dreß, nicht die Lösung, sondern Teil des grundsätzlichen Problems. Deshalb sei nicht „Kosmetik“ an der einen oder anderen Stelle des Ver- tragswerks sinnvoll, sondern es sei die Ablehnung des Gesamtwerks zu fordern.

*Kontakt: Landesverband Niedersachsen  
26160 Bad Zwischenahn, Hogen Kamp 9  
Tel.: (04403) 6990009  
info@oedp-niedersachsen.de*

## Sachsen

### ÖDP in Sachsen wieder präsent

Am 23. Mai 2015 gründete sich der Landesverband Sachsen der ÖDP in Dresden neu. Nach mehrjähriger Ruhepause fanden sich am Samstag vor Pfingsten im Umweltzentrum der sächsischen Landeshauptstadt sieben aktive ÖDP-Mitglieder und einige Interessenten ein, um der ÖDP im südlichen Osten neues Leben ein- zuhauchen und den Vorstand neu zu wählen. Unsere Bundesvorsitzende Gabriele Schimmer-Göresz sowie die Vorstandsmitglieder Manfred Link und Christoph Raabs fungierten als Geburtshelfer und das machten sie so gut, dass wir nun schon schnell den aufrechten Gang üben können. Als Vorstände wurden gewählt: Dirk Zimmermann (Vorsitzender, Bannewitz OT Gol- berode), Aaron Leubner (Stellvertretender Vorsitzender, Dresden), Sebastian Högen (Schatzmeister, Dresden), Rahel Wehemeyer-Blum (Beisitzende, Leipzig) und Olaf Gottschalk (Beisitzer, Zwickau).

Die Situation in Sachsen mit weniger als 40 ÖDP-Mitgliedern lässt viel Luft nach oben und in die Breite. Und es wird wohl kaum einer, außer der seit 25 Jahren regie- renden CDU, behaupten, dass der Freistaat in ruhigem Fahrwasser schwimme und mit sich zufrieden sein könne. Die Themen rechtsradi- kale Tendenzen, weiter andauernder Braunkohleabbau mit Landschafts- vernichtung, Land-Stadt-Flucht, Ausdünnung des Bahnangebots, großflächige Landwirtschaftsbe- triebe als Erbe der alten LPGs und Diskussion über Elbestaustufen sind nur einige aus dem großen Fundus an zu beackernden Miss- ständen. Gehen wir's an, mit Gottes Hilfe. „Nu freisch!“ (= Na klar).

*Kontakt: ÖDP Sachsen  
Dirk Zimmermann, OT Golberode,  
Zur Pappel 8, 01728 Bannewitz  
info@oedp-sachsen.de*



Foto: ÖDP Sachsen  
(V. l.) Sebastian Högen (Schatzmeister), Dirk Zimmermann (Vorsitzender), Günther Sorgalla (Kassenprüfer), Gabriele Schimmer-Göresz (Bundesvorsitzende), Olaf Gottschalk (Beisitzer), Aaron Leubner (Stellvertretender Vorsitzender), Rahel Wehemeyer-Blum (Beisitzerin), Jana Tuchscherer (Kassenprüferin)

## Umgezogen? Neue Kontonummer? Helfen Sie mit zu sparen!

Bitte geben Sie uns umgehend Bescheid, wenn sich Ihre Adresse oder Ihre Bankverbindung geändert hat! Jeder Lastschrift-Rückläufer kostet die ÖDP drei Euro zzgl. Portokosten.

*Vielen Dank!*

### Neue Adresse:

Vorname, Name \_\_\_\_\_

Straße, Hausnr. \_\_\_\_\_

PLZ, Ort \_\_\_\_\_

Tel. \_\_\_\_\_

E-Mail \_\_\_\_\_

### Neue Bankverbindung:

IBAN \_\_\_\_\_

BIC \_\_\_\_\_

Name der Bank \_\_\_\_\_

Bitte senden Sie diesen Abschnitt an:  
ÖDP-Bundesgeschäftsstelle, Pommergasse 1,  
97070 Würzburg, Fax: (0931) 40486-29,  
E-Mail: mitgliederverwaltung@oedp.de

## Spannende Podiumsdiskussion zu TTIP der Münchner ÖDP

Der große Saal des Amerikahauses war voll besetzt, als am Abend des 18. Juni 2015 sechs verschiedene Interessenvertreter die Inhalte und Folgen von Freihandelsabkommen für Bayern, Deutschland und Europa diskutierten. Der amerikanische Generalkonsul, William E. Moeller, und der Hauptgeschäftsführer der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft, Bertram Brossardt, als Befürworter der Abkommen stellten sich den vier Kritikern: SZ-Wirtschaftsredakteurin Silvia Liebrich, dem EU-Abgeordneten der ÖDP, Prof. Klaus Buchner, dem Vorstand von Mehr Demokratie e.V., Roman Huber, und der Bundesvorsitzen-

den der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V., Gertraud Gafus.

Die TTIP-Kritiker hatten die Masse des Publikums hinter sich. Die Wachstumsversprechen seien minimal und hätten Umschichtungen zur Folge, die nur ganz wenigen zugutekommen. Vorteile wurden vor allem international operierenden Unternehmen und Anwaltskanzleien zugeschrieben. Mögliche Kosteneinsparungen durch Vereinheitlichung von Vorschriften und Standards ließen sich auch ohne die mit Kanada und Amerika geplanten Handelsabkommen CETA und TTIP regeln.



Foto: Klaus von Bürgelen

Der sogenannte „Investorenschutz“ biete unabsehbare Klagemöglichkeiten für Großunternehmen mit unvorstellbar hohen Kosten für die Länder und Gemeinden. Klaus Buchner: „Sozial-, Umwelt- und Gesundheitsstandards werden aufgeweicht oder umgehbar; deren Verbesserung zukünftig faktisch ausgeschlossen.“ Die 500 Zuschauer kommentierten die Darlegung der weitreichenden Gefahren mit lebhafter Zustimmung.

## AUFRUF ZUR KULTUR!

### Wer eine lebendige Demokratie möchte, benötigt eine lebendige Kultur!

Wir als ÖDP stehen für eine transparente, offene und lebendige Demokratie. Eines der wichtigsten Elemente, um eine Demokratie dauerhaft lebendig zu halten, ist eine Kultur, die sich durch Traditionen, Wandel, gesellschaftliche Ideen und Integration auszeichnet.

Kultur ist ein sehr wichtiger Bestandteil unserer Demokratie, der jedoch aufgrund der reinen Hervorhebung des wirtschaftlichen Bereichs in den letzten Jahren in unserem Staat kaum noch Beachtung findet.

Um eine lebendige Kultur zu unterstützen, bedarf es einer expliziten Kulturpolitik, die aktuell auch bei uns im Programm auf Bundesebene noch nicht zu erkennen ist.

Um dies zu erreichen, suchen wir Interessenten für eine Diskussion, um erste Ideen für eine Kulturpolitik zu entwickeln. Ideal wären ca. 10–20 Personen, um die Gruppe sowohl vielfältig als auch effektiv zu bekommen. Es soll darüber hinaus aber niemand ausgeschlossen

werden. Die Vorgehensweise skizziert sich mittelfristig wie folgt:

- Bilden einer E-Mail-Gruppe mit 10–20 Interessierten
- Austausch über Meinungen und Ideen
- Gliedern und Vereinbaren eines Konzepts für verschiedene Bereiche mit einer übergeordneten Strategie
- Darstellung dieses Konzepts in Richtung Bundesvorstand, um eine erste Rückmeldung zu erhalten
- Dann weitere Überarbeitung, Detaillierung etc.

Je nachdem, welchen Eindruck der Bundesvorstand und die Partei davon gewinnt, würde sich zu diesem Zeitpunkt die Frage bzgl. der weiteren Organisationsform stellen (z.B. BAK) bzw. der Vorstellung des Konzepts in der ÖP.

Wer Interesse hat, kann sich per E-Mail bei mir melden: [haraldnagler@freenet.de](mailto:haraldnagler@freenet.de)

Harald Nagler

## Frühjahrsversammlung des BAK Christen und Ökologie

Vom 20. bis 22. März 2015 trafen sich Mitglieder des BAK Christen und Ökologie zu einem ihrer zwei Treffen je Kalenderjahr. Unser Quartiermeister Michael Andres hatte dazu das Gästehaus des Ordenshauses der „Communität Christusbruderschaft“ in Selbitz im Landkreis Hof in Oberfranken ausgewählt, das von Schwestern geführt wird und in dem wir uns sehr gastlich aufgenommen fühlten.

Selbitz liegt an der Nord-Ost-Seite des Frankenwaldes in ca. 524 m. ü.M. in sehr schöner Landschaft. Es hat ca. 4.600 Einwohner und ist mehrheitlich evangelisch.

Die Sacharbeit begannen wir am Freitagabend mit der Sichtung der Anträge zum 49. BPT in Dietzenbach und der Meinungsbildung darüber, zu welchen Anträgen wir welche Stellung nehmen. Erste Überlegungen zur Andacht beim BPT, traditionell vom BAK Chr. & Ö. angeboten, sammelten wir. Ein weiterer Schwerpunkt war dann am Samstag die Präsenz des BAK mit seinem Infostand beim Evangelischen Kirchentag in Stuttgart vom 3. bis 7. Juni 2015: Wer ist am Stand und macht was? Damit zusammen hing die Arbeit am neuen Faltblatt des BAK Chr. & Ö., mit dem wir für die ÖDP und uns in Stuttgart werben wollen.

Fester Bestandteil unserer Treffen ist auch immer ein Wander-/Kulturteil am oder im Umfeld des Ortes. Und so erkundeten wir im Rahmen eines nachmittäglichen Spaziergangs den Frankenwald-Ort Selbitz, den wir mit einer Besichtigung der evangelischen barocken Stadtkirche aus dem Jahre 1640 ab-

geschlossen. Unter der sachkundigen Führung des evangelischen Orts Pfarrers erfuhren wir, dass es bereits seit 1520 dort eine evangelische Gemeinde gibt. Die katholische Kirche

Wie es sich für eine Christengemeinschaft gehört, kam natürlich auch das Gebet nicht zu kurz – morgens, mittags und abends.

Nach dem Mittagessen sprach unser Mitglied Martin Weinmann einen Reisesegen und wir fuhren wieder heim „in alle Winde“.

Unsere nächsten Treffen werden vom Fr. 25. bis So. 27.09.2015 im Zis-

### Ein weiterer Schwerpunkt war die Präsenz des BAK mit seinem Infostand beim Evangelischen Kirchentag.

konnten wir nur – da verschlossen – von außen besichtigen. Ein sichtbares Zeichen einer aussterbenden katholischen Gemeinde.

Am Sonntag hatten wir noch den TOP „Bundespolitisches Programm“ zu bearbeiten. Inwieweit sollen und wollen wir bei einer Überarbeitung Ergänzungs- und Änderungsvorschläge einbringen und wer soll Ansprechpartner dafür sein?

terzienserkloster Langwaden bei Neuß/Rheinland und vom 29. bis 31.01.2016 im Ökumenischen Zentrum in Ottmaring/Friedberg bei Augsburg sein.

Haben Sie, lieber Leser, nicht Lust, auch mal ganz unverbindlich zu kommen? Bitte melden Sie sich bei unserem Vorsitzenden Dirk Uehlein unter [dirk.uehlein@web.de](mailto:dirk.uehlein@web.de) oder unter Tel. (07 21) 4 90 49 87.



Foto: BAK Christen & Ökologie

V.l.n.r.: Helmut Graf, Dieter Nießner, Axel Gebhardt, Martin Dreß, Lore Schuh, Meta Dreß, Dirk Uehlein, Michael Andres, Dirk Zimmermann.

## Junge Ökologen starten durch!



Auf ihrer letzten Bundesversammlung am 16. März 2015 in Würzburg wählten die Jungen Ökologen einen neuen Bundesvorstand. Nachdem es um die Jungen Ökologen in den letzten Jahren etwas ruhiger geworden ist,



Foto: Junge Ökologen

V.l.n.r.: Karina Tyroller, Marina Fraas, Felicitas Schwarzensteiner, Christoph Peschke, Christian Stadelmann, Esther Wagenhäuser

möchte der neue Bundesvorsitzende Christoph Peschke die JÖ wieder als eine feste Größe innerhalb, aber auch außerhalb der ÖDP etablieren. Das Jahr 2015 soll daher hauptsächlich dazu genutzt werden, um strukturelle Aufbaumaßnahmen durchzuführen und eine effektive Arbeitsweise unter der schwierigen Voraussetzung einer großen Streuung der aktiven Mitglieder über das gesamte Bundesgebiet sicherzustellen. Hierbei werden verschiedene Module zum Online-Working zum Einsatz kommen, da Zusammenkünfte vor Ort gerade für junge Menschen mit keinem oder sehr geringem Einkommen nicht immer einfach zu realisieren sind. Um die Jungen Ökologen in der Öffentlichkeit besser sichtbar zu machen, wird neben der Betreuung der Homepage und den sozialen Medien auch die Beschaffung neuer Werbemittel zukünftig eine größere Rolle spielen. Der Bundesverband der JÖ möchte sich dabei aber nicht nur auf seine zentralen Tätigkeiten beschränken, sondern auch Gruppierungen junger Ökologen vor Ort unterstützen. Auch die Bildung von Campus-Gruppen an den Hochschulen wird angestrebt.

### Aktives Engagement bei den Jungen Ökologen

Wie bei jeder Organisation üblich, kann man bei der JÖ auch eine offizielle Mitgliedschaft beantragen (s. Infokasten; Altersgrenze liegt bei maximal 32 Jahren). Die Mitgliedschaft in der JÖ als Bundesvereinigung der ÖDP ist hierbei für alle Mitglieder, die bereits in der ÖDP Mitglied sind, über den gesamten Zeitraum der Mitgliedschaft kostenfrei. Auch Nicht-ÖDP-Mitglieder können gegen eine kleine Jahresgebühr Mitglied der JÖ werden. Zudem steht es der Generation Ü32 frei, die Jungen Ökologen finanziell über eine Fördermitgliedschaft zu unterstützen.

Für die Kommunikation unter den aktiven Mitgliedern wurde kürzlich ein neuer E-Mail-Verteiler eingerichtet, in dem auch alle Neumitglieder aufgenommen werden. Auch als Nicht-Mitglied kann man sich direkt per E-Mail an die Jungen Ökologen wenden (s. Infokasten). Mindestens einmal jährlich findet eine Bundesversammlung statt. Hier werden die wichtigsten Weichen für die interne Organisation und politische Arbeit gestellt. Des Weiteren können nach Bedarf Telefonkonferenzen abgehalten und Anträge bzw. Stellungnahmen online diskutiert und beschlossen werden.

Neben dem Mitwirken auf der Bundesverbandsebene ist es auch möglich, sich vor Ort zusammenzufinden, um lokal aktiv zu werden. Dazu bedarf es nicht zwingend offizieller Strukturen, sodass ein flexibles Arbeiten auch in losen Zusammenschlüssen möglich ist. Des Weiteren können Nicht-Mitglieder ohne Mitgliedschaftsdruck so an die JÖ herangeführt werden. Es ist geplant, dass sich kleine Gruppierungen vor Ort bilden, welche unter der Federführung des Bundesverbands netzartig gebündelt werden. Allen JÖ-Mitgliedern steht es offen, einen Blogbeitrag für die JÖ-Homepage und den sozialen Medien wie Facebook mit einem Thema ihrer Wahl zu verfassen und beim Bundesvorstand einzureichen. ■

### Infos Junge Ökologen

**Web:** <http://www.jungeoekologen.de>

**Twitter:** <https://twitter.com/jungeoekologen>

**Facebook:** [www.facebook.com/junge.oekologen](http://www.facebook.com/junge.oekologen)

**Kontakt:** ÖDP-Bundesgeschäftsstelle, Pommersgasse 1, 97070 Würzburg, Tel.: (09 31) 404 86-0  
[info@jungeoekologen.de](mailto:info@jungeoekologen.de)

Zur Diskussion gestellt

## „Quo vadis, ÖDP?“ Teil II – Unklare Identität

Erst seit 2013 ist Claudius Bartsch ÖDP-Mitglied. Seine Eindrücke und Gedanken fasst er in diesem Artikel zusammen.

von Claudius Bartsch

Ja, die Frage nach dem „Wohin gehst du, ÖDP?“, die Werner Roloff in der ÖkologiePolitik Nr. 165 stellte, scheint berechtigt. Warum? Weil die ÖDP, zumindest nach außen, eine unklare Identität und ein unklares Profil hat. Größtmögliche Identität und ein klares Profil jedoch sind wichtig zur Stärkung des Selbstverständnisses der ÖDP – des „Wo wollen wir hin?“.

### Beispiel für unklare Identität

Das Abstimmungsergebnis zu den „Politischen Anträgen – 1. Waffenexporte und 2. NATO-Ausstieg“ beim Bundesparteitag in Dietzenbach. Beide Anträge sind „mit großer Mehrheit“ abgelehnt worden. Für eine Partei, die sich deutlich auf Gandhi bezieht, hätte das Abstimmungsergebnis völlig anders ausfallen müssen. Das Merkmal Gandhis war Gewaltlosigkeit und Pazifismus. Insofern bezieht die ÖDP eine grundlegend klare Position.

Aus dem Verständnis von Gandhi und dem Selbstverständnis der ÖDP verbieten sich Rüstungsexporte geradezu. Das Abstimmungsergebnis wurde diesem Anspruch nicht gerecht. Daher ist es für die ÖDP schädlich. Die ÖDP muss klar und verbindlich gegenüber ihren eigenen Inhalten sein. Identität und Echtheit sind Grundlage für Glaubwürdigkeit.

Gewaltlosigkeit und Pazifismus sind oft leicht daher gesagt. Denn was bedeuten solche Begriffe angesichts unerträglicher Konflikte? Doch abermals: Wenn die ÖDP Gandhi bemüht, dann muss sie wissen, was das bedeutet, dahinterstehen oder muss Inhalte ändern. Der Bezug auf Gandhi ist m.E. ein wichtiges Identitätsmerkmal der ÖDP und sollte es bleiben.

### Hinweis zum unklaren Profil

Bei den bekanntesten politischen Parteien in der BRD wissen die Menschen oft mit einem Wort, wofür die jeweilige Partei steht. Doch auch hier: Bei der ÖDP wissen die Menschen nicht, wofür sie steht. Eindeutige, durchaus schlagwortartige Identifizierungen der ÖDP fehlen. Nur durch eindeutige Identifizierung ist gewünschte Unterscheidung möglich, z.B. gegenüber Bündnis 90/Die Grünen, und damit selbstverständlich Parteinahme oder auch Parteiblehnung.

### Themen

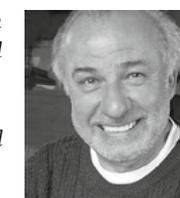
Die ÖDP besetzt gewichtige aktuelle Themen zu zaghaft oder gar nicht, wird nicht wahrgenommen. Beispiele: Familienpolitik, Bildungspolitik, Gendermainstreaming. Viele gesellschaftliche Bereiche sind einem radikalen Veränderungsdruck und Wandel ausgesetzt. Tradierte Nor-

men, Werte und lange bestehende Institutionen zerfallen. Indifferenz (Gleichgültigkeit) und der „Tod des Subjekts“ sind Kern der Krise des Menschenbildes. Merkmale: Zerrinnen, Verlust der Vorstellung von der Einzigartigkeit der menschlichen Person. Folge der Krise des Menschenbildes ist die weltweite ökologische Krise. Politik anderer politischer Parteien kommt den drängenden Herausforderungen der ökologischen Krise nicht nach, oft geschieht gar das Gegenteil, z.B. TTIP. Die ÖDP ist die Partei, die eine hoffnungsspendende Antwort auf die ökologische Krise gibt. Mit dem Begriff „heilig“ markiert die ÖDP ihre Wertequelle. Sie entwirft damit grundlegend positive Antworten zur Überwindung vorgenannter Krisen. Die positive Antwort ist: Anerkennung der existenziellen Verfassung des Menschen. Der Mensch kann nur „gut“, muss nicht „böse“ sein durch spirituellen Grund.

„Postwachstumsökonomie“? Wann ist der Mensch dazu überhaupt fähig? Warum, alle Warnsignale ignorierend, droht ökologischer Selbstmord?

Das bereits bestehende positive Werteverständnis und ein vertieftes Menschenverständnis möchten daher die Grundlage für die weitere Entwicklung der ÖDP-Politik sein. ■

**Claudius Bartsch** ist 64 Jahre alt und seit 2013 Mitglied der ÖDP. Er ist Gründungsmitglied und Vorsitzender des Kreisverbands Märkischer Kreis.



[claudius.bartsch@oedp.de](mailto:claudius.bartsch@oedp.de)

Zusammengestellt von Pablo Ziller

## Umstrittener Investorenschutz (ISDS) könnte durch CETA im Schatten von TTIP kommen

(01.07.2015) Erstaunt reagiert die Bundesvorsitzende der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP), Gabriela Schimmer-Göresz, auf die Ankündigung der EU-Handels-Kommissarin Cecilia Malmström, wonach sie bis Ende Juli das Freihandelsabkommen zwischen der EU und Kanada (CETA) unterschriftsreif haben will. „Wie innerhalb des Monats Juli der schwierigste Part des Abkommens, die Frage des umstrittenen Investitionsschutzes in Form der dafür vorgesehenen unabhängigen Schiedsgerichte, geklärt werden soll, erschließt sich mir nicht, vor allem weil nach eigenen Äußerungen Malmströms die rechtliche Feinabstimmung dazu noch nicht begonnen habe“, so Schimmer-Göresz.

Zwar geisterte seit geraumer Zeit, im Zuge der Kritik am Freihandelsabkommen TTIP, die Idee des Wirtschaftsministers Sigmar Gabriel (SPD), einen internationalen Handels- oder Investitionsgerichtshof zu installieren, durch die Diskussion. Konkretes hingegen fehle. Auch sei die Diskussion zunehmend auf TTIP verengt und das, obwohl CETA ein ähnliches Instrumentarium mit sich bringe. CETA könne, dies sei zu befürchten, im Schatten von TTIP kommen. Die Einrichtung einer derartigen zusätzlichen Instanz brauche Zeit. Malmström, die sich mit Gabriels Idee anfreunden könne, lasse offen, wie eine Lösung für die Übergangszeit aussehen könnte. Nachdem mehrere Rechtsprofessoren die bisherige Form der Schiedsgerichte für verfassungswidrig erklärt hätten, seien Malmström und Gabriel im Zugzwang. Die ÖDP, so die Bundesvorsitzende, lehne eine wie auch immer geartete Schiedsgerichtsbarkeit ab, weil dieses einseitige Privileg der Konzerne die ordentliche Gerichtsbarkeit ausheble.

In den letzten zwei Jahrzehnten habe sich durch andere Freihandelsabkommen ein internationales Investitionsschutz-System herausgebildet, das den Konzerninteressen Vorrang vor Menschenrechten und dem Umweltschutz einräumte. CETA sei, so Schimmer-Göresz, auch in Kanada umstritten. „Die dortige konservative Regierung konsultierte keine der anderen im kanadischen Parlament vertretenen Parteien. Die Gespräche waren auf eine kleine Zahl handverlesener Interessengruppen beschränkt. CETA gilt in Kanada als der investorenfreundlichste Vertrag, den jemals eine kanadische

Regierung ausverhandelt hat. Profitieren würden auch viele US-Firmen, die in Kanada eine Niederlassung betreiben. US-Firmen kontrollieren über die Hälfte der kanadischen Wirtschaft, wie beispielsweise Exxon, Chevron und Monsanto.“ Schimmer-Göresz verwundert es nicht, dass eine Nachverhandlung vonseiten der Beteiligten verweigert werde. Es sei mit nichts nachvollziehbar und in höchstem Maße verantwortungslos, wenn die Entscheider die negativen Erfahrungen aus 20 Jahre NAFTA (Freihandelsabkommen Mexiko, USA, Kanada) ignorierten, schließlich habe NAFTA die Verarmung der mexikanischen Bevölkerung mit befördert.

Die Bundesvorsitzende zitiert und unterstützt den Appell der Trägerin des Alternativen Nobelpreises, Maude Barlow. Diese bittet Europa tiefbesorgt, die Abkommen CETA und TTP abzulehnen. „TTIP und CETA beseitigen, was an demokratischer Regierungsführung noch übrig ist.“

## ÖDP: Merkel'sche Politik der schwäbischen Hausfrau ist volkswirtschaftlicher Unsinn!

(01.07.2015) Nach den turbulenten Meldungen aus Griechenland der vergangenen Tage und Wochen äußert sich Christoph Raabs, Mitglied des Bundesvorstands der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP), sehr besorgt zur aktuellen Lage in dem südosteuropäischen Land.

Griechenland stehe, so Raabs, am ökonomischen und sozialen Abgrund, was langfristig zu einer ernsthaften Gefahr für die Europäische Union werden könne. Das von der Bundesregierung mitgetragene Motto „Sparen um jeden Preis“ habe versagt und Europa tief gespalten. Die neoliberal geprägte europäische Wirtschaftsordnung sei nicht krisenfest. Man müsse das Schlimmste befürchten, wenn weitere bevölkerungsreiche EU-Länder in den Abwärtsstrudel geraten würden.



Christoph Raabs

Foto: ÖDP-Bundespressestelle



„Seit Monaten wiederholt sich in Griechenland szenenartig die Tragödie, die sich nun zum ‚Grexit‘ zuspitzen könne“, so Christoph Raabs. „Die Politik des eisernen Sparens sehe ich dabei als einen der grundlegendsten Fehler an! Man kann krisengeschüttelte Länder auch auf Kosten der Armen kaputt sparen. Genau das ist Merkel, Schäuble und anderen politisch Verantwortlichen in Griechenland über die Jahre erfolgreich gelungen“, so Raabs. Griechenland habe sicherlich über seine Verhältnisse gelebt, aber Deutschland habe gleichwohl deutlich unter seinen Verhältnissen gewirtschaftet und sich auch viel zu lange nicht um Korruption und Vetternwirtschaft in Griechenland gesorgt. Nach Einführung der Gemeinschaftswährung und im Gefolge der rot-grünen „Agenda 2010“ sei Deutschland zu einer Art Billiglohnland im Euroraum geworden. Dies habe maßgeblich, und unter Volkswirten kaum bestritten, mit zur griechischen Tragödie beigetragen. Nun werde versucht, dem sprichwörtlich „nackten Mann“ in die Tasche zu greifen, um von diesem das Geld zu holen, welches andere ausgegeben haben. Raabs bedauert zugleich, dass die deutsche Bevölkerung Merkels Versagen in der europäischen Krise bisher viel zu wenig wahrnehme.

Auch kritisierte der ÖDP-Politiker, dass die Griechenland-Gläubiger bisher viel zu sehr im Zentrum der Rettungsdiskussionen gestanden hätten. Die Leiden der Bevölkerung würden in der deutschen Boulevardpresse gleichzeitig noch ins Lächerliche gezogen. In Wirklichkeit gehe es für viele Griechen mittlerweile um die bloße Sicherung einer menschenwürdigen Existenz.

„Was wir seit Monaten sehen, ist ein großes europäisches Drama! Frau Merkel, und mit ihr nahezu die gesamte EU-Führungsriege, wirkt völlig ohne europäische Vision. Wenn jetzt nicht sehr schnell Lösungen für das Überleben der griechischen Volkswirtschaft gefunden werden, gefährden wir langfristig den europäischen Währungsraum, ein Anker auch für Frieden in Europa!“

## „Papst Franziskus spricht wie ein Öko-Demokrat!“

(17.06.2015) „Es geht ums Ganze. Endlich unmissverständliche Worte zur Schöpfungsbewahrung in Form einer Enzyklika vom Oberhaupt der katholischen Kirche, Papst Franziskus“, so Gabriela Schimmer-Göresz, Bundesvorsitzende der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP).

Dass es in einer begrenzten Welt kein unbegrenztes Wachstum geben kann und dass der heutige Lebens- und Wirtschaftsstil nicht nur das Klima, sondern alle Lebensgrundlagen des Planeten angreift, ist bereits seit Jahrzehnten eine wissenschaftliche Erkenntnis. „Politik und Wirtschaft haben diese Erkenntnisse aber systematisch verdrängt und deren Akzeptanz teilweise auch massiv bekämpft. Dass Papst Franziskus hier klare Kante zeigt, ist hilfreich und begeistert mich. Er spricht wie ein Öko-Demokrat“, stellt die ÖDP-Bundesvorsitzende fest. Sie sei aber skeptisch, ob die Botschaft des Papstes „bei den führenden Kräften der C-Parteien Reue und Einsicht“ auslösen werde. „Während große Teile der Kirchenbasis wie Jugendverbände, Frauenbund, Katholische Arbeitnehmerbewegung, Landvolk, Kolping und andere schon seit langer Zeit auf die Umwelt- und Mitweltverantwortung der Christen hinweisen, huldigen die maßgeblichen Führungskräfte von CDU und CSU nach wie vor der vom Papst jetzt scharf kritisierten Ausbeutungs- und Profitideologie“, so Schimmer-Göresz.

Man dürfe nun gespannt sein, ob es mit der Enzyklika gelinge, die Wachstumsfetischisten und Liebhaber einer neofeudalen Wirtschaftsordnung zur Besinnung zu bringen. Es müsse definitiv Schluss sein mit einer Politik, die Steuergeld einsetzt, um weltweit noch mehr Lebensräume zu zerstören und die soziale Verwerfung sowie die Ausbeutung von Mensch und Natur weiter voranzutreiben. Lösungen stünden zur Verfügung: Postwachstumsökonomie und Gemeinwohlökonomie müssten allgemeinverbindlich werden, ebenso wie eine gerechte Weltwirtschaftsordnung nach dem Motto „Fair-Handel statt Freihandel“, so Schimmer-Göresz.

Die Enzyklika von Papst Franziskus werde in ihrer Partei aufmerksam studiert werden, verspricht die ÖDP-Bundesvorsitzende: „Wer sich seit vielen Jahrzehnten für den Schutz der Lebensgrundlagen und für Alternativen zu Zerstörung und Ausbeutung einsetzt, kann Anerkennung und Unterstützung von hoher Stelle brauchen.“ Schimmer-Göresz setzt jetzt mehr denn je ihre Hoffnung in den alten Spruch: „Nicht jeder Umweltschützer muss Christ sein, aber jeder Christ muss Umweltschützer sein!“



Gabriela Schimmer-Göresz

Foto: ÖDP-Bundespressestelle

Zur Meldung „Markus Hollemann zieht Kandidatur als Umweltreferent zurück“, ÖP 166

### Selber schuld

„Verleumdungskampagne, unfaires Medienecho“. Selber schuld, kann ich nur sagen. Vielleicht einfach mal überlegen, wen ich auf der eigenen Homepage verlinke. Und wer sich mit einem Verein einlässt, der sich mit seiner Weltanschauung am Rande der Gesellschaft bewegt, darf sich nicht wundern, wenn das vom politischen Gegner genutzt wird. Zumindest in der Süddeutschen war die Berichterstattung ordentlich und leider kam die ÖDP dabei nicht gut weg.

Harald Junius, Braunschweig

Zum Artikel „Löhne drücken, Arbeitsplätze abbauen“, ÖP 166

### Die ÖDP kennt das doch eigentlich zu gut

Ich war über das Gespräch und die gemachten Aussagen Dr. Rügners enttäuscht und entsetzt. ÖkologiePolitik hat hier einem Autor die Möglichkeit geboten, ohne Begründung und Fakten Behauptungen aufzustellen. Es ist unfair, christliche Gewerkschaften und gelbe Gewerkschaften (arbeitgeberfreundlich) in einen Topf zu werfen. Wer das macht, hat keine Ahnung vom langen und harten Kampf der christlich-sozialen Arbeiterbewegung.

Mehr als 125 Jahre kämpfen die christlichen Gewerkschaften für die Rechte der Arbeitnehmer auf der Basis der Werte Solidarität, Subsidiarität und Personalität. Ja, auch christliche Gewerkschaften haben Fehler im Bereich der Zeitarbeit, Stichwort CGZP, gemacht. Aber das rechtfertigt nicht die pauschale Verurteilung! Übrigens, auch DGB-Gewerkschaften machen Fehler und Tarifverträge, die deutlich unter dem Mindestlohn lagen (Nachweis Tarifregister). Es fehlen Fakten und Beweise. Richtig ist, dass christliche Gewerkschaften und Spartengewerkschaften von DGB und Arbeitgebern bekämpft werden, durch Tariffähigkeitsverfahren oder wie jetzt durch das Tarifeinheitsgesetz. Davon aber kein Wort. Schade! Schade auch, dass die DP-nahe Zeitung hier genauso mit uns umgeht wie Medien und Bundestagsparteien mit kleineren Parteien wie der ÖDP.

Wer heute nicht ins Weltbild passt, wird in eine bestimmte Ecke gestellt, da werden dann Halbwahrheiten oft genug wiederholt, damit alle es glauben. Die ÖDP

kennt das, Stichwort Stadtrat München, und wir christlichen Gewerkschaften kennen dies auch.

Vielleicht schreiben Sie in ÖkologiePolitik auch einmal über Geschichte und Arbeit der christlichen Gewerkschaften. Der von mir sehr verehrte Herbert Gruhl hat sich immer für Ausgewogenheit eingesetzt.

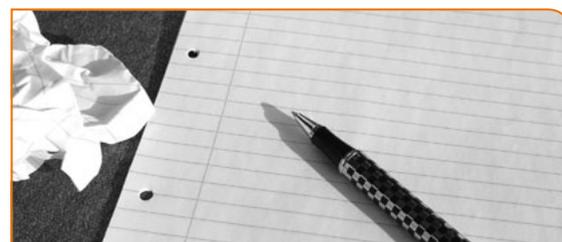
Ulrich Bösl  
Lasvorsitzender des CGB NRW  
Bundesvorsitzender der CGPT

Zum Leserbrief von Jürgen Typke, ÖP 166

### Fossile Rohstoffförderung in jedem Fall eine Katastrophe!

Behaupten kann man erst einmal alles. Und manchmal mit Frechheit siegen. Oder sich im Schattenboxen üben, indem man darauf beharrt, die eigene Theorie sei nicht widerlegt oder die vorherrschende Theorie nicht erwiesen. Dann würde auch reichen, einige Raucher zu kennen, die gesund alt geworden sind, um alle Gegenmaßnahmen als eine Schädigung der segensreichen Tabakindustrie zu schimpfen.

Also, nur mal angenommen: Hitze, Dürre, Erosion und Unwetter hat es immer schon gegeben, nur wurde ihnen früher nicht solche öffentliche Aufmerksamkeit gewidmet. Kohleverbrennung wäre unschädlich (obwohl sie neben CO<sub>2</sub> auch Feinstaub und Schwermetalle wie z.B. Quecksilber freisetzt). Dann bleiben etliche offene Fragen. Woher kommt Kohle heute? In Kolum-



### Liebe Leserinnen und Leser,

die Leserbrief-Seiten sind Ihr Forum in ÖkologiePolitik. Wir freuen uns über Ihre Zuschriften! Aber bitte bedenken Sie: In der Kürze liegt die Würze! Abdruck und Kürzungen behält sich die Redaktion vor. Bitte senden Sie Ihre Zuschriften bis zum **1. September 2015** an:

ÖkologiePolitik, Erich-Weinert-Str. 134, 10409 Berlin  
Fax (030) 49 85 40 50, presse@oedp.de

bien werden Kleinbauern dafür von ihrem Land vertrieben. Wer nur akzeptiert, was er mit eigenen Sinnen wahrnimmt, kann sich in der Lausitz von Mondlandschaften überzeugen, wo vorher Dörfer standen. Kohle zerstört schon, bevor sie verbrannt wird. Auch Erdgas wird angesichts der akuten Fracking-Vehemenz immer schmutziger. Aber wer braucht denn schon Elektrizität? So mag mancher Fabrikant von Dampfmaschinen oder Petroleumlampen seinerzeit gewettert haben. Mit der heute vorhandenen Technologie könnte man ein postfossiles Zeitalter einläuten und von den Großkonzernen Terrain zurückerobern. Verbrauchsnahe Stromerzeugung würde Stromtrassen sparen. Früher hat sich Industrie dort angesiedelt, wo Kohle und Rohstoffe waren – und künftig?

Aber landauf, landab ermöglichen aufgebrachte Eigenheimbesitzer, die ohne Eingriff in die Natur vielleicht nur zu Pferd in die Stadt kämen, Klimawandel-leugnenden Demagogen oder psychologisch geschickten Rhetorikern dreiste Auftritte. Angefangen bei der populistischen AfD: „Alles Lüge, um den Bürger abzuzocken!“

Dass es in der Klimaforschung zugeht wie in anderer Forschung auch, wird dann zum „Climagate“ hochstilisiert. Wie will man Klima vorhersagen, wenn man das Wetter kaum länger als ein paar Tage vorhersagen kann? Dabei ist Klima nichts anderes als über lange Zeiträume gemittelttes Wetter. In den vergangenen Eiszeitzyklen folgte der CO<sub>2</sub>-Gehalt der Atmosphäre tatsächlich der Temperatur. Aber schließt das aus, dass auch umgekehrt die Temperatur dem CO<sub>2</sub>-Gehalt folgen kann?

Hat das auch was mit TTIP zu tun? Na klar! Das europäische Vorsorgeprinzip käme bei TTIP unter den Hammer. Dann wird es schon nicht so schlimm werden, solange wir noch leben, und nach uns meinetwegen die Sintflut. Eine Auswahl aus meinem Bücherschrank:

Graßl/Klingholz (1990), *Wir Klimamacher*; Beck-Bornholdt/Dubben (2001), *Der Schein der Weisen*; Karl-Heinz Ludwig (2006), *Eine kurze Geschichte des Klimas*; Mark Lynas (2008), *Six Degrees*; Bernhard Pötter (2008), *Tatort Klimawandel*; Gerstengarbe/Welzer (2013), *Zwei Grad mehr in Deutschland*.

Dr. Larissa Dloczik, Potsdam

### Nochmal Herbert Gruhl zur Hand nehmen!

Sehr geehrte Redaktion, „30 Jahre – Ein Planet wird geplündert“: Unter diesem Thema würdigten im Septem-

ber 2005 die „Stiftung für Ökologie und Demokratie“ (Hans-Joachim Ritter) und die „Herbert-Gruhl-Gesellschaft e. V.“ das epochale Werk des maßgeblichen ÖDP-Mitbegründers Dr. Gruhl in Hannover. Inhalt und Untertitel dieses Buches mit einer Auflage von 400.000 Exemplaren – „Die Schreckensbilanz unserer Politik“ – haben für unsere Zeit in meiner Sicht ungeschmälerte Gültigkeit behalten, insbesondere seine elementare Kritik der Wachstumsideologien! Deshalb sollten wir das anstehende 40-jährige Jubiläum seines Erscheinens in Hinweisen unbedingt miteinbeziehen in die von Frau Schimmer-Göresz angekündigte Prägnanzstrategie einer „perfekten Konfliktlinie (...) mit klarer Kante“ (in: „An alle Mitglieder, unter erneuter Wachstumskritik). Mit Gruhls historischer Recherche zum Wachstumswahn besitzen wir wohl die „klarste Kante“, die unsere Partei zu Beachtung verhelfen kann; ein gutes Beispiel: Der Ex-OB und Umweltbeauftragte Hamburgs, Ole von Beust, bekam 2010 das Werk aus der Hand von Kanzlerin Merkel als Anerkennung ausgehändigt!

Vielleicht sollte auch Herr Typke, der in der letzten ÖP seine lange Zuschrift den angeblichen „Klima-Panikmachern“ zugeordnet hatte, Gruhls Argumentation einmal zur Hand nehmen. Während aktuell ganz Indien unter ausbleibendem Monsun und 50-Grad-Hitze in die Knie geht, das erste Quartal dieses Jahres sowie 2014 insgesamt weltweiten Wärmerekord beschert haben, das Holzen im Regenwald unter Gefährdung vieler biologischer Arten dramatisch zunimmt (= Meldungen der ÖP), hätte ein Gruhl weiteres Zaudern lautstark angeprangert in einer Sache, bei der es um Leben und Tod geht, wo ein „Kippunkt“ gar befürchtet werden muss beim schon galoppierenden Klimadesaster.

Am „Earth Day“ richteten 17 renommierte Klimaexperten vom UN-Klimasekretariat einen dramatischen Appell an die Weltöffentlichkeit: Sie warnten vor einer bis 2100 um sechs Grad (!) angestiegenen Temperatur auf unserem geschundenen Globus (zitiert auf Franz Alts „Sonnenseite“, 23.04.2015).

### Alle für Baden-Württemberg!

Sie haben Familie oder Freunde mit Wohnsitz in Baden-Württemberg? Oder Sie haben selbst Lust, den Landesverband im Wahlkampf aktiv zu unterstützen? Dann wenden Sie sich bitte dringend an die ÖDP in Baden-Württemberg.

Kontaktmöglichkeiten finden Sie auf Seite 56.

Keineswegs neu sind solche Warnrufe; schon am 26.03.2004 hat das Potsdam-Institut ähnlichen Appellen von 29 Klimatologen ein Sprachrohr geboten. Wer meint angesichts einer forcierten Schmelze der Polkappen – die ganz klar globale Folgen zeitigt (angebliches Stagnieren des Meeresspiegelanstiegs wurde gerade als Satellitendaten-Missdeutung erkannt) – hier den anthropogenen Ursprung leichtfertig wegweisen zu dürfen? Jürgen Typke benannte da Prof. Metzner, dem Forschungsgelder gestrichen wurden, in den 1980ern! Ich habe selbst bei Metzner gearbeitet – und seine ignorante Haltung nie gebilligt.

Voll stehe ich aber hinter den engagierten Worten unserer Bundesvorsitzenden Schimmer-Göresz zur „klaren Kante“: Ein „Wirtschaften mit Augenmaß“ hat ganz entschieden zu tun mit unserer Art zu konsumieren, zu wachsen, zu expandieren – Klimagas-Emissionen als globale Impulsgeber zu verlagern, etwa auf die „Werkbank der Welt“ = China & Co. –, wo unsere Fehler dann unter der Betroffenheit von Milliarden Köpfen nachgemacht werden, ökologisch und sozial. Ein „Weniger ist mehr“, gefordert einst von Dr. Gruhl, kennt die grüne „Wohlfühlpartei“ (DER SPIEGEL 26/10, S. 64f.) längst nicht mehr; Ministerpräsident Winfried Kretschmann will „Die Grünen“ bekanntlich zur führenden Wirtschaftspartei umgestalten! Mit dem Blick darauf abschließend hier meine dringende Anregung, unsere ÖDP als wichtiges, historisch gewachsenes politisches Korrektiv zu denen aufzubauen, welche die urgrünen Ideen verraten haben! So etwas beschert uns eine deutlich wahrnehmbare „klare Kante“.

Wolfgang Wettlaufer, Tübingen

### Fossile Rohstoffförderung in jedem Fall eine Katastrophe!

„Liebe ÖDPLer, bitte informiert euch“, rät Jürgen Typke uns allen am Ende seines Leserbriefes – der sich nur pro forma auf einen ÖP-Artikel zur möglichen Reform des Wahlrechts (nach Vorbild Österreichs, wo 16-Jährige seit 2007 zur Gemeinderats- wie zur Nationalrats- und zur Wahl des Bundespräsidenten berechtigt sind) bezogen hat. Der Großteil seines Textes behandelte den globalen Klimawandel – an den Jürgen Typke l. gar nicht glaubt, weil er laut eines Geografie-Professors in Leipzig „noch durch kein Experiment bewiesen wurde“, und den er außerdem 2. als „Fehlalarm“ bezeichnet, der „immensen volkswirtschaftlichen Schaden“ angerichtet habe.

Wodurch der „Fehlalarm“ des für Jürgen Typke nur behaupteten Klimawandels zu „immensen volkswirt-

schaftlichen Schaden“ geführt haben soll, deutet der Schreiber nur an. Gegenargumente, die „von gezielten Behinderungen... aus dem politischen Raum“ der breiten Bevölkerung unbekannt bleiben, bestechen durch ihre Einfachheit: Wenn nämlich „trotz“ CO<sub>2</sub>-Anstiegs in der Atmosphäre seit 10 Jahren die Lufttemperatur zurückgeht – dann gibt's den Klimawandel einfach nicht. Denn Treibhauseffekt bedeutet in der Welt der Jürgen Typkes, dass massig Kohlendioxid in der Ozonschicht logischerweise auf der ganzen Welt zu tropischen Klimaverhältnissen führen muss!

Dass Ende März/Anfang April 2015 am trockensten Ort der Welt – in der Region um die nordchilenische Atacama-Wüste – sintflutartige Regenfälle niedergingen, bei denen mindestens sieben Menschen ums Leben kamen, während Südchile mit Trockenheit und mehreren Waldbränden zu kämpfen hatte, wird Jürgen Typke einfach beiseitezuschicken.

Klimawandel, den man nicht durch ein Experiment beweisen kann, existiert für ihn einfach nicht und wird auch niemals eintreten – weil ja auch die Modellrechnungen von Klimatologen ihre Grenzen haben!

Schließlich erlebten die Menschen der Atacama-Region schon 1997 so heftige Überschwemmungen wie 2015 – und was scheinbar alle 25 bis 30 Jahre einmal eintritt, das beweist eben genauso wenig den Treibhauseffekt und den globalen Klimawandel wie das Rheinhochwasser 1993 und 1995, das Oderhochwasser 1997, das Pfingsthochwasser 1999 vom Allgäu bis Tirol, das Hochwasser in Mitteleuropa 2002, das Hochwasser in den Voralpen 2005, das Elbhochwasser 2006 oder das Oderhochwasser 2010... von den 17 Orkanen über Deutschland seit Daria 1990 bis Niklas 2015 ganz zu schweigen.

Der „Fehlalarm“ Klimawandel verursacht einfach viel größeren Schaden als jedes Jahrhundert-Hochwasser und jeder Sturm mit Geschwindigkeiten zwischen 137 bis 285 km/h, nicht wahr? „Was weiß ein Jugendlicher vom Klimaschutz? Hatte er überhaupt Gelegenheit, sich umfassend zu informieren?“, fragte Jürgen Typke in seinem Leserbrief zur Wahlrechts-Reform.

Wer „erst“, seit er 60 geworden ist, nimmer daran glaubt, dass CO<sub>2</sub> eine Klima-Erwärmung bewirkt, braucht solche Fragen eigentlich gar nicht stellen. Denn er selber schmeißt ja alles, was er in 59 Jahren über das Klima gelernt, gehört und gelesen hat, en bloque auf den Müll und erklärt es zum lügenerischen „Fehlalarm“ – nur um wie ein verliebter Backfisch aus den 1950ern jedem Physiker, Geografie-Professor und Wirtschaftswissenschaftler gläubig nachzulaufen, der ihm

von der Unmöglichkeit eines jemals eintretenden Klimawandels und über den Unsinn namens Treibhauseffekt erzählt!

Regina Koller, München-Oberföhring

Leserbrief von Eric Mannes Schmidt,  
ÖP Nr. 165

### Unterstellung

Leserbrief zum Leserbrief macht meist wenig Sinn. Wem jedoch unrichtige Meinungsäußerungen unterstellt werden, der sollte entgegnen können. Ich habe in meinem Beitrag (ÖP 164, S.35) nicht behauptet, „dass Eltern bessere Wahlentscheidungen treffen als Kinderlose“, wie Mannes Schmidt unterstellt. Ich habe vielmehr die Auffassung vertreten, dass Eltern in aller Regel auch bei Wahlen die Interessen ihrer Kinder besser vertreten können als irgendjemand anders, solange die Kinder es noch nicht selbst können. Einig bin ich mit ihm, dass „es beim Wahlrecht wirklich um Repräsentanz der gesamten Bevölkerung“ geht, wie er meint. Aber die Kinder gehören zur Bevölkerung. Wer sie repräsentieren soll, lässt Mannes Schmidt offen. Wenn nicht die Eltern, wer dann sonst? Hier widerspricht er sich selbst.

Johannes Resch, Annweiler

### Termine der Stiftung für Ökologie und Demokratie e.V.

#### Tag der Ökologisch-Sozialen Marktwirtschaft 2015

am Freitag, den 11. September 2015, 9:30–17:00 Uhr im Umweltbundesamt, Bismarckplatz 1, 14193 Berlin, Raum 1134

#### Rhetorikseminar „Wie bringe ich meine Botschaft besser rüber?“

am 13./14. November 2015 in der PfalzAkademie in Lambrecht

Weitere Infos zu diesen Veranstaltungen erhalten Sie unter:

Stiftung für Ökologie und Demokratie e.V.  
Siemensring 54, 76761 Rülzheim  
Tel. (0 72 72) 36 48, Fax (0 72 72) 7 66 12  
Stiftung-fuer-Oekologie-u-Demo@t-online.de  
www.Stiftung-Oekologie-u-Demokratie.de

### IMPRESSUM

ÖkologiePolitik erscheint viermal im Jahr: Februar, Mai, August, November. Die Print- und die Online-Ausgabe sind im Mitgliedsbeitrag enthalten. Nichtmitglieder können das Journal für 12,- Euro im Jahr abonnieren. Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe ist der 1. September 2015.

#### Herausgeber

Ökologisch-Demokratische Partei  
Pommerngasse 1, 97070 Würzburg  
Tel. (09 31) 4 04 86-0, Fax (09 31) 4 04 86-29  
www.oedp.de

#### Verantwortliche Redakteure

Günther Hartmann (gh)  
Caroline-Herschel-Straße 23, 81829 München  
guenther.hartmann@oedp.de  
Pablo Ziller (pz)  
Erich-Weinert-Straße 134, 10409 Berlin  
pablo.ziller@oedp.de

#### Mitarbeiter dieser Ausgabe

Klaus von Birgelen, Florence von Bodisco,  
Angelika Demmerschmidt, Matthias Dietrich,  
Dr. Larissa Dloczik, Waltraud Döring, Helmut Graf,  
Sonja Haider, Franz Hofmaier, Franziska Kliemt,  
Urban Mangold, Harald Nagler, Jürgen Osterlänger,  
Christoph Peschke, Andreas Rolling, Tobias Ruff,  
Josef Schmid, Dirk Zimmermann

#### Externe Autoren

Marion Aberle, Dr. Christine Chemnitz,  
Magdalena Fröhlich, Gerd Zeitler

#### Interviewpartner

Dr. Dieter Hoffmann-Axthelm,  
Prof. Dr. Manfred Niekisch, Martin Strele

#### Satz

Grafikstudio Art und Weise, Heike Brückner  
93138 Lappersdorf, heike.brueckner@grafikstudio-auw.de

#### Anschrift der Redaktion

ÖkologiePolitik –  
Ökologisch-Demokratische Partei  
Erich-Weinert-Straße 134, 10409 Berlin  
Tel. (0 30) 49 85 40 50, presse@oedp.de

#### Bankverbindung

Bank für Sozialwirtschaft,  
BLZ: 700 205 00, Kto.-Nr.: 981 52 00  
IBAN: DE95 700 205 00 000 981 52 01  
BIC: BFSWDE33MUE

#### Hinweis der Redaktion

Die Meinung der Autoren und Interviewpartner ist nicht automatisch die Meinung der ÖkologiePolitik oder der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP). Die Veröffentlichung dient der innerparteilichen Information und politischen Willensbildung.

ÖkologiePolitik wird auf 100% Recycling-Papier gedruckt.

## VORSCHAU

# ÖkologiePolitik

## im November 2015

### Inklusion

Zwar haben viele Menschen den Begriff „Inklusion“ schon irgendwo gehört, aber die wenigsten wissen, was genau dahintersteckt. Wörtlich übersetzt bedeutet er: Zugehörigkeit – also das Gegenteil von Ausgrenzung. Wenn jeder Mensch – mit oder ohne Behinderung – überall dabei sein kann, in der Schule, am Arbeitsplatz, im Wohnviertel, in Freizeiteinrichtungen, dann ist das gelungene Inklusion. Das bedeutet vor allem den Abbau von Barrieren – sowohl in der gebauten Umwelt als auch in den Köpfen. In der UN-Behindertenrechtskonvention ist Inklusion als ein Menschenrecht festgeschrieben. Deutschland hat diese Vereinbarung unterzeichnet, doch mit deren Umsetzung stehen wir noch am Anfang eines langen Prozesses. Inklusion ist kein Expertenthema – ganz im Gegenteil. Sie gelingt nur, wenn möglichst viele Menschen mitmachen.

## TERMINE

Do. – So. 03. – 06.09.2015	ÖDP-Sommercamp (im Schwarzwald)
Sa./So. 12. – 13.09.2015	Landesparteitag der ÖDP Nordrhein-Westfalen (in Aachen)
11.09.2015	Tag der Ökologisch-Sozialen Marktwirtschaft 2015 (in Berlin)
Sa. 10.10.2015	Großdemo „TTIP & CITA stoppen!“ (in Berlin)
Sa./So. 17. – 18.10.2015	Landesparteitag der ÖDP Baden- Württemberg (Raum Baden-Baden)
Fr./Sa. 13. – 14.11.2015	Rhetorikseminar der Stiftung für Ökologie und Demokratie (in Lambrecht)
So. 06.03.2016	Kommunalwahlen in Hessen
So. 13.06.2016	Landtagswahl in Baden-W'berg
So. 13.06.2016	Landtagswahl in Rheinland-Pfalz
So. 13.06.2016	Landtagswahl in Sachsen-Anhalt

[03.11.2011]

### Das Griechen-Referendum



In der griechischen Regierung ist ein Streit über das Referendum zum EU-Rettungsschirm ausgebrochen, Regierungschef Papandreou droht eine Niederlage beim Mißtrauensvotum. Dabei sind die Stimmzettel für die Volksbefragung bereits gedruckt. TITANIC liegt ein Musterexemplar vor:

Griechenland sollte den Euro-Rettungsschirm annehmen, auch wenn das bedeutet, daß das ganze Volk in bitterer Armut versinkt, mit Ausnahme einiger führender Politiker und Schwerreicher.

Das will ich

Griechenland sollte den Euro-Rettungsschirm ablehnen, auch wenn das bedeutet, daß das ganze Volk in bitterer Armut versinkt, mit Ausnahme einiger führender Politiker und Schwerreicher.

Das will ich

Screenshot: www.titanic-magazin.de/news/das-griechen-referendum-4554/